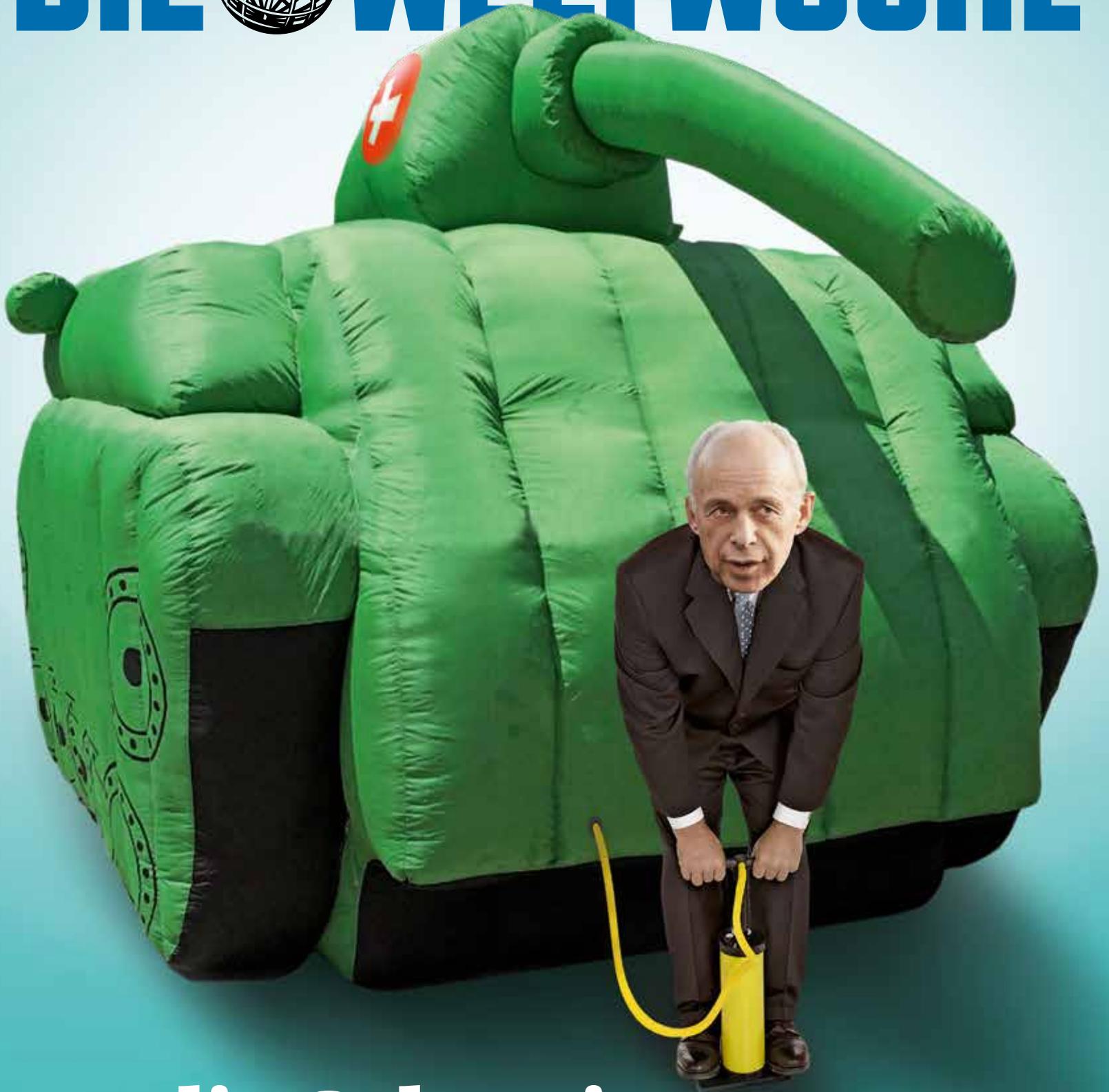


Suzi LeVine, Michael Ringier, Edward Gibbon, Jaël

Nummer 45 – 5. November 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Ist die Schweizer Armee noch zu retten?

Schwindende Wehrkraft, wachsende Gefahren. *Von Philipp Gut und Beat Gygi*



MEGA

SPECTRE

007[™]

IN CINEMAS



JAMES BOND'S CHOICE

Ω
OMEGA

Boutiques OMEGA Zürich • Genève • Luzern • Interlaken • Bern • Crans-Montana

SPECTRE © 2015 Danjaq, MGM, CII. SPECTRE, 007[™] and related James Bond Trademarks, TM Danjaq. All Rights Reserved.





PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.

Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Patek Philippe Diamond Ribbon Ref. 4968R



GÜBELIN

gubelin-watches.ch

Planet Art entdecken

Ihr **globales Newsportal**
für zeitgenössische Kunst.
ubs.com/planetart



Jetzt im App Store
herunterladen



Was der Offizier sagte, leuchtet ein: Führung bedeutet, dass man in einem ersten Schritt kritische Stimmen zulässt, um möglichst viele Informationen zu sammeln, und dass dann in einem zweiten Schritt entschieden wird. Das



«Ein neues Kapitel»: Botschafterin LeVine.

habe man in der Armee eigentlich so gelernt. Doch die heutige Armeeführung mit Korpskommandant André Blattmann an der Spitze wolle davon nicht mehr viel wissen. Kritische Beobachtungen der Praktiker zum Zustand der Armee und zur nächsten Reform seien unerwünscht. Es sind nie die schlechtesten Köpfe, die sich trauen, den Chefs auch unangenehme Wahrheiten zu sagen. Viele höhere Offiziere sind deshalb enttäuscht. In kurzer Zeit haben sich mehrere von ihnen an die *Weltwoche* gewandt. Ihr Ziel ist es, eine ehrliche Debatte darüber anzustossen, was die Schweizer Armee tatsächlich noch kann – und was nicht. Auf dem Spiel steht die Sicherheit des Landes sowie der Bevölkerung. Philipp Gut und Beat Gygi haben unsere Titelgeschichte für Sie recherchiert. **Seite 20**

Vor gut einer Woche lud Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) zu einer denkwürdigen Pressekonferenz. Seit den schicksalhaften Parlamentswahlen hatte sie bereits eilige Schachzüge im Endspiel um ihr finanzpolitisches Vermächtnis getätigt: So lancierte sie noch eine ökologische Steuerreform und nahm die Grossbanken mit Eigenkapitalvorschriften an die Kandare. Bevor sie aber auf die Hauptbotschaft zu sprechen kam und kundtat, dass sie sich im Dezember nicht

zur Wiederwahl stellen wird, ermahnte die Magistratin die Journalistengemeinde, sich doch auch mit wichtigen Sachthemen aus ihrem Departement zu befassen und nicht nur mit ihrer Person. Das hat die Wirtschaftsredaktion der *Weltwoche* getan und untersucht, was die Bundesrätin vor ihrem Abgang noch zu fixieren versucht hat. Welche Pflöcke sind unverrückbar, und wo lässt sich daran noch rütteln? Und – um doch wieder bei Personen-Themen zu landen – wer könnte das Finanzdepartement von der abtretenden Bündnerin übernehmen? **Seite 36**

Mit Blogs, via Twitter und an unzähligen Veranstaltungen prägt sie das freundliche Gesicht der US-Diplomatin in der Schweiz: Die amerikanische Botschafterin Suzi LeVine übertrifft so schnell niemand, wenn es darum geht, Begeisterung und Aufbruchstimmung zu verbreiten. Vor einem Jahr kündigte sie an, der leidige Steuerstreit sei beizulegen und «ein neues Kapitel» der Partnerschaft aufzuschlagen. Letzte Woche trafen Urs Gehrig und Florian Schwab die Gesandte für eine Bestandesaufnahme. Sie fragten auch nach der Doppelmoral der US-Regierung in Steuersachen. Sind nicht Staaten wie Delaware und Florida die neuen Paradiese für Steuerhinterzieher? LeVine dementierte: «Unsere Justiz zögert nicht, US-Banken hart anzufassen, wenn sie zur Steuerhinterziehung beitragen.» Kurz nach dem Interview erklärte das Tax Justice Network die USA offiziell zur «Steuroase». Das Land verlange zwar von anderen Staaten Bankinformationen, würde selber aber kaum welche liefern – eine Auffassung, die man in der US-Botschaft in Bern nicht teilt. Was die US-Botschafterin über die Schweizer Berufslehre, den Krieg in Syrien und Schweizer Wirtschaftsinteressen in den USA zu sagen hat: **Seite 60**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch



Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch
Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Hostenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Martin Kappler, Lukas Schmid (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempster, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Roman Küttel, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarkung: Adextra

Tarife und Buchungen: infoAadextra.ch

Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



NOTENSTEIN LA ROCHE

PRIVATBANK

Das neue Urgestein.

Notenstein La Roche – gebündelte Expertise auf dem Fundament jahrhundertelanger Erfahrung. Mit dem Zusammenschluss der Notenstein Privatbank und der Bank La Roche vereinen sich zwei traditionsreiche Schweizer Privatbanken mit Ursprung im 18. Jahrhundert. Wir sind Bewährtem verpflichtet und denken vorausschauend, um Ihr Vermögen zu schützen.

www.notenstein-laroche.ch

Schöner Herbst

Erinnerung an Eveline Widmer-Schlumpf. Gute Nachrichten aus Europa.

Von Roger Köppel

Wir sahen uns persönlich zum ersten Mal im Dezember 2007 in der TV-«Arena», kurz nach ihrer Wahl, der die überraschende Abwahl ihres Vorgängers vorausgegangen war. Alle Parteien ausser der freiwillig verzichtenden SVP waren anwesend. Es war wie seinerzeit in der Schule, wenn die Schüler auf den Bänken tanzten, weil der Lehrer krank war. Die Abservierung von Justizminister Christoph Blocher löste bei seinen Gegnern und Abwählern regelrechte Glückszustände aus. Ich war damals vermutlich der Einzige im Raum, der sich durch den ganzen verlogenen Jubel angewidert fühlte.

Die Sendung geriet zur Hymne an die Frau, die den Aufstieg in den Bundesrat nur deshalb schaffte, weil sie sich den Gegnern ihrer Partei für eine Intrige zur Verfügung gestellt hatte. Ich hätte gegen den Verrat von Eveline Widmer-Schlumpf, wenngleich sachlich falsch, weniger einzuwenden gehabt, wenn diese Politikerin sich schon vor den Wahlen offen und inhaltlich gegen ihre Partei und deren Zürcher Flügel gestellt hätte – unter Inkaufnahme aller Nachteile.

Doch nichts dergleichen war passiert. Widmer-Schlumpf surfte still und opportunistisch auf der SVP-Erfolgswelle mit. Nicht einmal gegen den Entscheid der Delegierten, keine innerparteilichen Gegenkandidaten zu den amtierenden SVP-Bundesräten Blocher und Schmid zuzulassen, lehnte sie sich auf. Erst als man ihr im Geheimen den Dolch reichte, diente sie sich den Gegnern willig an. Das Gegenteil von Mut ist nicht Feigheit, sondern Heimtücke.

Rund eine Stunde berauschten sich unwidersprochen die versammelten Blocher-Kritiker an ihren Elogen. Die Frischgewählte wurde frenetisch für ihren angeblichen Mut, für ihren angeblich couragierten Widerstand gelobt, den es nie gegeben hatte. Politik ist auch die Kunst, für die eigene Gruppe die passende Wahrheit zu konstruieren, sich ein Bild der Wirklichkeit zurechtzumalen, das den jeweiligen politischen Interessen nützt. Ich weiss nicht mehr genau, was ich sagte, als mir der Moderator erstmals und zum einzigen Mal das Mikrophon hinstreckte. Sinngemäss lief es auf den Satz hinaus, dass es keine gute Basis sei, wenn eine Bundesratslaufbahn darauf beruhe, dass man seine eigenen Leute hintergehe. Wie der Geschützturm eines Panzers drehte sich der Kopf der Bundesrätin langsam in meine Richtung. Ihr Blick strahlte eine faszinierende Kälte aus.



«Erstaunliche Wiedergeburten.»

Jetzt tritt die Unnahbare ab. Vielleicht bin ich altmodisch, aber auch in der Politik sollten Charakter und Integrität eine gewisse Rolle spielen. Man kann einen Bundesrat ohne echte demokratische Legitimation nicht nur an der scheinbaren Perfektion seiner technischen Amtsführung messen, wobei nicht einmal diese im Fall Widmer-Schlumpf gegeben war, wie ihr zerstörerisches Wirken im Migrationsamt zeigte.

Die Bündnerin wird in die Fussnoten der Geschichte eingehen als Politikerin, die fast schon wieder bewundernswert ihre eigenen Interessen über alles andere stellte. Widmer-Schlumpf dementiert, einmal mehr, das Gerücht, Frauen seien das schwache Geschlecht. Man kann das auch als Erkenntnishilfe sehen.

Ich hätte mir gewünscht, dass sie ihren finsternen Durchstoss an die relative Macht im

Bundesrat wenigstens für eine gute bürgerlich-liberale Politik im Interesse der Schweiz genützt hätte. Wieder falsch. Sie blieb eine blasse Erfüllungsgeliebte ihrer linken Wähler im Parlament und eine Vollstreckerin auswärtiger Erpressungen gegen den Schweizer Steuer- und Finanzplatz.

Dass sie für ihre Arbeit in der Regierung seit Jahren mit publizistischem Lob überhäuft wird, sagt viel aus über die Unabhängigkeit und den weltanschaulichen Standort unserer Verlage. Solange es gegen Blocher geht, ist offenbar noch immer jede Lüge wahr. Die Parteikollegen, die der Intrigantin auf ihrem Ego-Projekt loyal folgten, erwachen aus einem schlechten Traum.

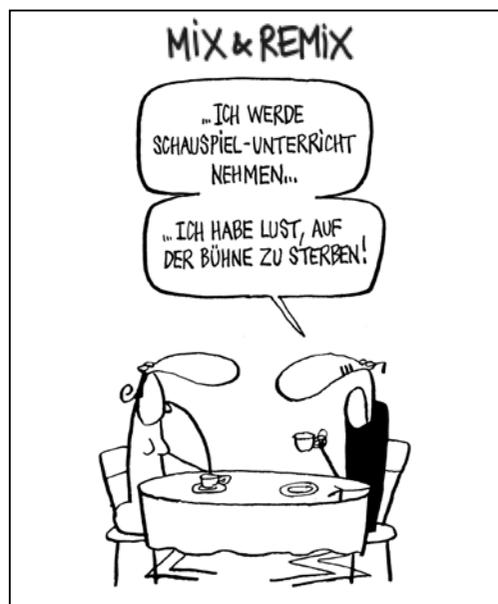
Die Zeiten sind anspruchsvoll, aber interessant. Das Migrationsdebakel an Europas Auszugsgrenzen bewerte ich nicht als Vorstufe zum Untergang des Abendlandes, sondern als Augenöffner. Die institutionelle Misere der Europäischen Union wird mit jedem Tag sichtbarer, mittlerweile dürften in der EU-Zone Millionen von Hirnen über Reformen und Veränderungen brüten.

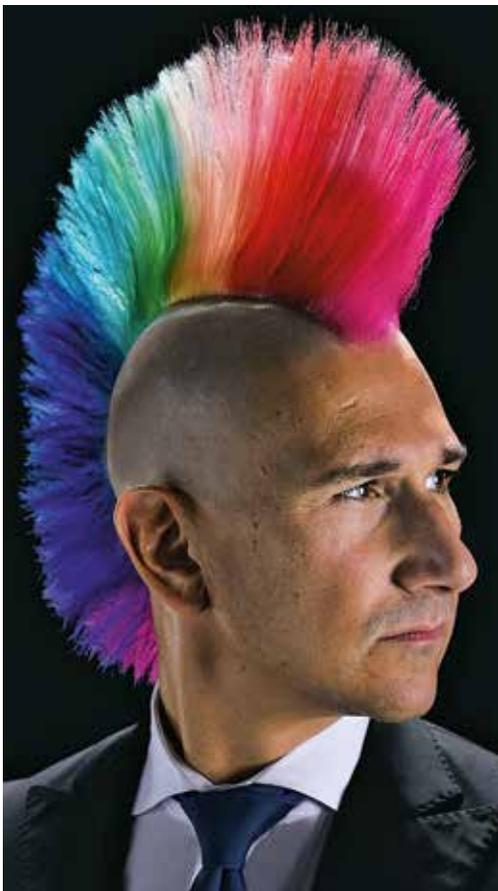
Niemand ist gegen Zusammenarbeit unter den europäischen Nationalstaaten. Die Frage lautet nur, wie wir diese Zusammenarbeit organisieren sollen. Die EU steht für das sogenannte supranationale Verfahren, das Teile der nationalstaatlichen Souveränität herausbrechen und auf überstaatlicher Stufe neu verwurzeln will. Diese Methode hat sich bis heute nicht bewährt. Das zeigen die EU-Verträge über den Euro, über die Grenzsicherung (Schengen) und die Asylpolitik (Dublin).

Die Überzeugung gewinnt an Boden, dass sich das europäische Projekt politisch übernommen hat. Die wesentlichen Impulse in diese Denkrichtung kommen aus Grossbritannien und aus dem Osten Europas, wo die Rückgewinnung nationaler Eigenständigkeit nach Jahrzehnten sowjetischer Diktatur grössere Freiheitsenergien entfesselte als in den Staaten Westmitteleuropas, die durch andere historische Erfahrungen geprägt sind. Die EU der Zukunft wird dem Eigengewicht des Nationalen vermehrt Rechnung tragen. Geschieht dies nicht, zerbricht die EU.

Die raumgreifende Arroganz der Euro-Eliten wird derzeit an den Urnen brutal abgestraft. Die Wähler und Völker wollen ernst genommen werden. Die Überheblichen scheitern, siehe Polen. Die Leute glauben immer weniger an die von oben versprochenen Segnungen dieser europäischen Struktur. Die Politik kehrt aus den intellektuellen Höhen auf den Boden und in die Geschichte zurück. Immerhin ein bisschen.

Eine Hoffnung, aber auch eine Gewissheit: Die Europäer gehören zu den lernfähigsten Menschen der Welt. Noch waren sie immer in der Lage, ihre vermeintlichen Untergänge in erstaunliche Wiedergeburten umzuwandeln.





Tabubrecher: Andreas Thiel. Seite 48



Vorbild Schweiz: Nikolai Lewtschenko. Seite 58



Grenzschutz: australische Patrouille. Seite 56



Ganz Businesswoman: Jaël Malli. Seite 76

Kommentare & Analysen

- 9 **Editorial**
- 15 **Kommentar** Die BDP gehört zur FDP
- 15 **Im Auge** Nigel Owens, Rugby-Schiedsrichter
- 16 **Urteile** Justiz mit der Brechstange
- 17 **Sicherheit** Unverlässliche Schweiz
- 17 **Umwelt** Achtung, Zufall
- 18 **Personenkontrolle** Leuthold, de la Reussille, Riklin etc.
- 19 **Nachrufe** Günter Schabowski, Hans Letsch
- 20 **Die unbewaffnete Neutralität**
- Die Schweiz steht so schutzlos da wie lange nicht mehr
- 24 **Armee** Militärexperte Bruno Lezzi
- 26 **Die Deutschen** Transitzonen
- 26 **Wirtschaft** Adieu, politische Gespinste
- 27 **Ausland** Für Erdogan, Ruhe und Ordnung
- 28 **Mörgeli** Erbarmen mit Couchepin
- 28 **Bodenmann** Locher und Blocher nach Eritrea
- 29 **Medien** Sag mir, wo die Linken sind
- 29 **Gesellschaft** Eingempft
- 30 **Darf man das?** / Leserbriefe

Hintergrund

- 32 **Die Stunde der Aufräumer**
- Wie die Reformagenda des rechten Lagers aussehen könnte
- 34 **SP** Nervenflattern bei den Genossen
- 35 **Dublin-Abkommen** Italiens Arbeitsverweigerung
- 36 **Die Bürokratie lebt**
- Eveline Widmer-Schlumpf hinterlässt viele Grossbaustellen
- 39 **Wirtschaft** Zeichen der Hoffnung
- 40 **Getarnte Verstaatlichung**
- Der Staat will sich bei den Pensionskassen einmischen
- 42 **Ein höllisches Experiment**
- Der politische Druck gegen Erwin Sperisen wird übermächtig
- 46 **Sterbende Fischstäbchen**
- Der schleichende Tod der Boulevardzeitung *Blick*
- 48 **Der Islam bleibt lustig**
- Neues von Satiriker Andreas Thiel nach seiner Koran-Kritik
- 50 **Flüchtlinge und Streubomben**
- Die syrischen Regierungstruppen kommen kaum vom Fleck
- 56 **Die australische Erfahrung**
- Wie Australien gegen illegale Bootsflüchtlinge vorgeht
- 58 **«Unser Modell muss die Schweiz sein»**
- Der ukrainische Politiker Nikolai Lewtschenko
- 60 **«Ein paar Wolken sind noch da»**
- Interview mit US-Botschafterin Suzi LeVine

LAGER- FAHRZEUGE ZU [REDACTED] PREISEN.

PROFITIEREN SIE VON [REDACTED]
0,9% LEASINGZINS UND [REDACTED]
VORTEILSKONDITIONEN FÜR SÄMTLICHE
LAGERFAHRZEUGE – JETZT BEI ALLEN
TEILNEHMENDEN BMW PARTNERN.

Beispielkalkulation: BMW 218d Active Tourer, 5-Türer, 8-Gang Steptronic, 110 kW (150 PS), 1995 cm³, 4 Zylinder, Treibstoffverbrauch gesamt: 4,1–4,3 l/100 km, CO₂-Emission: 109–114 g/km (Durchschnitt aller immatrikulierten Neuwagen in der Schweiz: 144 g/km), Energieeffizienz-kategorie: A–B. Fahrzeugpreis: CHF 52 100.– (Basismodell: BMW 218d Active Tourer, manuelles Getriebe, Katalogpreis: CHF 38 300.– plus Sonderausstattungen im Wert von CHF 15 970.– abzüglich 4% BMW Swiss Bonus), 1. grosse Leasingrate: 20% des Fahrzeugpreises, Laufzeit: 48 Monate, Laufleistung: 10 000 km/Jahr, effektiver Jahreszins: 0,9%, monatliche Leasingrate: CHF 384.–. Leasingaktion gültig bis zum 31.12.2015 für alle BMW Lagerfahrzeuge bei einer Leasingdauer von bis zu 48 Monaten. Dieses Angebot gilt nicht für BMW i. Ein Angebot der BMW Finanzdienstleistungen (Schweiz) AG. Für ein verbindliches Angebot wenden Sie sich bitte an Ihren BMW Partner. Sämtliche Angaben gültig bei Drucklegung. Alle Preise inklusive 8% MWST. Zusätzliche Vollkaskoversicherung obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt.

BMW (Schweiz) AG

www.bmw.ch



Freude am Fahren



«Freiheit in einer unfreien Welt»: Margaret Trudeau mit Fidel Castro in Havanna, 1976. Seite 52

Politik

52 Die Kennedys von Kanada

Pierre und Margaret Trudeau kehren mit Sohn Justin zurück an die Macht

Stil & Kultur

64 Stil & Kultur Weibliche Stärke

66 Bestseller

66 Die Republik der Mutigen

Die vergessenen Texte von Edward Gibbon (1737–1794) über die Schweiz

69 Geschichte Gibbon über die Schlacht am Morgarten

70 Top 10

70 Kino «Spectre»

71 Jazz Bill Stewart (mit Seamus Blake, Bill Carrothers, Ben Street)

72 Namen Ein guter Plan

73 Hochzeit Jessica Bader und Reto Meier

73 Thiel Finma

74 Wein Vermentino Capichera VT 2013

74 Zu Tisch Kulinarische Herbstferien (2)

75 Auto BMW M3

76 MvH trifft Jaël Malli, Musikerin

Autoren in dieser Ausgabe

Dominik Studer



Der Ökonom ist Schweiz-Analyst bei der UBS. In seinem Essay legt er dar, warum die Frankenstärke für die Exportwirtschaft auf kurze Sicht negative Auswirkungen hat, langfristig aber gewichtige Vorteile mit sich bringt. Seite 39

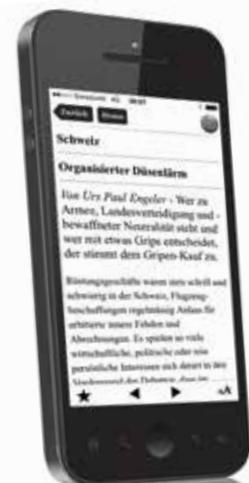
Hanspeter Born



Der Publizist und frühere Auslandchef der Weltwoche hat die unvollendete Schweizer Geschichte des britischen Historikers Edward Gibbon (1737–1794) ins Deutsche übersetzt. Die wiederentdeckten Texte zeigen die grosse Bewunderung, die der bedeutende Aufklärer für die Schweiz hegte. Seite 66

Das Weltwoche-«Taschenheft».

Mit den Weltwoche-Apps für das iPhone oder das Android-Smartphone haben Sie auch unterwegs die Weltwoche immer dabei.



DIE WELTWOCH



spinnen sie ihre
ideen im grünen!

riverside ... das seminar- und eventhotel.

... in der ehemaligen garn-spinnerei letten, wo sich nostalgie und moderne perfekt vereinen, finden sie eine einmalige atmosphäre, um andere menschen zu treffen, miteinander zu kommunizieren und ideen zu spinnen.

direkt am ufer der glatt setzen wir kulinarische akzente, verblüffen sie mit kreativen events und unterstützen sie in der planung und umsetzung von inspirierenden und produktiven momenten für ihre mitarbeiter und kunden.



hotel

seminare

gastronomie

bowling

events



riverside ... alles im grünen bereich.

spinnerei-lettenstrasse
ch-8192 zweidlen-glattfelden

+41 43 500 92 92
www.riverside.ch

GELESEN

«Vom Verschwinden der Männlichkeit»

GELESEN

«It's a Man's Man's Man's World»

Die BDP gehört zur FDP

Von Christoph Mörgeli — Das Zusammengehen von FDP und BDP ergibt Sinn. Nicht nur politisch, auch historisch und atmosphärisch.



Frei zur Adoption: alt Bundesrat Schmid (l.), Widmer-Schlumpf.

Nach dem angekündigten Rücktritt von Eveline Widmer-Schlumpf verliert die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) ihre Bundesrätin und damit den Status einer Bundesratspartei. Die Gelb-Schwarzen, die sich selber der Biene als Maskottchen verschrieben haben, stehen ohne Bienenkönigin da. Auch die zudienenden Drohnen im Parlament haben im Grunde ihre Pflicht getan. Mochte es am BDP-Parteitag in Bern auch wie im Bienenstock summen und brummen; die Ratlosigkeit über die Zukunft der Kleinpartei war mit Händen zu greifen. Nach dem Verlust der Bundesrätin, von zwei Nationalratssitzen und 1,3 Prozent Wähleranteil herrschte Götterdämmerung – oder gar der Anfang vom Ende. Sogar Parteimitglied Samuel Schmid durchschaute die tapferen Durchhalteparolen als «schönfärberisch» und ortete «Zweckoptimismus».

Personenpartei vor Scherbenhaufen

Aus der neueren Schweizer Geschichte kennen wir einige Parteien, die fast nur dazu dienten, die Mandate von Politikerinnen abzusichern. Die 2008 gegründete BDP zur Stützung von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ist ein solches Beispiel. Der serbelnde Landesring der Unabhängigen (LdU) wurde künstlich noch einige Jahre am Leben erhalten, um der populären Ständerätin und späteren Zürcher Stadträtin

Monika Weber eine politische Heimat zu garantieren. Mit Webers Rücktritt war es auch um den LdU geschehen. Weil sich Regierungsrätin Verena Diener mit allen andern Frauen innerhalb der Grünen zerstritten hatte, erblickte die Grünliberale Partei (GLP) das Licht der Welt. Ab dem Moment ihres Rücktritts als Ständerätin wird sich Diener keinen Deut mehr um diese Partei kümmern. Und jetzt hat Widmer-Schlumpf als Rücktrittsgrund ihre Enkel entdeckt. Glaubt irgendjemand im Ernst, sie werde noch jemals Basisarbeit für ihre Partei leisten?

Inhaltlich freisinnig

Die BDP hat seit dem 18. Oktober zum Übernahmekandidaten mutiert, wenn auch zu einem mässig begehrten. Die logischsten Adoptiveltern wären die Freisinnigen. Denn die Bündner und Glarner Demokraten, die sich 2008 mit den Berner SVP-Abspaltern als Kern der BDP konstituiert haben, sind ursprünglich aus der freisinnigen Grossfamilie hervorgegangen. Ein geplantes Zusammengehen der mehrheitlich reformierten Bürgerlich-Demokraten mit den katholischen Christdemokraten wurde von der BDP-Basis schroff abgeblockt. Nach den neusten Wahlen macht ein Andocken an die ebenfalls angeschlagene CVP noch weniger Sinn. Die Wahlsiegerin FDP will ihre beiden Bundesrats-

»» Fortsetzung auf Seite 16

Der Unantastbare



Nigel Owens, Rugby-Schiedsrichter.

Ein Schiedsrichter zum Vergessen», lobte die Presse Nigel Owens, 44, nach dem Final der Rugby-Weltmeisterschaft, den die «All Blacks» aus Neuseeland gegen die australischen «Wallabies» 34 zu 17 gewannen, das beste Spiel seit Menschengedenken. Ein grosses Kompliment, denn Owens blieb in diesem schweiss- und testosterondampfenden Kampf Mann gegen Mann sozusagen unsichtbar. Den schönen Spruch: «Fussball ist ein Gentlemen-Spiel, gespielt von Raufbolden. Rugby ein Spiel für Raufbolde, gespielt von Gentlemen», verdanken wir dem US-Reporter Henry Blaha (und nicht Oscar Wilde), der noch die Pointe beifügte: «American Football ist ein bestialisches Spiel, gespielt von Bestien.» Im Fussball wird der Schiedsrichter von Simulanten und Tricksern hinter Licht geführt, wie jeder TV-Zuschauer erkennt, nur er nicht, und er ist immer an allem schuld. Im Rugby ist der Referee in den wichtigen Partien über Funk mit Kollegen am Spielfeldrand verbunden, die strittige Szenen am Videoschirm aufklären können. Kein Spieler bedrängt ihn, er ist unantastbare Respektperson. Mit neunzehn begriff Owens, dass er nie ein grosser Rugby-Spieler werden würde. Er war zu dick, Steroid-Junkie, litt an Depressionen, und ihm dämmerte, dass er schwul war. Er lebte und litt in einem Kaff namens Mynyddcerrig in Wales, wo jeder jeden kannte, als Haustechniker der Schule. Eines Nachts um drei, er war mittlerweile 26, unternahm er den letzten Gang auf seinen Lieblingsberg, mit einer geladenen Flinte, einer Whiskeyflasche und einer Dose Schlaftpillen, fiel ins Koma und erwachte im Spital. Danach wusste er: Rugby war seine Bestimmung. Gerüchte über seine Homosexualität beendete er 2008 mit seiner schonungslosen Autobiografie. Heute hat er sogar eigene TV-Shows. Die Rugby-Welt schätzt und verehrt ihn, wie er ist. Die Maes Yr Yrfa School in Mynyddcerrig ist mittlerweile geschlossen, ebenso die Post, und Owens wohnt im Nachbardorf Pontyberem. An diesem Wochenende leitet er in Gowerton das Game gegen Crymych. Es werden 150 Zuschauer erwartet und TV-Kameras von überall. Peter Hartmann

sitze unbedingt in die Zukunft retten; das ist sie ihrem Selbstverständnis als Trägerin des Bundesstaates von 1848 schuldig. Aus diesem Grund hat sie schon die Liberale Partei der Schweiz geschluckt und käme mit der BDP immerhin auf 20,5 Prozent Wählerstimmen. Die Übereinstimmung der Positionen von FDP und BDP ist frappant und wird sich in der Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik noch weiter verstärken, weil sich die BDP mit dem Ausscheiden Widmer-Schlumpfs aus der Geiselhaft der Linken befreien kann. Die von der BDP-Elite forcierte progressive Gesellschaftspolitik dürfte zwar die eigene Basis leicht überfordern, trifft aber punktgenau die freisinnigen Positionen.

Demokraten zu links für SVP

Das Zusammengehen von BDP und FDP würde zudem einen historischen Irrtum korrigieren. Als sich 1971 die behäbige Bauern-Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit den Bündner und Glarner Demokraten zur Schweizerischen Volkspartei (SVP) verband, stand fatalerweise nicht die gemeinsame politische Überzeugung Pate, sondern eine Personalie: Leon Schlumpf wollte unbedingt Bundesrat werden und brauchte dazu eine Bundesratspartei. Er hätte wissen müssen, dass seine Bündner ebenso wie die Glarner Demokraten seit 1919 Linksabspaltungen der FDP waren; über den linksbürgerlichen Bündner Andreas Gadiant sagte man, er verspeise jeden Tag zum Frühstück einen Freisinnigen.

Unter dem Einfluss der früheren Demokraten rückte die SVP in den siebziger Jahren markant nach links; das von Leon Schlumpf geprägte «Aktionsprogramm 1978/79» atmte den Geist eines seltsamen Sozialliberalismus: Es forderte einen Ombudsmann auf Bundesebene (Leon Schlumpf war damals Preisüberwacher), die Neufinanzierung der AHV, das Stimmrechtsalter 18, eine intensivere Bankenaufsicht, eine «menschliche Ausländerpolitik», den Abbau der Höchstarbeitszeit und dafür den Ausbau der Ferien. Diesen Irrweg nach links unter Führung früherer Demokraten musste dann in jahrelanger mühsamer Kleinarbeit von Christoph Blocher und seiner Zürcher SVP korrigiert werden. Der Abfall der BDP beendete 2008 eine fast vierzigjährige parteipolitische Fehlkonstruktion. Die Bündner SVP-Parolen – durchgedrückt von der alten demokratischen Führungsschicht – haben regelmässig nicht nur der Position der SVP Schweiz widersprochen, sondern auch der Mehrheit der Bündner Stimmbürger. Mit der neu erstandenen Bündner SVP hat diese Volksmehrheit wieder eine Stimme. Die nun gewählte SVP-Fraktion wird im Bundeshaus so einheitlich und geschlossen kämpfen wie noch nie in der Parteigeschichte. Wer jetzt die BDP-Mitglieder zur SVP zurückruft, wird Abweichung und Zwietracht ernten. Man soll die BDP zur FDP ziehen lassen.

Urteile

Justiz mit der Brechstange

Von Alex Baur — Mit dem Mordurteil gegen Erwin Sperisen wollte sich die Genfer Justiz ein Denkmal setzen. Doch von der Rechtsprechung zum Justizverbrechen ist es nur ein kleiner Schritt.

Es sollte ein memorables Festival der internationalen Strafverfolgung werden. Um den ehemaligen guatemaltekischen Polizeichef Erwin Sperisen lebenslänglich hinter Gitter zu bringen, scheute die Genfer Justiz keinen Aufwand. Dutzende von Zeugen liess Staatsanwalt Yves Bertossa einfliegen zum Beweis, dass der Nachfahre von Schweizer Emigranten ein Gefängnismassaker in Guatemala zu verantworten habe. Ein Verbrecher, so die noble Botschaft, soll sich nirgends auf der Welt sicher fühlen.

Sperisen wurde wegen Mordes zu «lebenslänglich» verurteilt, im Juni 2014 vom Genfer Kriminalgericht, ein Jahr später in zweiter Instanz vom Appellationsgericht. Hält man sich die schriftliche Urteilsbegründung vor Augen, kann das einem die Laune indes schnell verderben. Was im 10 000 Kilometer von Genf entfernten guatemaltekischen Gefängnis genau passierte, bleibt schleierhaft. Welchen Beitrag Sperisen – angeblich als Teil einer geheimen Verschwörung – dabei gespielt haben soll? Es ist ein ungelöstes Rätsel.

Was die guatemaltekischen Staatsanwälte in Zusammenarbeit mit der internationalen Organisation Cicig an Beweisen lieferte, war von Anfang an so bunt und verworren wie der Urwald von Petén. Die Zeugenaussagen strotzen nur so vor Widersprüchen. Das kann in Anbetracht des politischen Drucks nicht verwundern. Die belastenden Aussagen kamen unter massivem Druck zustande. Wer einen Mitverdächtigen anschwärzte, wurde mit Straferlass belohnt. Derartige Kronzeugendeals sind wegen der imminnten Gefahr von Falschschuldigungen nach Schweizer Recht illegal.

Das Genfer Kriminalgericht bastelte alle belastenden Elemente zu einer Version zusammen, in der Sperisen Häftlinge persönlich exekutierte. Was nicht zur Gruselstory passte – und das war ziemlich viel –, wurde einfach als unwesentlich abgetan. Das Appellationsgericht warf das abenteuerliche Konstrukt über den Haufen und löste den Fall mit einer simplen Formel: Sperisen trug als politischer Chef der Polizei die Verantwortung, also ist er auch für die Morde verantwortlich. Folgt man dieser Logik, muss künftig jeder Exekutivpolitiker damit rechnen, für Delikte seiner Beamten hinter Gittern zu landen. Die Classe politique kann nur noch auf das Bundesgericht hoffen.

Die Genfer waren gewarnt. Es war beileibe nicht der erste politisch aufgeladene internationale Strafprozess, der in ein Fiasko zu münden drohte. Beim legendären Fall um den

vermeintlichen russischen Mafia-Paten Sergej Michailow holten die Geschworenen den abgehobenen Staatsanwalt Bernard Bertossa auf den Boden der Realität zurück. Fünfzehn Jahre später gibt es keine Geschworenen mehr. Die unbefangenen Laien fehlen der von der Politik durchdrungenen Genfer Justiz nun bitter. Keiner bremste Filius Yves Bertossa auf seiner grandiosen Mission zum Weltpolizisten.

Widersprüche und gekaufte Zeugen

Was als Fanal internationaler Strafverfolgung geplant war, deckte die Ohnmacht der Justiz bei derartigen Fällen schonungslos auf. Als sich das Fiasko abzeichnete, gingen die Richter mit der Brechstange ans Werk. Um den Schein von Recht und Gerechtigkeit zu wahren, setzten sie sich über sämtliche Prinzipien eines fairen Prozesses hinweg.

Zwischen Rechtsprechung und Justizverbrechen liegt nur ein kleiner Schritt. Politische Strömungen kommen und gehen, die Erkenntnis von Montesquieu bleibt zeitlos: Das Unrecht, das einem Einzelnen widerfährt, ist eine Bedrohung für alle. Letztlich handelten die Genfer Richter nach demselben Prinzip, das sie Sperisen unterstellen: Um das Verbrechen zu bekämpfen, nahmen sie ein anderes Verbrechen zumindest billigend in Kauf.

Mehr zum Fall Sperisen: Seite 42



Abenteuerliches Konstrukt: Staatsanwalt Bertossa.

Unverlässliche Schweiz

Von Philipp Gut — Die Schweizer Armee ist nicht mehr verteidigungsfähig. Das widerspricht nicht nur der Verfassung. Man hintergeht damit auch die anderen Staaten.



Die Naivität erfasste nicht nur Pazifisten.

Das Seilziehen um das Budget und die Weiterentwicklung der Armee (WEA) geht in die nächste Runde. Am Dienstag hat die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats gefordert, dass die Armee in den Jahren 2017 bis 2020 insgesamt 20 Milliarden Franken erhalten soll. Das entspricht 5 Milliarden pro Jahr und ist mehr, als der Bundesrat vorsieht. Entschieden ist noch nichts, doch die Kommission will damit «ein Zeichen setzen» und den Bundesrat «in die Pflicht» nehmen.

Die Forderung der Nationalratskommission ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Wehrbereitschaft der Schweizer Armee wurde in den letzten Jahren systematisch ausgehöhlt. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt ist regelrecht implodiert. Der Zeitgeist wollte es so, man wählte sich in einer Ära des Friedens, bewaffnete Konflikte schienen in weite Ferne gerückt. Die Naivität erfasste nicht nur Pazifisten, sondern auch die Armeeführung. Sie schlug sich in Begriffen wie der «Aufwuchsfähigkeit» nieder, das heisst der Doktrin, dass man zehn Jahre Vorlaufzeit habe von den ersten Anzeichen eines Konflikts bis zum Augenblick, in dem dieser tatsächlich eintritt.

Eine offensichtlich absurde Vorstellung, die allerdings noch immer ihr Unwesen treibt. Auch SVP-Verteidigungsminister Ueli Maurer ist es nicht gelungen, dieses Wunschenken

ganz aus den Köpfen zu vertreiben. Es ist längst kein Geheimnis mehr: Die Schlagkraft der Schweizer Armee reicht nicht mehr aus, um Land und Leute im Ernstfall zu verteidigen. Das verletzt die Verfassung. Die Staats säule der bewaffneten Neutralität wackelt. Denn unabhängig von der politischen Frage, wie neutral die Schweiz noch ist – es fehlt an einer wirkungsvollen Bewaffnung.

Militärisches Vakuum

Davon betroffen sind auch die anderen Staaten. Sie verlassen sich darauf, dass die Schweiz ihre Neutralität notfalls effizient verteidigt. Ein Neutraler, der nur unzureichend gerüstet ist, lädt Aggressoren geradezu ein und stellt für die Staatengemeinschaft ein Sicherheitsrisiko dar. Auch deshalb darf die Schweiz nicht zu einem militärischen Vakuum verkommen.

Noch ein Winston Spencer Churchill sah messerscharf, dass ein unabhängiger und neutraler Staat langfristig nur dann unabhängig und neutral bleibt, wenn er sich glaubwürdig rüstet und willens und fähig ist, sein Territorium zu verteidigen. Churchill schätzte darum die Schweiz. Im kollektivistischen Europa von heute mag dieser Gedanke etwas in Vergessenheit geraten sein. Ein Massstab ist das nicht.

Mehr zum Thema: Seite 20

Achtung, Zufall

Von Alex Reichmuth — Autoabgase sollen zu mehr Leukämie bei Kindern führen. Wirklich?

Erhöhtes Krebsrisiko bei Kindern, die neben Autobahnen wohnen», liess die Universität Bern diese Woche verlauten. Eine Studie von Sozial- und Präventivmedizinern der Uni zeige, dass Kinder «wahrscheinlich» wegen krebserregender Stoffe in den Abgasen häufiger an Leukämie erkrankten. Je näher Kinder bei stark befahrenen Strassen wohnten, desto grösser sei ihr Risiko für Blutkrebs. Konkret haben die Forscher Erkrankungsfälle in der Schweiz der Jahre 1985 bis 2008 herangezogen und sind dabei zum Schluss gekommen, dass Kinder in Wohnungen mit einem Abstand von weniger als hundert Metern zur nächsten Autobahn zu 47 bis 57 Prozent häufiger Leukämie bekommen als jene in solchen mit mindestens 500 Meter Abstand.

Fragwürdiges Vorgehen

Das tönt beunruhigend und wurde auch sofort von Medien wie *Blick* oder *NZZ* verbreitet. Wer sich allerdings in Statistik auskennt, musste stutzig werden. Zum einen stützt sich die Studie auf nur dreissig Leukämiefälle unter Kindern mit weniger als hundert Meter Abstand zu einer Strasse. Für statistische Schlüsse ist das eine sehr tiefe Zahl. Zum anderen hat sich die Risikoerhöhung nur bei Kindern im Alter von null bis vier Jahren gezeigt, nicht aber bei den anderen Altersklassen (Maximalalter: sechzehn Jahre). Und es ergab sich auch kein höheres Risiko bezüglich anderen Krebsarten wie Hirntumoren und Lymphome.

Unter Statistikern nennt man die Vorgehensweise, auf die die Uni Bern mutmasslich gesetzt hat, die «Methode des texanischen Scharfschützen». Dieser Schütze schießt, ohne zu zielen, auf ein Scheunentor, zeichnet anschliessend eine Zielscheibe um das Einschussloch und freut sich über den perfekten Treffer. Konkret durchsucht man bei diesem Vorgehen Datensätze nach allerlei Auffälligkeiten (etwa solche zwischen Strassenabstand und diversen Krebsarten) und stösst dann meist auf irgendwelche statistisch signifikanten Zusammenhänge (etwa den zwischen Strassenabstand und Leukämie bei Kindern unter vier Jahren). Seriös aber wäre, wenn man im vornherein festlegte, wonach man sucht.

«Die Tatsache, dass nur bei Leukämien ein erhöhtes Risiko gefunden wurde, könnte laut den Autoren auf Benzol als mögliche Ursache hinweisen», kommentierte die Uni Bern. Benzol ist ein Luftschadstoff. Viel wahrscheinlicher ist allerdings, dass das Resultat ganz einfach Zufall war.

Personenkontrolle

Leuthold, de la Reussille, Riklin, Carobbio Guscetti, Wermuth, Gasche, Müller-Altermatt, Federer, Nadal, Buholzer, Schellnhuber, Merkel, Gates, Varoufakis

Die Bundesverwaltung bewies dem neuen Parlament auf Anhieb ihre Arbeitsüberlastung. Diese Woche erhielten die Räte vom Chef der Parlamentsbibliothek **Jérémie Leuthold** eine eilig gedruckte Broschüre mit «Porträts der neuen Mitglieder der Bundesversammlung». Genau genommen handelt es sich um ein provisorisches Verzeichnis der Mitglieder des Nationalrats, Stand: Wahlsonntagabend. Die Broschüre erschien vor den zweiten Wahlgängen für den Ständerat zum dümmstmöglichen Zeitpunkt, bevor noch mindestens ein Dutzend Nationalräte nachrücken und die Kleine Kammer ihre definitive Gestalt annimmt. Die unnötige Eile zeigt sich in den zahlreichen Fehlern: So wurde aus dem PdA-Neuling **Denis de la Reussille** eine Frau («*Employée de commerce*»), man flickte bei **Kathy Riklin** (CVP) als Berufsbezeichnung – anders als auf der offiziellen Website – noch «*Universitätsrätin*» rein, was sie seit einem halben Jahr nicht mehr ist, und man schaffte es nicht, den Namen der Bisherigen **Marina Carobbio Guscetti** (SP) richtig zu schreiben («*Carrobio*»). (*sär*)

Nicht nur für die Druckschriften der Bundesverwaltung gilt der «*einzigste Tipp an die neu Gewählten*», den Nationalrat **Cédric Wermuth** (SP) verbreitete: «*Möglichst viel, möglichst schnell, möglichst ungelesen wegschmeissen.*» Der Aargauer Linke richtete seine Twitter-Botschaft auch an die Parlamentsdienste, wollte sie aber nicht als Kritik an ihnen verstanden wissen. Das Problem seien die Lobbyisten (und zwar nur die privaten), beteuerte er, «*nicht die Verwaltung*». Klar: Staat ist gut, mehr Staat ist besser. (*sär*)

Nationalrat **Urs Gasche** (BDP/BE), alt Regierungsrat und Präsident des Berner Elektrizitätsunternehmens BKW, muss sich einer Rückenoperation unterziehen. Die Genesung wird bis Februar 2016 dauern. An der Wintersession 2015 wird der Politiker nicht teilnehmen können, so das Parteisekretariat. Ob für die Bundesratswahl vom 9. Dezember eine kurze Anwesenheit möglich ist, müsse kurzfristig ärztlich beurteilt werden. Wir wünschen Urs Gasche auf diesem Wege gute Besserung. Aus Sicht der Partei hat der Spitalaufenthalt ihres Frontmanns aber auch eine gute Seite: Denn



Rückgrat: BDP-Nationalrat Gasche.

von nun an ist medizinisch erwiesen, dass auch BDP-Politiker ein Rückgrat besitzen. (*hmo*)

Der vom *Blick* als «*Topshot*» der CVP bezeichnete Nationalrat **Stefan Müller-Altermatt** fordert in der *NZZ am Sonntag* ein verstärktes Zusammengehen der Mitteparteien. Die Grünliberalen, die BDP und seine Christlichdemokraten würden schliesslich bereits viele inhaltliche Gemeinsamkeiten aufweisen, etwa bei der Energiewende, in der Rentenreform oder bei der Asylgesetzrevision. Der Solothurner hat auch bereits einen Namen für die neue Vereinigung eingebracht: «*Die Moderaten*». Vollständig würde die fusionierte Mitte dann die «*Moderatenpartei Schweiz*» heissen, abgekürzt Mops. Damit wäre auch die Frage nach einem möglichen Maskottchen schon geklärt: der Mops – klein, niedlich und ungefährlich. (*kep*)

Abseits des Tennisplatzes betritt er gefährliches Terrain: **Roger Federer** verriet dem *Tages-Anzeiger* nach dem Sieg an den Basler Swiss Indoors über **Rafael Nadal** seine Lieblingszahl: Es ist die 88! «*Alles, was mit 8 zu tun hat, bringt Glück*», so Federer. Wir erinnern uns: Weil offenbar Neonazis in Deutschland die Zahl 88 als Code für «*Heil Hitler*» missbrauchen, war eine Tänzerin im SVP-Wahlvideo wochenlangen Anfeindungen ausgesetzt – sie mache mit ihrer T-Shirt-Aufschrift «*88 New York Bronx*» Werbung für Hitler. Besonders tat sich PR-Beraterin **Sonja A. Buholzer** mit dem absurden Vorwurf hervor. Ihr sei es angesichts dieser Bildsprache «*kalt den Rücken heruntergelaufen*», empörte sie sich im Schweizer Fernsehen. Wie sieht es mit Federer aus? Wäre es, um bei Buholzers Denkschema zu bleiben, nicht ebenso bedenklich, wenn das Sportidol eine Nazi-Geheimzahl in Interviews propagiert? Dazu will die ansonsten um kein Wort verlegene Fachfrau für Kommunikation auf einmal nichts mehr sagen. (*fsc*)

Stell dir vor, es ist Klimakonferenz, und kaum jemand interessiert es. So präsentiert sich die



«*Mehr, mehr, mehr*»: SP-Nationalrat Wermuth.



Mops: Müller-Altermatt (l., CVP).

Situation wenige Wochen vor der Konferenz in Paris, die als entscheidend bezüglich der Bekämpfung der Erderwärmung hochstilisiert worden ist. Angesichts der schwindenden öffentlichen Aufmerksamkeit radikalisieren sich die Apokalyptiker in ihren Warnungen vor dem Klimawandel zusehends – so etwa **Hans Joachim Schellnhuber**, Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und Einflüsterer von Kanzlerin **Angela Merkel**. Wir seien daran, «*an unserem eigenen Scheiterhaufen*» zu arbeiten, mahnte der Physiker gegenüber dem *Spiegel*. Schreite die Erwärmung voran, müssten die Menschen bald in «*künstlichen Schutzräumen*» und «*Mondstationen auf Erden*» leben. Merke: Wer immer weniger gehört wird, muss immer lauter rufen. (*are*)

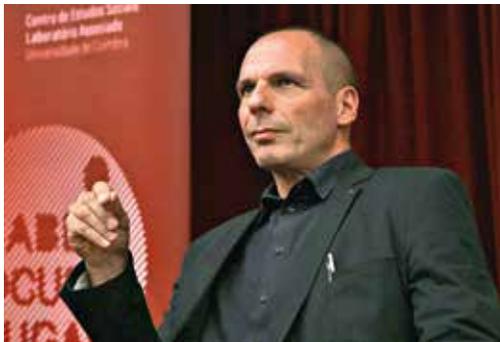
Bill Gates, der mit Microsoft zum reichsten Mann der Welt wurde, will plötzlich kein Kapitalist mehr sein. Der Klimawandel, flötete er in einem Interview mit dem Magazin *The Atlantic*, könne nur durch staatliche Massnahmen abgewendet werden, da mit CO₂-freien Energieträgern nun einmal «*kein Vermögen*»



«Scheiterhaufen»: Schellnhuber (l.), Merkel.



Antikapitalist: Microsoft-Gründer Gates.



First class: Ex-Finanzminister Varoufakis.

zu machen sei. «Seit dem Zweiten Weltkrieg», so Gates weiter, «haben Forschung und Entwicklung seitens der US-Regierung den *state of the art* in fast allen Bereichen definiert.» Der Privatsektor sei «allgemein unfähig». Ob der junge Gates in der legendär-anarchischen Tüftlergarage, in welcher der Weltkonzern entstanden ist, bereits von ähnlichen Ideen beseelt war? (fsc)

Als Finanzminister versuchte er seine Griechen dazu zu bewegen, den Gürtel enger zu schnallen, als politischer Frührentner aber muss sich Jannis Varoufakis nicht sonderlich einschränken. Er tingelt durch die ganze Welt, besucht Seminare, hält Vorträge, gibt Interviews – und lässt sich fürstlich entlohnen. Ein Interview mit dem italienischen Staatssender RAI 3 brachte ihm jüngst 24.000 Euro ein, einen First-Class-Flug nach Rom nicht eingerechnet. Proteste italienischer Steuer- und Gebührenzahler liessen ihn ungerührt. Schliesslich sehe er es als seine Aufgabe an, den «Geist des Athener Frühlings» nach Europa zu bringen, schrieb er auf seiner Website. (ky)

Nachruf



«Verspäteter Dissident»: Politiker Schabowski.



Massstäbe: FDP-Politiker Letsch.

Günter Schabowski (1929–2015) — Den Satz, der Deutschland und ganz Europa verändern sollte, stammelte er in umständlichem Bürokratendeutsch: Ab sofort gelte eine neue Reiseverordnung, laut der künftig Reisen in den Westen erlaubt seien. Nüchtern, trocken, ohne Pathos und ohne Emotionen verkündete er das historische Ereignis. Fast beiläufig, als ob er die Tragweite seiner Worte nicht begreifen würde, informierte Günter Schabowski am 9. November 1989 nicht nur über die Öffnung der Mauer, sondern implizit auch über das Ende der Deutschen Demokratischen Republik.

Der Mann, der stets ein strammer Diener des Regimes gewesen war, mutierte in der Folge zu einem der schärfsten Kritiker der DDR. Der «verspätete Dissident» (FAZ) bezeichnete die DDR als «lebensunfähiges System». In seinem Buch «Wir haben fast alles falsch gemacht» rechnete der ehemalige Chefpropagandist der DDR mit dem kommunistischen Deutschland ab. In einem Interview distanzierte er sich allerdings vom Buchtitel, den der Verlag gewählt hatte. Das höre sich so an, «als ob wir einiges richtig gemacht hätten», sagte er. Er sei aber der Meinung, «dass wir alles falsch gemacht haben». Der Versuch, ein sozialistisches Gesellschaftskonstrukt zu schaffen, sei von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. In den letzten Monaten war es still geworden um den Mann, der den Beginn der deutschen Wiedervereinigung eingeleitet hatte. Er starb am vergangenen Sonntag in einem Pflegeheim in Berlin. *Pierre Heumann*

Hans Letsch (1924–2015) — Zu den bedeutenden Aargauern ihres Jahrhunderts gehörten Bundesrat Hans Schaffner, Vater des Freihandels, und Ständerat Hans Letsch (FDP), beide humanistisch gebildet. Der ehemalige Lehrerseminarist Letsch gehörte zur Aktivdienstgeneration. Er blieb dadurch stärker geprägt als Bundesrat Rudolf Friedrich, der in Uno-Beitritt, EWR und Annäherung an die EU Schritte zur Globalisierung sah. Demgegenüber orientierte sich Letsch lebenslang nach Hans Schaffner, dessen Generalsekretär er war. Also eine vorsichtige, knallhart auf schweizerische Interessen ausgerichtete Politik. Diese Orientierung leitete ihn später als Arbeitgeberpräsident und in National- und Ständerat als Wirtschaftspolitiker. Er vertrat keineswegs dumm interpretierte ordoliberalen Grundsätze, sogar ethische Orientierungen «jenseits von Angebot und Nachfrage» (Röpke). Gut verstand er sich mit dem hemdsärmeligen, aber nie politisch unbedarften Gewerbspolitiker Otto Fischer. Mit Pfarrersbub Christoph Blocher hatte der Sohn aus methodistischem Elternhaus weniger Schwierigkeiten als andere Freisinnige. Der Wirtschaftsprofessor und Träger des St. Galler Freiheitspreises und des Preises der Stiftung für Abendländische Ethik und Kultur galt in der Epoche von Steineggers «Ringier-Freisinn» als nicht mehr ganz à jour. Er starb am Wahlsonntag, dem 18. Oktober, in Aarau. Hier hält sich nun fast jeder für das Amt des Ständerats geeignet. Letsch hat mit «Mut zu klaren Positionen» für das Land Massstäbe gesetzt. *Pirmin Meier*



Einen Tag nach Eröffnung der Kampfhandlungen war die Schweizer Luftwaffe faktisch ausgeschaltet: F/A-18-Patrouille über Davos.

Sicherheit

Die unbewaffnete Neutralität

Von *Philipp Gut und Beat Gygi* — Spätestens seit dem Nein zum Kampfjet Gripen steht die Schweiz so schutzlos da wie nie mehr seit der Zwischenkriegszeit. Während die politische und die militärische Führung die Probleme schönreden, schwindet die Verankerung der Schweizer Armee im Volk. Ist sie überhaupt noch zu retten?

Der Preis der Freiheit ist ewige Wachsamkeit.
Winston Churchill am 17. September 1946 in seiner Ansprache an die Berner Bevölkerung

Wer die Sicherheitslage der Schweiz im Jahr 2015 betrachtet, kommt nicht um die Feststellung herum, dass am Horizont Gefahren aller Art lauern. Die Illusion eines ewigen Friedens, die sich nach dem Ende des Kalten Kriegs verbreitet hatte, ist längst an der Realität zerschellt. Die blutigen Gemetzel im auseinanderbrechenden Jugoslawien waren kein Nachspiel, sondern das Fanal für eine unübersichtliche und gewalttätige Zukunft. Heute herrscht wie-

der Krieg in Europa: Doch die Ukraine bleibt nicht der einzige Schauplatz. Auch an den Rändern des Kontinents brennt es. Das nordafrikanische Libyen ist vom Westen in ein unkontrollierbares Chaos gebombt worden, der Nahe Osten versinkt in grenzübergreifenden Konflikten. Die Terrormilizen des Islamischen Staats treiben die religiös motivierten Grausamkeiten in neue, massenmedienwirksame Dimensionen. Migrant*innen strömen zu Hunderttausenden, bald zu Millionen nach Europa, der Rechtsstaat kapituliert vor der schieren Masse.

Das Bedrohungsszenario reicht vom Nuklearkrieg eines Kim Jong Un – denn die Atomwaf-

fen sind nicht aus der Welt geschafft – bis zur Einzelattacke eines Rucksackterroristen. Alles, auch das Schlimmste, bleibt möglich.

Beunruhigend ist aber nicht bloss die Weltlage, die sich nur bedingt von Bern aus steuern lässt; beunruhigend ist vor allem, dass die Schweizer Armee für die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft mehr schlecht als recht gerüstet ist. Während die Bestände massiv abgebaut worden sind und weiter abgebaut werden, schwindet der Rückhalt in Politik und Bevölkerung. Der Anteil der Landesverteidigung an den Bundesausgaben ist implodiert (siehe Grafik).



Wird die Schweizer Armee also bald wieder über Streitkräfte verfügen, die das Land im Ernstfall auch verteidigen können? Eine genauere Analyse weckt Zweifel am offiziellen Bild. Selbst innerhalb der Armee wächst der Widerstand gegen die jüngsten Reformen.

Seit 1990 findet ein ungebremster, dramatischer Abbau auf allen Ebenen statt: beim Personal, bei den Waffensystemen und bei der Infrastruktur («Kahlschlag von oben», *Weltwoche* 19/14). Der Sollbestand hat sich von 625 000 im Jahr 1990 auf rund 200 000 Mann reduziert. Er soll jetzt noch einmal halbiert werden: Mit der WEA werden es noch 100 000 Mann ein. Diese Menge hat in einem Fussballstadion Platz. Davon ist lediglich maximal ein Drittel den Kampftruppen zuzurechnen. Das Land lässt sich damit nicht mehr wirkungsvoll verteidigen.

Ein kleines Zahlenspiel mag das veranschaulichen. Gerechnet wird mit vier Kontingenten à 25 000 Mann, von denen jedes drei Monate im Einsatz steht. Geht man davon aus, dass es vier Ablösungen gibt, so bleiben noch 6250 Mann. Erfahrungsgemäss sind von diesen wiederum rund zwei Drittel für Führung, Übermittlung, Logistik und Selbstschutz reserviert. Das macht somit noch rund 2000 Soldaten, die effektiv eingesetzt werden. Bei einer gleichmässigen Verteilung auf die 26 Stände sind das etwa 80 Mann pro Kanton. Oder anders ausgedrückt: ein Soldat pro 20 Quadratkilometer. Oder einer pro 4000 Einwohner.

Ähnlich sieht die Schrumpfung bei der schweren Bewaffnung aus. Die Kampfpanzer sind innert weniger Jahre von über 700 Exemplaren auf knapp 200 reduziert worden. Mit der WEA sollen es noch 100 Stück sein – erneut eine Halbierung. Noch massiver ist der Abbau bei der mobilen Artillerie: Von einst 800 Exemplaren gibt es heute noch etwas über 100. Diese Menge soll jetzt noch einmal massiv verringert werden.

Den mitbetroffenen Kantonen ist das nicht verborgen geblieben. Bereits schauen sich einzelne nach Alternativen um. In einer Interpellation wollen die Kantonsräte Willi Vollenweider und Philip C. Brunner vom Zuger Regierungsrat wissen, wie dieser die mit der WEA «unweigerlich entstehenden Sicherheitslücken durch eigene kantonale Anstrengungen zu schliessen» gedenke. Die «Armee-Halbierung WEA» gefährde nämlich «auch die Sicherheit im Kanton Zug». Die Antwort ist noch hängig.

Eine Schlüsselrolle bei der Verteidigung von Land und Bevölkerung sowie bei der Gewährleistung der bewaffneten Neutralität spielt die Luftwaffe. Diese muss fähig sein, jederzeit die Lufthoheit zu garantieren. Doch auch in diesem Bereich, in dem die Schweiz früher vergleichsweise gut dastand, ist die Lage prekär. Armeechef Blattmann schreckte die Piloten kürzlich mit der Aussage auf, es gebe «keine autonome Luftverteidigung» mehr.

Die Avia, die Gesellschaft der Offiziere der Luftwaffe, warnt vor den Auswirkungen der WEA. Sie spricht von «un glaublichen Leerläufen» und organisatorischen Fehlplanungen, die sich noch verstärken würden. Blattmann will nämlich eine neue «Kopfstruktur» schaffen, welche die Autonomie der Teilstreitkräfte Heer und Luftwaffe einschränkt und eine neue Führungsebene aufbaut. Dadurch würden die Verbindungswege verlängert, kritisieren die Luftwaffenoffiziere: «In einem Ernstfall wäre dies fatal, denn in der Luft muss es ausserordentlich schnell gehen.» Keine ernstzunehmende Armee mit Kriegserfahrung in den letzten zwanzig Jahren habe «die Unabhängigkeit ihrer Luftwaffe dermassen aufgegeben oder hat dies vor».

Sicherheitsloch Schweiz

Das Nein zum Gripen, den FDP-Chef Philipp Müller als Papierflieger verspottete, reiss eine Lücke in den Himmel über der Schweiz. «Die Luftwaffe hat nicht nur ein qualitatives, sondern auch ein quantitatives Problem», sagt der ehemalige Avia-Zentralpräsident und Oberstleutnant im Generalstab a. D., Roger Harr.

Noch Anfang der 1990er Jahre verfügte die Luftwaffe über mehr als 300 Kampfflugzeuge, bald könnten es zehnmal weniger sein. Dies hängt davon ab, ob die eigentlich zur Ausmusterung vorgesehenen F-5 E/F Tiger nach dem Gripen-Nein, auf welches das VBS offensichtlich nicht vorbereitet war, nun doch erhalten bleiben. Heute verfügt die Schweiz effektiv noch über 54 F-5 E/F Tiger. Von diesen sollen bis auf weiteres 26 für sekundäre Aufgaben weiterbetrieben werden. Sie müssen schleunigst reaktiviert werden, um die grössten Lücken zu schliessen. Denn laut einem internen Bericht brauchte es für eine minimale Luftverteidigung eine Flotte von mindestens 60 bis 80 Flugzeugen. Doch der Bundesrat bremst.

Aber auch beim F/A-18 C/D Hornet häufen sich die Probleme. Durchschnittlich sind zehn bis sechzehn Flugzeuge pro Tag verfügbar. Neue Minusrekorde wurden im März und Mai dieses Jahres erreicht, damals standen nur sieben respektive zwei einsatzbereite Maschinen zur Verfügung. Damit ist die Luftwaffe nicht einmal mehr fähig, zwei gleichzeitig stattfindende Konferenzen zu schützen. Wie es bei einem Ernstfall aussähe, kann man sich ausmalen.

Das weiss man eigentlich auch in der Armee selbst. An der höheren Kaderausbildung im September wurde ein Szenario mit angreifenden Flugzeugen der Typen MiG-29 und Eurofighter durchgespielt. Resultat: Einen Tag nach Eröffnung der Kampfhandlungen war die Schweizer Luftwaffe faktisch ausgeschaltet. Willkommen im Sicherheitsloch Schweiz.

Systematisch wurde die Luftverteidigung in den letzten Jahren von Bundesbern ruiniert. Zuerst strich man den Erdkampf, dann die

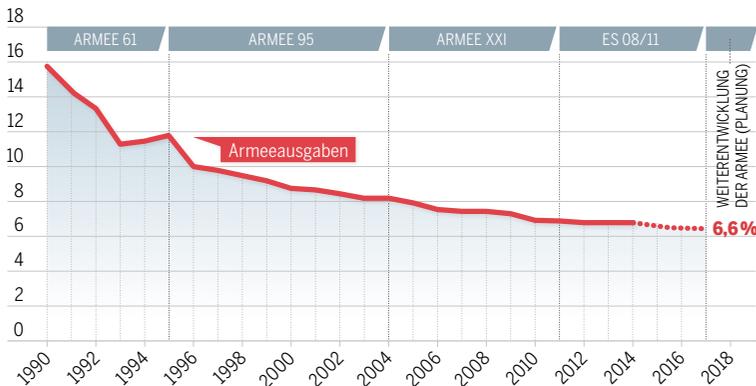
Die Armee hat heute einen Bestand von gut 200 000 Mann, die jedoch nicht vollständig ausgerüstet sind, weil die finanziellen Mittel fehlen und die Beschaffungsbehörde Armasuisse personell und intellektuell ausgeblutet wurde. Das hat unter anderem zur Folge, dass «Kreditreste» entstehen – also Geld, das die Armee zwar zur Verfügung hat, aber nicht nutzen kann.

Ein Soldat pro 4000 Einwohner

Glaubt man dem Verteidigungsdepartement (VBS) von Bundesrat Ueli Maurer (SVP) und der Armeeführung unter Korpskommandant André Blattmann, dann wird die Verteidigungsbereitschaft mit dem nächsten Reformschritt, der «Weiterentwicklung der Armee» (WEA), wieder gestärkt. Die Armee soll kleiner, aber flexibler und schlagkräftiger werden. Sie soll wieder rascher mobilisieren – das ausgeklügelte Schweizer System, das eine schnelle Mobilmachung ermöglichte, wurde mit der Reform Armee XXI nämlich einfach abgeschafft.

Drastischer Bedeutungsverlust

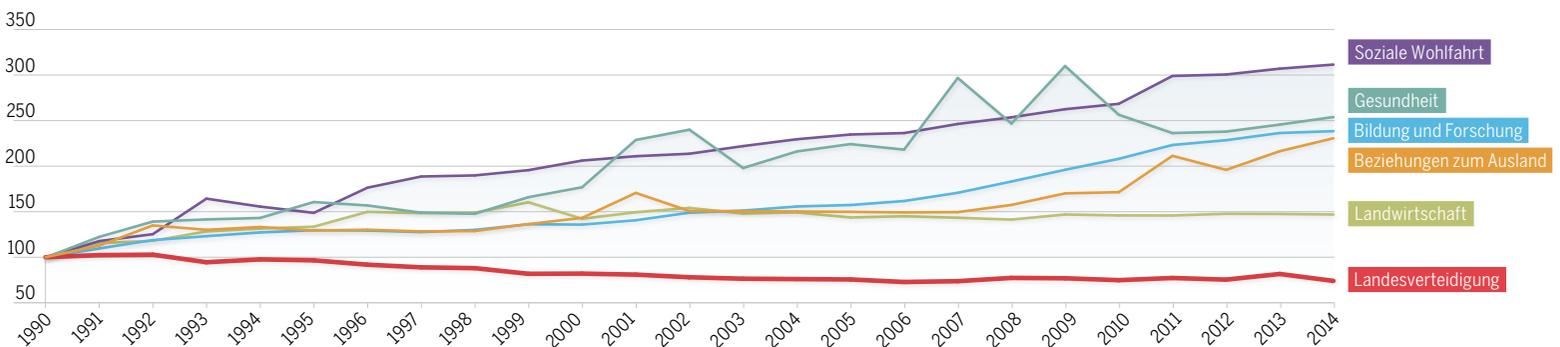
Militärausgaben, in Prozent des Bundeshaushalts



QUELLE: EIDGENÖSSISCHES VERTEIDIGUNGSDEPARTEMENT (VBS)

Finanzielle Vernachlässigung der Armee

Entwicklung einzelner Ausgabenkategorien von 1990 bis 2014, indiziert (1995 = 100)



QUELLE: EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT (EFD)

Weit unten auf der Prioritätenliste.

Aufklärungsflotte. Der heutige Unterbestand an Kampfflugzeugen wurde im Jahr 1999 vom damaligen SVP-Verteidigungs- und Sportminister Adolf Ogi fahrlässig vorgespurt. Damals wäre eine zweite F/A-18-Beschaffung geplant gewesen. Doch Ogi schob diese aus politischen Gründen hinaus: Sein Hauptziel war es, die Olympischen Winterspiele 2006 nach Sion zu holen, da konnte er keine Diskussionen über neue Jets brauchen.

Mit der Ausrüstung der Grosseltern

Zur Luftverteidigung braucht es drei Dinge: ein System, das die Lage darstellt, bewegliche Mittel (Flugzeuge) und statische Mittel (Lenkwaffen, Kanonen). Mit dem sogenannten Florako besitzt die Schweiz ein funktionierendes, weitgehend fehlerfreies Radarsystem für die Luftraumüberwachung. Trotzdem sind laut Kennern dringend neue Beschaffungen nötig. Vor allem bei den beweglichen und den statischen Mitteln bestehen erhebliche Mängel und Lücken – und der Abbau geht munter weiter.

Was die Lenkwaffen des Mittelstrecken- und des Langstreckenbereichs betrifft, hat die Armee schlicht «nichts mehr» zu bieten, wie sich ein Insider ausdrückt. Doch es fehlten auch die Mittel für die «letzte Meile» – die Schweizer Luftwaffe und damit letztlich die Bevölkerung sind verwundbar wie ein auf dem Rücken liegender Igel.

Natürlich hat die Schwäche der Armee mit dem Zeitgeist seit dem Ende des Kalten Kriegs und mit den Vorgaben der Berner Politik zu tun. Aber sie ist auch selbstverschuldet. Die Opposition von vielen Offizieren bezieht sich auch darauf, dass die Stellung des Armeechefs gestärkt wurde: Statt eines breitabgestützten Gremiums führt heute ein Einzelner. Dieses «Nadelöhr» führe zu Schwierigkeiten. Interne Informationen und Kritik mit dem Ziel, die Armee besser zu machen, drängen gar nicht mehr bis zu Blattmann vor. Und in der Folge auch nicht bis zu Verteidigungsminister Maurer. Es habe eine Zentralisierung und Bürokratisierung stattgefunden, die effiziente Abläufe erschweren – das Gegenteil dessen, was die WEA verspricht.

Ein Exempel aus der Praxis: Unter dem Schlagwort der «Zentralisierung» stehen die Schneepflüge heute nicht mehr unter dem Einsatz der einzelnen Flugplätze und Truppen, sie müssen von der Logistikkbasis angefordert werden. Eine Schneeräumung ausserhalb der gewerkschaftlich fixierten Arbeitszeiten ist praktisch unmöglich, der Koordinationsaufwand steigt. Es kam sogar schon vor, dass Flugzeuge aufgrund dieser neuen Regelung nicht starten konnten. Die Luftwaffe legt sich selbst lahm.

Ein weiteres Beispiel, bei dem organisatorische Änderungen zu einer Verschlechterung

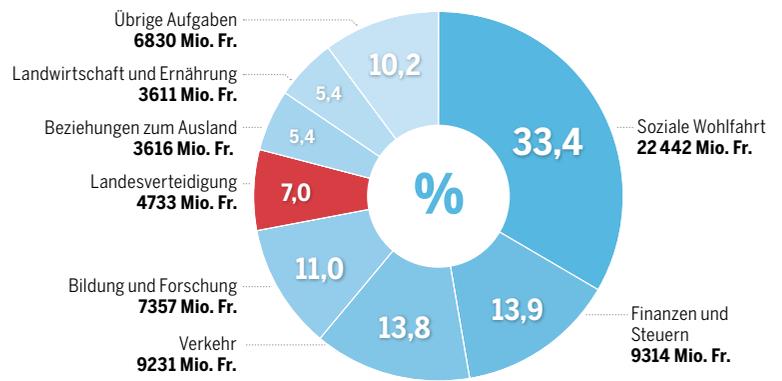
der Leistung führten, ist die Auslagerung der Flugsicherung an Skyguide. Das sei aus verschiedenen Gründen problematisch, so Insider. In der Einsatzzentrale sitzen bereits erste Ausländer. Und als während des Weltwirtschaftsforums in Davos ein Skyguide-Angestellter krank wurde, musste der Flugplatz Meiringen kurzerhand geschlossen werden. Man reibt sich die Augen.

«Das Verteidigungssystem der Schweiz ist nach und nach ausgehöhlt worden – durch Fehlentscheide und fehlende Mittel», bilanziert ein Kenner. Die unangenehme Frage drängt sich auf: Ist die Schweizer Armee überhaupt noch zu retten? Oder müssen wir uns an den Gedanken gewöhnen, dass wir im Ernstfall nicht mehr wirkungsvoll verteidigt würden?

Die jüngsten Signale deuten nicht auf einen Umschwung hin. Weder in der Politik noch in der Armeeführung, noch in Bevölkerung und Wirtschaft. Die WEA ist noch immer nicht durch das Parlament. Bereits zeichnen sich Verzögerungen ab. Wie man aus dem Bundesrat hört, drängte dieser trotz der offenkundigen Sicherheitslücken auf neue Sparmassnahmen. In den Jahren 2017 bis 2019 sollen dem VBS nur noch zwischen 4,5 und 4,8 Milliarden Franken zur Verfügung stehen (statt 5 Milliarden). Von diesen werden allein 4 Milliarden für den Betrieb der Armee gebraucht. Für die dringend nötigen Investitionen bleibt weniger als eine

Wo fließt heute das Bundesgeld hin?

Anteile der einzelnen Aufgabengebiete am Bundesbudget 2016, in Prozent



QUELLE: EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG (EFV)

Milliarde. Doch die Armee sagt nun, es könne nur noch dort gespart werden.

Ein Entscheid mit Folgen: Denn die Investitionen sollten eigentlich sicherstellen, dass die Waffen und Systeme alle dreissig Jahre ausgetauscht und modernisiert werden können. Bei einer Halbierung der Investitionen würde dieser Erneuerungszyklus theoretisch auf sechzig Jahre gestreckt. Die Schweizer Armee im 21. Jahrhundert – mit der Ausrüstung der Grosseltern?

Vom zuständigen Bundesrat Maurer, vom VBS und von der Armeespitze würde man eigentlich erwarten, dass sie nüchtern und schonungslos aufzeigen, dass die Armee ihre Verteidigungsaufgaben gemäss Verfassung gar nicht mehr erfüllen kann. Der neue Sicherheitspolitische Bericht ist zwar verfasst, doch immer noch unter Verschluss. Chefstrategie Christian Catrina liess im kleinen Kreis verlauten, der Bericht sei so abzufassen, dass er von links bis rechts akzeptiert werde. Das ist typisch für das Verhalten der Führung: Die Bedrohungslage wird laufend den vermeintlichen oder tatsächlichen Vorgaben der Politik und den Finanzmitteln angepasst und nicht umgekehrt. Dabei wäre es doch die Aufgabe dieser Führungsorgane, eine realistische Darstellung der Gefahren zu liefern. «Safety first» – das gilt für die Schweizer Armee schon längst nicht mehr. Auch diese Erkenntnis dämpft die Hoffnungen auf einen Umschwung.

Innerhalb der Armee wird die freie, kritisch-beflügelnde Debatte nicht gefördert. Im Gegenteil: Insider sprechen von einer «Angstkultur» und von «Maulkörben». Tatsächlich gibt es verschiedene interne Weisungen, die es den Armeeinghörigen untersagen, sich kritisch zum Gripen oder zur WEA zu äussern. Dazu passt, dass auch das interne Inspektorat abgeschafft wurde, die formelle Stelle für Selbstkritik innerhalb der Armee. Im Gespräch mit der *Weltwoche* bedauern mehrere ranghohe Offiziere diese kupierte Gesprächskultur. Denn in der Praxis entscheide sich, was etwas taue. «Man muss mit jenen Leuten diskutieren, die den Krieg führen müssen», sagt ein Armeekader.

Whatsapp statt FIS Heer

Ein solches Erfahrungsbeispiel lieferte die Grossübung «Conex 15», die kürzlich im Raum Nordwestschweiz stattfand. Die Armeespitze verkündete danach, das Führungsinformationssystem (FIS) Heer habe einwandfrei funktioniert. Fragt man indes beteiligte Soldaten und Offiziere, ergibt sich ein anderes Bild: Das System habe im Feld versagt. Für die Kommunikation hätten die Truppen deshalb auf das zivile Whatsapp umgestellt.

In diesem Fall scheinen die positiven Nebeneffekte genau umgekehrt geflossen zu sein, als es oft geltend gemacht wird: Da hilft der Zivillektor mit seiner Handytechnik der

Militärwelt. Die traditionelle Argumentation geht in die entgegengesetzte Richtung: Militärische Erfahrung, Führungsfertigkeiten, das Übernehmen von Verantwortung nützen Wirtschaft und Gesellschaft. Jahrzehntlang galt die militärische Führungsausbildung als Trumpf für die zivile Karriere in Unternehmen, Organisationen und Verwaltung. Noch in den achtziger Jahren hatte das «Weitermachen» in der militärischen Ausbildung für viele Junge den Reiz, dass sich dadurch ihre beruflichen Chancen meist verbesserten – nicht nur wegen der Ausbildung, sondern auch wegen des Beziehungsnetzes. In Geschäftsleitungen grosser Unternehmen kannten sich viele Kaderleute vom Militärdienst, auch quer über die Firmen hinweg. Manager in Grosskonzernen sahen sich regelmässig bei Generalstabseinsätzen.

Schlagartig verlor das Netz «Schweizer Armee» dann aber mit der Internationalisierung der Wirtschaft an Wert, heute hört man nur noch selten den Satz: «Er war mein Kadi, als ich Zugführer war.» In unglaublichem Tempo verlagerten sich die Interessen der grösseren Firmen und der KMU in den achtziger und neunziger Jahren vom Inland ins internationale Geschäft. Der Nutzen der Armeekontakte und der Militärkarriere schrumpfte, und das rückte die Kosten der Abwesenheit von der Firma plötzlich in den Vordergrund. Einer der Trümpfe der Militärkarriere wurde mehr und mehr



GEMEINSAM SETZEN WIR EIN ZEICHEN DER HOFFNUNG



IKRK

Wir leben in einer von Krieg gezeichneten Welt, in der Menschen schreckliche Leiden erdulden müssen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist meist die einzige Hoffnung. Wir sind aber vermehrt auf unsere Spenderinnen und Spender angewiesen. Wollen Sie uns heute unterstützen?

- In **Syrien** lieferten wir dieses Jahr Nahrungsmittelrationen für 5,3 Millionen Menschen, die durch 4 Jahren Konflikt stark betroffen sind. Viele dieser Menschen befinden sich in solch verzweifelten Situationen, dass sie ihr Leben riskieren um nach Europa zu gelangen. Wasser und Lebensmittel sind notwendiger denn je.
- Der Konflikt in **Nordnigeria** forderte Tausende von Todesopfern und trieb mehr als eine Million Menschen in die Flucht. Sie mussten ihr Heim verlassen und in Nachbarstaaten Kamerun, Tschad und Niger Zuflucht suchen. Das IKRK ist vor Ort und stellt Nahrungsmittel sowie Gesundheitspflege zur Verfügung, und hilft versprengte Familien zu einigen.

Mit Ihrer Hilfe können wir so viel mehr tun.

Herzlichen Dank für Ihre Spende auf icrc.org/hoffnung

«Die Armee wird sich anpassen müssen»

Militärexperte Bruno Lezzi, Oberst iGst, Lehrbeauftragter an der Universität Zürich und ehemaliger NZZ-Redaktor, zur Zukunft des Militärs. *Von Beat Gygi*

Herr Lezzi, können wir angesichts der geschrumpften Bestände und der vernachlässigten Ausrüstung der Armee heute überhaupt noch von einer bewaffneten Neutralität der Schweiz sprechen?

Wir können von einer bewaffneten Neutralität sprechen. Die Antwort auf diese Frage ist ja immer abhängig von der internationalen Lage, von der Wahrnehmung der Risiken und Gefahren, mit denen die Schweiz konfrontiert ist. Dieses Bild ändert sich natürlich laufend – und damit auch die Neutralitätspolitik. Im Kalten Krieg musste man sich auf eine ganz andere Bedrohungslage ausrichten als heute.

Damals hatte die Armee einen Effektivbestand von weit über 700 000 Soldaten. Nun, mit dem Konzept der Weiterentwicklung der Armee, sollen es noch rund 100 000 Soldaten und Soldatinnen sein; dieses Modell ist auf eine völlig veränderte Bedrohungslage zugeschnitten.

Aber es sind ja Bedrohungen sichtbar.

Es sind strategische Veränderungen im Gang, etwa mit der Annexion der Krim, der hybriden Kriegführung in der Ukraine oder der wachsenden Bedrohung durch den Terrorismus. Da wird sich die Armee wieder anpassen müssen.

Also aufrüsten?

Die Leitlinien für die Weiterentwicklung sind gegeben. Die komplette Ausrüstung der Einsatzverbände ist vorgesehen, und daneben sollte man auch die Luftrüstung wieder auf einen vertretbaren Stand bringen. Das muss man in den nächsten Jahren allerdings umsetzen. Nach dem Volksentscheid zum Kauf des Kampfflugzeugs Gripen wird dies nicht ganz einfach sein. Summarisch lässt sich sagen: Die bewaffnete Neutralität ist gewährleistet, aber man wird sich anstrengen müssen, um glaubwürdig zu bleiben.

Wo muss man überall ansetzen? Man hört ja etwa den Spruch, die neue Armee hätte in einem grossen Fussballstadion Platz.

Das ist natürlich sehr prononciert ausgedrückt und an der Armeeorganisation des Kalten Krieges orientiert. Aber klar, die vollständige Ausrüstung der Verbände mit Waffen und Material ist nötig, dies neben



«Nachholbedarf»: Bruno Lezzi.

der Stärkung der Luftwaffe. Da hat man in den letzten Jahren etwas zu stark nachgelassen.

Das erfordert politisch mehr Zustimmung.

Ja, und für mich ist das Erstaunliche, dass die Diskussion darüber praktisch erstarrt ist. Man spricht nur über Finanzbeiträge, die einen möchten fünf Milliarden Franken, andere mehr oder weniger. Aber über das, was die Armee wirklich soll und wie sie im grösseren Umfeld Europa positioniert ist, wird nicht diskutiert. Heute wird über Organisationsstrukturen gesprochen, über eine mechanisierte Brigade mehr oder weniger, aber nicht über sicherheitspolitische und strategische Grundsatzfragen. Es ist unerlässlich, diese Diskussion in Gang zu bringen, auch wenn es schwierig ist. Mit dem neuen Parlament wird dies vielleicht eher möglich sein.

Erwarten Sie vom neuen Parlament also eine intensivere Debatte?

Da das Parlament bürgerlicher geworden ist, könnte die Weiterentwicklung der Armee allenfalls rascher verabschiedet werden. Aber die verschiedenen Lager sind natürlich immer noch klar voneinander abgegrenzt. Mit einer gestärkten SVP, die strikt am traditionellen Armeekonzept festhält, wird es nicht einfacher sein, eine Lösung zu finden, die dann rasch realisiert werden kann.

Die SVP vertritt immerhin sehr viele Wähler.

Ja, aber die neuen Parlamentarier müssen noch zeigen, welche Richtung sie anpeilen.

Ist die Armee heute überhaupt noch genügend verankert in der Gesellschaft?

Das hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls verändert. Im Kalten Krieg war die

Verankerung in der Bevölkerung stärker als heute. Mit ihrer hohen Zahl an Soldaten war die Armee viel präsenter in der Öffentlichkeit und im Volk. Mit der Reduktion der Bestände hat sich das erheblich geändert. Zudem haben es die Veränderungen in der Arbeitswelt zunehmend erschwert, Leute zu finden, die in Wirtschaft und Militär gleichzeitig Kaderfunktionen wahrnehmen.

Ist es eher am Parlament oder eher an der Armeeführung, die Armee zu ändern?

Es ist vor allem Aufgabe des Departements, aufgrund der Gefahren- und Risikolagen Veränderungen vorzuschlagen. Und dann sollten die Gedanken in der Politik aber aufgegriffen und diskutiert werden, und zwar in einer Diskussion, die diesen Namen auch wirklich verdient. Man muss so weit kommen, dass man die Armee als Gesamtsystem zur Sicherheitsvorsorge begreift und sie nicht immer nur unter organisatorischen oder finanziellen Aspekten diskutiert.

Aus der Armee selber hört man nicht viel dazu. Sollten sich Armeevertreter in der Debatte vermehrt zu Wort melden?

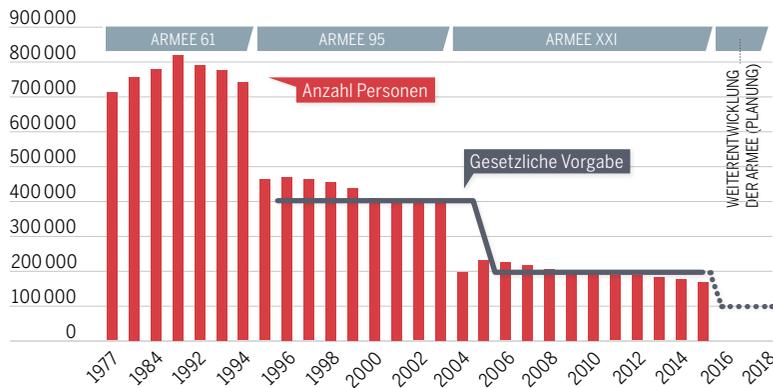
Das ist immer die grosse Frage. Früher war dies mehr der Fall als heute. Damals haben Generalstabschefs – heute wäre das der Armeechef – programmatischer in die wehrpolitische Diskussion eingegriffen. Heute lässt sich die Armeespitze viel weniger deutlich vernehmen. Vielleicht versteht man heute die demokratische Kontrolle über die Streitkräfte rigider als früher, das Militär überlässt die Orientierung der Departementsführung und sagt öffentlich zu wenig deutlich, wie die Armee aus militärischer Sicht gestaltet sein sollte. Meiner Ansicht nach gibt es da Nachholbedarf. Militärvertreter müssten die Bedürfnisse der Armee wieder klarer in programmatischer Weise zum Ausdruck bringen.

Haben Armeevertreter im Ausland mehr Möglichkeiten, sich einzubringen?

Auch in Deutschland zeigt sich die Militärführung heute sehr zurückhaltend. Früher haben sich Exponenten wie etwa Generalinspekteur Klaus Naumann sehr klar in die Diskussion eingebracht, heute ist es stiller geworden, die Politik behält das Heft in militärischen Fragen in der Hand. Etwas anders ist es in Grossbritannien, wo die Verteidigungsstabschefs immer wieder vor dem Fachpublikum auftreten und ihre Ansichten darlegen.

Truppenabbau in Stufen

Tatsächlicher Bestand der Schweizer Armee im Vergleich mit der gesetzlichen Vorgabe



QUELLE: EIDGENÖSSISCHES VERTEIDIGUNGSDEPARTEMENT (VBS)

Armee und Demokratie

Resultate der armeerlevanten Volksabstimmungen seit 1989

Jahr	Vorlage	Ja	Nein
1989	Für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik	35,6 %	64,4 %
1993	Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge	42,8 %	57,2 %
2000	Sparen beim Militär und bei der Gesamtverteidigung	37,6 %	62,4 %
2001	Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik	21,9 %	78,1 %
2008	Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten	31,9 %	68,1 %
2011	Waffenverbotsinitiative	43,7 %	56,3 %
2013	Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht	26,8 %	73,2 %
2014	Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen	46,6 %	53,4 %

QUELLE: EIDGENÖSSISCHES VERTEIDIGUNGSDEPARTEMENT (VBS)

Abbau auf breiter Front.

zum Nachteil, viele Personalchefs bewerteten die erwartete Abwesenheit als Minuspunkt.

Diese Sichtweise hat auch die politische Diskussion über die Grösse der Armee geprägt. Was ist die Armee wert? Ein nüchterner Ansatz besteht darin, Kosten und Nutzen einander gegenüberzustellen. Die Kosten werden zum Teil im Staatshaushalt ausgewiesen, 2014 mit 3,9 Milliarden Franken. Hinzu kommen Zusatzkosten im Umfang von etwa einer Milliarde Franken bei Kantonen, Gemeinden, «Armasuisse Immobilien» oder Versicherungen sowie nochmals etwa eine Milliarde für Erwerbersatz und Lohnfortzahlungen in der Privatwirtschaft. Insgesamt kommt die Armee damit auf gut 6 Milliarden Franken pro Jahr zu stehen.

Was die Führung jetzt tun sollte

Hinzu kommt oft das ökonomische Argument, die Abwesenheit der Soldaten vom Arbeitsplatz sei angemessen zu bewerten. Reiner Eichenberger, Ökonomeprofessor in Freiburg, hat die volkswirtschaftlichen Kosten der Armee nach dem Übergang zur Armee XXI untersucht und ist zum Schluss gekommen, dass die tatsächlichen Kosten viel höher sind als die Haushaltszahlen, wenn man die eingesetzte Zeit der Soldaten mit jenem Wert berücksichtigt, welcher der Wirtschaft durch die Militärzeit entzogen wird. Für die 6,4 Millionen Diensttage im Jahr 2008 kam er auf 3,8 Milliarden Franken. Als

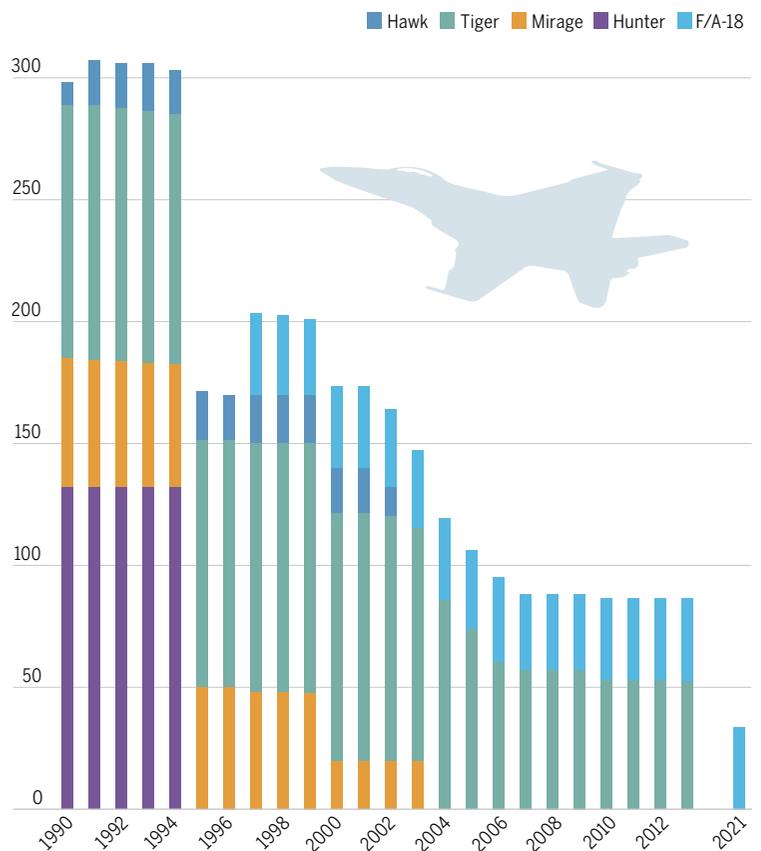
Stundenlohn wurden knapp 70 Franken eingesetzt. 2014 leistete die Armee noch gut 5,8 Millionen Diensttage, die absorbierte Zeit war also etwas geringer als 2008, dafür dürften die Löhne heute etwas höher liegen.

Nun kann man allerdings auch auf der Nutzenseite mit einer erweiterten Perspektive argumentieren. Was ist der Nutzen der Armee? Eine umfangreiche Studie der Milizkommission des VBS kam 2012 zum Schluss, dass der messbare Nutzen aus Armeeeinsätzen und Dienstleistungen zuhanden Dritter gut eine Milliarde Franken pro Jahr ausmachen dürfte. Hinzu kommen schwierig messbare Auswirkungen durch Lohnzahlungen, Aufträge an Schweizer Firmen oder Gegengeschäfte bei Beschaffungen im Ausland in Milliardenhöhe.

Die Hauptleistung aber ist noch schwieriger zu ermitteln: Im Prinzip ist die Armee ja eine Versicherung gegen zahlreiche Gefahren und Bedrohungen. Die Höhe dieser Versicherungsprämie hängt wesentlich von der Bedrohungslage und von der Wertschätzung der militärischen Verteidigungsleistungen durch die Bürger ab. Die Beurteilung der Bedrohungslage ist meist Sache der Profis in Verwaltung und Armee, die Wertschätzung dagegen in einer Demokratie eher Sache der «normalen Leute». In einer Milizarmee sind die Bürger direkt auch an der Erstellung von Sicherheitsleistungen beteiligt, sie können den Wert der Armee gleich-

Schwächung in der Luft

Kampfflugzeuge der Schweizer Luftwaffe, 1990–2015



QUELLE: EIDGENÖSSISCHES VERTEIDIGUNGSDEPARTEMENT (VBS)

zeitig aus politischer und aus handwerklicher Sicht beurteilen. Dabei spielt die im Militärdienst verbrachte Zeit eine Rolle. Eine solche «Investition» dürften sie nicht gerne als nutzlos ansehen und werden somit eher zu einer positiven Beurteilung der Armee neigen. Aus dieser Sicht ist der langfristige Rückgang des Personalbestandes von 700 000 auf 100 000 Soldaten dramatisch, damit verliert die Verteidigung einen spürbaren Teil ihres Rückhalts im Volk.

Wieder eine schlagkräftige Armee aufzubauen, ist kein Selbstzweck und auch nicht das Steckenpferd irgendwelcher ewiggestriger Möchtegern-Rambos. Es geht darum, den Auftrag der Verfassung zu erfüllen: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung» (Art. 58 Abs. 2 BV). Natürlich kann man dabei auf die Weitsicht und die Verantwortung einzelner Politiker zählen und darauf hoffen, dass der Realitätsdruck so gross wird, dass Bundesrat und Parlament den verfassungsmässigen Schutzauftrag wieder ernst nehmen. Doch wer, wenn nicht die Armee selbst, sollte den ersten Schritt tun? Statt sich der «besten Armee der Welt» (Ueli Maurer) zu rühmen und die Missstände schönzureden, sollte sie der Öffentlichkeit endlich reinen Wein einschenken und offensiv kommunizieren, was es braucht, damit die Schweiz wieder sicher wird. ○

Transitzonen

Von Henryk M. Broder — Der Exodus aus Afrika und Asien wird weitergehen.



Also sprach Horst Seehofer letzte Woche: Bis Allerheiligen müsse die Regierung in Berlin Massnahmen ergreifen, um den Zustrom der Flüchtlinge wirksam einzudämmen. Was der CSU-Chef nicht sagte, war: Was er tun würde, falls die Regierung keine geeigneten Massnahmen ergreift. Seehofers «Ultimatum» war keines. Es war nicht einmal eine Warnung an die Schwesterpartei, die CDU, nur ein taktisches Manöver, um ein wenig Zeit zu gewinnen und Entschlossenheit vorzutauschen.

Am Montag, dem Tag nach Allerheiligen, gab Seehofer eine Pressekonferenz, bei der er darlegte, was bei dem Verhandlungsmarathon am Wochenende im Kanzleramt beschlossen wurde: ein sechsstufiges «gemeinsames Positionspapier» der Unionsparteien. Seehofer wörtlich: «Jetzt, was die nationale Schiene angeht, zur Verstärkung der Grenzkontrollen, auch zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit, sind diese Transitzonen unerlässlich. Es geht ja vor allem um einen Personenkreis, der aus sicheren Herkunftsstaaten kommt, diese sicheren Herkunftsstaaten sollen ja noch erweitert werden, auch zum Beispiel um die Türkei und um Personen, die wieder einreisen, obwohl sie schon wegen eines Asyls einmal eingereist sind, die eine Wiedereinreiseperrre haben, die persönlich nicht mitwirken wollen an der Feststellung ihrer Identität. Und ich habe heute im Vorstand gesagt: Von allen Massnahmen, die diskutiert werden, ist dies zeitlich die dringendste.»

Denn es dürfte eine Weile dauern, bis sich der Inhalt des «gemeinsamen Positionspapiers» von CDU und CSU bis in die entlegensten Täler des Hindukusch herumgesprochen hat und die Afghanen es sich zweimal überlegen werden, ob sie die weite Reise nach Deutschland antreten, um am Ziel in einer «Transitzone» zu landen.

Was Seehofer nicht einmal erwähnte, war, dass die Regierung nicht nur aus CDU und CSU besteht. Mit am Tisch sitzt auch die SPD, und die lehnt die Einführung von «Transitzonen» entlang den Grenzen ab. Lieber will sie «dezentrale Aufnahmezentren» im Landesinneren einrichten.

Die Verhandlungen innerhalb der Koalition werden also weitergehen. Der Exodus aus Afrika und Asien auch.

Adieu, politische Gespinste

Von Silvio Borner — Die Wähler haben den Bürgerlichen ein eindrückliches Mandat erteilt: Was nun in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu tun ist.

Die Schweiz vollzieht eine historische Rückkehr zu normalen Verhältnissen im Parlament und im Bundesrat: Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) hat die Chance gepackt: zurückzutreten, solange der Anschein von Freiwilligkeit noch einigermaßen gewahrt werden kann. Eine klare bürgerliche Mehrheit steht im Nationalrat einer etwa 25-Prozent-Minderheit von gewöhnlichen und grünen Linken gegenüber. Eine zusätzliche Normalisierung bewirkt das absehbare Verschwinden kleiner Parteien, die sich vor allem in der Mitte mit Modethemen einzunisten versuchten. Wer erinnert sich noch an eine Autopartei oder einen LdU? GLP und BDP werden diesen Weg wohl schneller gehen, als sie sich das selber vorstellen. Unklar bleibt die Rolle der CVP als vierte grosse Partei. Wo liegen die Herausforderungen für die kommenden vier Jahre?

1—Im Mittelpunkt steht unser Verhältnis zur EU, bei dem die neue bürgerliche Mehrheit noch gespalten, aber die Mehrheitspartei gestärkt worden ist. Angesichts der offenkundigen Schwächen der EU in Sachen Migrations- und Währungsfragen sowie der britischen Attacke auf ihre Zentralisierung sollte dieses Problem lösbar sein. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Migrationswelle die Freizügigkeit EU-intern untergraben wird.

2—Eine Abkehr von der Energiewende rückt mittelfristig in den Bereich des Möglichen. Am meisten verloren hat die GLP, die mit ihrer Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» eine historische Niederlage eingesteckt hat. Wir können jetzt noch ein wenig mit kostendeckenden Einspeisevergütungssubventionen und Wind- und Solar-Illusionen weiterwursteln. Aber hinter den Kulissen wird sich der Zeitgeist den realen Erfahrungen und fundierten Analysen anpassen. Das Volk wird spätestens dann zuschlagen können, wenn die neuen Energiesteuern konkret zur Abstimmung vorgelegt werden müssen. Vorher passiert ohnehin nicht viel bis gar nichts, weil ja auch die grossen und neueren AKW noch Jahrzehnte weiterlaufen werden und der Ausbau von Solar- und Windstrom-Infrastrukturen schon heute stagniert.

3—Die Sozialpolitik muss grundlegend geändert werden. Die wahltaktische Allianz zwi-

schen Bundesrat Berset und der CVP ist gescheitert. Das Rentenalter muss flexibel nach oben verschoben, die Umverteilung zwischen den Generationen in der zweiten Säule gestoppt und der schleichende Ausbau der bedarfsabhängigen Leistungen im Feld der Ergänzungsleistungen, der Sozialhilfe und der Krankenkassenprämien zurückgefahren werden. Die Volksabstimmung über das bedingungslose Grundeinkommen dürfte ähnliche Mehrheiten wie bei der Energiesteuer ergeben und dem Parlament die neue Richtung vorgeben.

4—Die Aufwertung des Frankens ist eine unabänderliche Tatsache. Solange wir unabhängig bleiben wollen, ist eine eigenständige Geld- und Fiskalpolitik unabdingbar. Wer eine feste Anbindung an den Euro oder gar den Dollar verlangt, müsste dem sofortigen Beitritt in die EU zustimmen oder sich die Diagnose «größenwahnsinnig» gefallen lassen.

Als ich Anfang der siebziger Jahre in den USA forschte, war ein Dollar noch Fr. 4.30 wert, vor zehn Jahren lag ein Euro noch über Fr. 1.50. Die Schweizer Währung hat sich nachhaltig aufgewertet, weil wir dank unserer marktfreundlichen Politik laufend grössere Produktivitätsgewinne erzielten, sei es durch Innovation oder mehr noch durch



schnellen Strukturwandel in Richtung höhere Wertschöpfung. Die Frankenstärke war bisher gewissermassen der Preis, den wir für unsere Unabhängigkeit bezahlen mussten, aber auch bezahlen konnten, ohne volkswirtschaftlich Schaden zu nehmen.

Heute ist das leider anders. Wir unterscheiden uns bezüglich Staatsquote kaum noch von den «fortschrittlichsten» Ländern, wir fahren mit der Energiepolitik einen suizidalen Alleingang, wir sind daran, unser solides Drei-Säulen-System einer Umverteilungsideologie zu opfern oder unsere Gesundheits- oder Verkehrspolitik in eine staatliche Planwirtschaft zu transformieren, in welcher die Marktpreise kaum mehr eine Rolle spielen. Die Frankenstärke ist also nur deshalb ein echtes Problem geworden, weil wir unsere Unabhängigkeit in der Politik entweder verlieren oder, mehr noch, die Zurückhaltung bei Marktinterventionen auf dem Altar von sozialdemokratischen Prinzipien wie Umverteilung und Service public oder ökologischen Ideologien wie Nachhaltigkeit und Autarkie zu verbrennen drohen.

Für Erdogan, Ruhe und Ordnung

Von Hansrudolf Kamer — Die Türken machen eine Kehrtwendung und wählen wieder Erdogan. Sie stimmen mit hoher Wahlbeteiligung für Stabilität und eine Einparteienregierung. Der Sultan triumphiert.



Zum zweiten Mal innerhalb von nur fünf Monaten haben die Türken gewählt und dem Präsidenten Recep Tayyip Erdogan ein neues Mandat zum Regieren gegeben. Dies vor

dem Hintergrund von Terror, Krieg und Chaos in der Region. Auch Erdogan selber hatte die Spannungen geschürt, um ein Klima des nationalen Notstandes zu erzeugen.

Die Rechnung ging auf, und das Ergebnis ist angesichts dieser Lage durchaus verständlich. Die konservativ-islamische Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) hatte am 7. Juni zum ersten Mal seit zwölf Jahren ihre absolute Mehrheit verloren. Damals ging es darum, zu verhindern, dass Erdogan eine Mehrheit für eine Verfassungsreform erhielt, die ihn zum Chef einer «gelenkten Demokratie» à la Putin machen würde. Nun machte die AKP deutliche Stimmengewinne und eroberte die Mehrheit zurück.

Die AKP argumentierte recht überzeugend, dass sie auf jeden Fall besser geeignet sei, das Land von den Auswüchsen der Kriege und Turbulenzen im Nahen Osten zu schützen, als eine kaum aktionsfähige Koalition von Oppositionsparteien. Die CHP, die grösste unter den kleinen, bot keine Perspektive. Die Kurdenpartei HDP, die im Juni erstmals ins Parlament einzog, konnte sich nicht glaubwürdig von den Terroraktivitäten der PKK distanzieren. Die nationalistische MHP war vollständig kooperationsunwillig. Sie verlor die Hälfte ihrer Mandate.

Zur allgemeinen Unsicherheit musste Erdogan nur wenig beitragen. Sie war und ist mit Händen zu greifen. Der Terroranschlag in Ankara forderte mehr als hundert Todesopfer. In Ostanatolien herrscht eine Art Belagerungszustand. Russland, historischer Widersacher der Türken seit der Zeit der Osmanen, kämpft in Syrien und hat die Ukraine in der Schwarzmeer-Region attackiert. Ein russischer Kampfjet verletzte den türkischen Luftraum. Die türkische Politik gegenüber den Nachbarstaaten war ein monumentales Fiasko.

Natürlich hatte Erdogan die Verhandlungen über die Regierungsbildung nach den Juni-Wahlen manipuliert. Natürlich war sein Vorgehen gegen die PKK wahlpolitisch be-

gründet, um eine nationalistische Stimmung anzufachen. Natürlich war sein Vorgehen gegen die Medien seines Widersachers Fethullah Gülen repressiv. Doch für die Polarisierung in der türkischen Politik und Gesellschaft ist er nicht allein verantwortlich.

In den Augen der meisten Wähler wog das weniger schwer als der Wunsch nach Ruhe und Ordnung. Die Überzeugung, dass die Alternative zu Erdogan schlimmer wäre, war ausschlaggebend. Die Türken sind nicht allein. Stabilität – daran sind auch jene interessiert, die Erdogan autoritäres Gebaren vorwerfen und ihn als neuen Diktator am Bosphorus sehen.

Trotz Erdogans Unterdrückungstaktiken im Wahlkampf pilgerte die deutsche Bundeskanzlerin zum starken Mann und versuchte, ihn zur Mithilfe bei der Bewältigung des Flüchtlingschaos zu bewegen. Das wurde folgerichtig als Wahlhilfe für Erdogan ausgelegt. Aus Sicht der Türken waren der Bittgang der Kanzlerin und ihr Versprechen, bei Kooperation in der Flüchtlingsfrage den Visumszwang für Reisen in die EU zu lockern, Beweise dafür, dass Erdogan der Mann ist, der liefern kann, was es braucht.

Was nun folgt, ist weniger klar. Die ersten Jahre der Einparteienregierung der AKP waren erfolgreich. Doch seit einiger Zeit häufen sich

die Probleme. Erdogans Mehrfrontenkampf – gegen die PKK, gegen den Islamischen Staat, gegen den syrischen Machthaber Assad, gegen seine europäischen Kritiker – schadet der Wirtschaft. Die Flaute ist real, und eine Rezession zeichnet sich ab. Die politische Frontstellung gegen die Zentralbank hilft der schwächelnden Währung wenig. Die Auslandsinvestitionen, die das Schwellenland braucht, gehen zurück. Und die Unterwerfung des Justizapparats unter seine politische Direktive ist kontraproduktiv.

Bollwerk der Nato gegen Russland

Ein Präsidialsystem, wie es Erdogan anstrebt, ist nicht per se für die Türkei falsch. Die Beispiele USA und Frankreich sind zurzeit zwar nicht besonders inspirierend, doch über eine längere Zeit betrachtet und in unruhigen Epochen hat die Präsidentendemokratie ihre Vorteile. Die Skepsis richtet sich vielmehr gegen Erdogan persönlich. Ein Präsidialsystem ist keine Autokratie, sondern braucht *checks and balances*, um eine Machtfülle des obersten Chefs zu begrenzen und sicherzustellen, dass es auch wieder einmal zu einem Machtwechsel kommt.

Trotz aller Ungewissheiten ist eines klar: dass nämlich die Türkei geopolitisch eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Jedermann «braucht» sie. Im Kalten Krieg war sie ein Bollwerk der Nato gegen Russland. Europa ist auf sie angewiesen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Das gegenwärtig interventionsscheue Amerika benötigt sie für den Kampf gegen den Islamischen Staat. Erdogan hat Probleme, doch auch Trümpfe, die er ausspielen kann. Er hat seine Machtstellung gestärkt. Der Westen wird das spüren.



Der Mann, der liefern kann, was es braucht: AKP-Anhänger mit Erdogan-Bildnis.

Mörgeli

Erbarmen mit Couchepin

Von Christoph Mörgeli

Sein Donnerrollen gehört seit Jahren zur politischen Meteorologie der Schweiz. Berechenbar regelmässig vernehmen wir die staatsphilosophischen Einschätzungen von Ex-Bundesrat Pascal Couchepin. In der Natur gibt's vor dem Donner einen erhellenden Blitz. Aus Martigny würde man gerne einen Geistesblitz erwarten. Doch wir warten vergebens. Couchepin preist die überragende Leistung von Eveline Widmer-Schlumpf – und seine eigene. Er fordert bundesrätliche Kollegialität, um sogleich zu sticheln: «Hätten wir den gleichen Erfolg gehabt, wenn Christoph Blocher noch im Bundesrat gewesen wäre?»

Momentan hadert der Walliser mit den Wahlen und dem SVP-Anspruch auf zwei Bundesratssitze. Er glaubt, die Volkspartei sei schuld an der Machteinbusse seiner FDP. Hätte Couchepin in der Privatwirtschaft gearbeitet, wüsste er: Es ist sinnlos, erfolgreichere Konkurrenten zu verdreckeln. Man sollte die Fehler bei sich selber suchen und es besser machen als die andern. Doch Couchepin mochte den sportlichen Wettlauf noch nie. Seine Disziplin hiess Beinstellen. Seine Stärke war die Blutgrätsche. Sein Interesse galt der Intrige.

Um der SVP in Tourismuskreisen zu schaden, veröffentlichte Pascal Couchepins persönlicher Mitarbeiter einen vertraulichen Mitbericht Blochers. Couchepin war exakt vorinformiert, als Lucrezia Meier-Schatz (CVP) und Jean-Paul Glasson (FDP) mit der Bundesanwaltschaft das Komplott gegen Justizminister Blocher anzettelten. Im Bundesrat heizte er die absurden Verdächtigungen an mit dem Vorschlag, einen Staatsrechtler zur Klärung der Vorwürfe beizuziehen. Als der Putsch misslang, verglich der frustrierte Couchepin Blocher mit dem «Duce» und mich – als Mitverhinderer – mit Josef Mengele. Und er sorgte dafür, dass kein einziger freisinniger Romand Blocher wiederwählte.

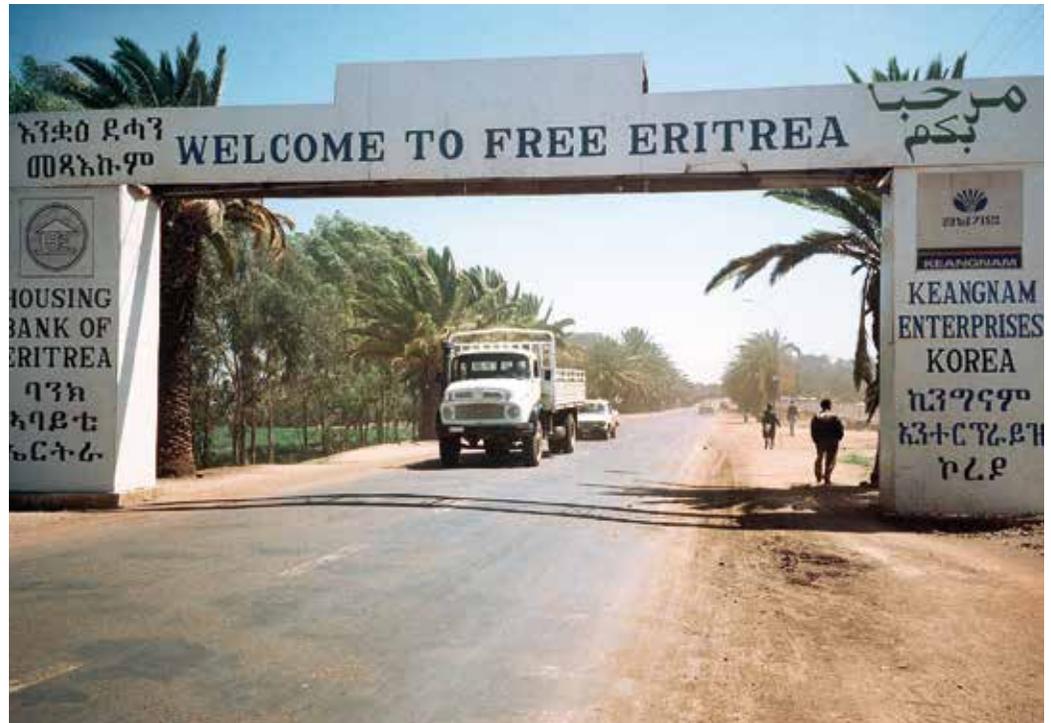
Haben wir Erbarmen. Der Frust Couchepins sitzt nach dem 18. Oktober besonders tief. Schon früher hat SVP-Mann Oskar Freysinger die FDP aus der Walliser Regierung geworfen. Jetzt wurden gleich zwei Walliser SVP-Vertreter in den Nationalrat gewählt. Sogar das weltoffene Zermatt ist solides SVP-Land. Couchepin aber poltert, keiner der SVP-Bundesratskandidaten habe «nur annähernd die Qualitäten» von Eveline Widmer-Schlumpf. Sicher ist, dass alle SVP-Kandidaten Couchepin überragen. Vielleicht nicht an Grösse. Aber an Statur.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Locher und Blocher nach Eritrea

Von Peter Bodenmann — Die kaputte Mitte: Kapitulieren statt kooperieren.



Eritrea braucht Geld und junge Männer für seine Entwicklung.

Neu hat die Rechte in der Schweiz vier von sieben Bundesräten. Weil Darbellay, Bäumle und Landolt lieber kapitulieren statt kooperieren. Der CVP-Machtmensch Martin Rosenberg selig, der die Zauberformel im Kampf gegen den zu mächtigen Freisinn erfand, würde sich im Grabe umdrehen. Wenn es nur ein Leben nach dem Tod gäbe. Was tun?

Stefan Petzner war Jörg Haiders junger Schatten. Sein Lebensmensch. Jörg Haider raste vor sieben Jahren innerorts mit 142 Sachen stockbesoffen in einen Laternenmast.

Jetzt hat der Petzner Petzner ein Buch über Haider geschrieben. Er kommt von seinem Übertäter nicht los. Das Buch als versuchter Vatermord. Immerhin zeigt Petzner auf, wie Rechtspopulismus funktioniert. Man provoziere grenzwertig. Alle andern reagieren. Unschuldig stelle man die Frage, ob man denn nicht mehr Fragen stellen dürfe. Und jage kurz darauf die nächste rechte Sau durchs Dorf. Kommt einem irgendwie bekannt vor.

Der Rat des inzwischen halbwegs geläuterten Spindoktors Petzner an die Gegner der Rechtspopulisten: Sie sollen warten. Nichts mache die Fremdenfeinde nervöser, als wenn niemand auf ihre vorerst niedrig dosierten Provokationen reagiere. Sie erhöhten in der Folge zwanghaft ihre Dosis und begingen früher oder später Grenzüberschreitungen. Und dann brauche es den Hammer.

Weiter müsse man von ihnen Lösungen einfordern. Christoph Blocher wollte letzthin in Eritrea eine Ortsschau vornehmen. Die Grenzposten liessen ihn nicht ins Land. Logisch, weil er nicht den Honorarkonsul Eritreas in der Schweiz gefragt hatte, wie man so etwas organisiert. Tele Züri war da cleverer. Der Sender begleitete den aus dem Oberwallis stammenden Frauenarzt Toni Locher nach und in Eritrea.

Aufständische müssen misstrauisch sein, sonst überleben sie nicht. Erfolgreiche Aufständische neigen nach der Übernahme der Macht zu Paranoia. Sie machen aus ihren Ländern Gefängnisse. So auch in Eritrea.

Eritrea braucht Geld und junge Männer für seine Entwicklung. Die Schweiz schwimmt im Geld und leidet angeblich unter zu vielen jungen Männern aus Eritrea. Die neue Mehrheit im Bundesrat müsste das Duo Locher und Blocher zum Verhandeln nach Eritrea schicken. Begleitet vom Walliser Edi Gnesa, damit alles halbwegs völkerrechtskonform abläuft.

Die Zielvorgaben: Das Rote Kreuz darf die Gefangenen besuchen. Abgewiesene und zurückkehrende Asylbewerber bleiben strafflos. Die mit einem Kapital von 750 Millionen Franken ausgestattete Bank Locher & Blocher finanziert im Gegenzug den Aufbau des Landes mit. Wer die Mehrheit hat, muss liefern statt sabbern.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Sag mir, wo die Linken sind

Von Kurt W. Zimmermann — In den wichtigen Jobs im Journalismus gibt es nur noch Bürgerliche und keine Linken mehr. Das ist fad.

Eines muss man Ueli Schmezer vom «Kassensturz» lassen. Er macht zumindest kein Geheimnis daraus, dass er eine linke Socke ist.

Moderator Schmezer hat soeben einen Anpuff bekommen, wie dies nie zuvor einem SRG-Journalisten widerfahren ist. Sogar der notorisch nachsichtige TV-Ombudsmann Achille Casanova fand seinen Fehltritt «inakzeptabel» und «gravierend». Schmezer hatte am Bildschirm tiefende Wahlwerbung für SP und Grüne und gegen die SVP gemacht.

Schmezer, der auch als Musiker gern an SP-Anlässen auftritt, ist damit nun eine offiziell beurkundete linke Socke. Doch Schmezer ist eine einsame Socke.

In den Schweizer Medien gibt es eine neue und durchschlagende Tendenz. Die Wortführer und Taktgeber im heutigen Journalismus stehen alle rechts der Mitte.

Begonnen hatte der Rechtstrend mit *Weltwoche*-Verleger Roger Köppel, der als Erster eine neokonservative Re-Ideologisierung als journalistische Chance begriff. Ihm folgte Patrik Müller, der staatskritische Chefredaktor der *Schweiz am Sonntag*, der sein Blatt zum Meinungsführer machte und sich nicht scheute, für die Masseneinwanderungsinitiative einzutreten. Markus Somm, der Chef der *Basler Zeitung*, wurde ebenso zur nationalen Figur, weil er sein eher kleines Blatt zu einem lauten, nationalkonservativen Organ umpolte. Markus Gilli, Leiter des wichtigsten TV-Regionalsenders Tele Züri, wandelte sich in den letzten Jahren desgleichen zu einer zunehmend hörbaren Stimme der bürgerlichen Vernunft. Philipp Landmark, Chef des *St. Galler Tagblatts*, positionierte sich und seine Zeitung ebenfalls mit nüchtern-bürgerlichen Positionen auf der Agenda der politischen Öffentlichkeit. Der neue NZZ-Chefredaktor Eric Gujer wiederum setzte von Anbeginn derart klare ordoliberalen Leitplanken, dass ihm der Aufstieg unter die gedruckten Opinionleader des Landes in kürzester Zeit gelang.

Und auf der Linken? Nix davon.

Als etwa Res Strehle vor sechs Jahren die Chefredaktion des *Tages-Anzeigers* übernahm, hofften viele darauf, dass der frühere Linksaussen eine starke Stimme des roten Lagers werden könnte. Er wurde eine glatte Enttäuschung und schaffte es nie in die Liga der Meinungsmacher. Seit seine Pensionierung von Ende 2015 heranrückt, wurden seine Statements noch seltener und noch schwam-



Anpuff: TV-Mann Schmezer.

miger. Strehles Nachfolger wird Arthur Rutishauser, ein bürgerlicher Wirtschaftsjournalist. Auch andere vormals kritische Plattformen brachen ein. Bei der früheren linken Rappelkiste *Blick* etwa, wo vor 2010 der sozialistische Chefredaktor Werner De Scheppe noch bei jedem zweiten SVP-Vorstoss die «Staatskrise» ausgerufen hatte, zog unverbindliche Belanglosigkeit ein. Auch die *Südostschweiz* droht nun ihren Linksdrall zu verlieren, nachdem der SP-nahe Chefredaktor David Sieber gegangen ist.

An der Spitze unserer privaten Leitmedien gibt es keine Linken mehr. Ich halte das für keine erfreuliche Entwicklung. Journalismus ist immer noch ein Kampfsport, und der macht nur Sinn, wenn argumentativ die Fäuste fliegen.

Darum können wir froh sein, dass wir noch die SRG haben. Hier überlebt die aussterbende Spezies noch. Da ist etwa Mario Poletti, der Chef der «Rundschau», der hinter jedem Firmenschild einen Fall von Steuerbetrug und hinter jedem bürgerlichen Postulat eine Verschwörung wittert.

Und da ist der rot-grüne «Kassensturz». Er sucht derzeit einen neuen Redaktionsleiter, weil der bisherige Chef auf März zurücktritt.

Ich bin für Ueli Schmezer. Ein paar linke Socken brauchen wir schon noch in der Branche. Sonst schlafen uns die Füße ein.

Eingeimpft

Von Beatrice Schlag — Wissenschaft und Pflegepersonal.

Kaum hat man zum ersten Mal im Herbst die Heizung angeworfen, setzt in den Medien die jährliche Diskussion um die Grippeimpfung ein. Die Zahlen aus Spitälern und Heimen sind seit



Jahren verstörend. 70 Prozent des Schweizer Pflegepersonals lassen sich nicht impfen, obwohl sie mit Menschen umgehen, deren Immunsystem durch Krankheit oder hohes Alter geschwächt ist. Dass sie Patienten anstecken könnten, scheint ihnen egal. Es macht keinerlei Sinn, denn einem gesunden Menschen fügt eine Grippeimpfung ausser einem leichten Ziehen im Oberarm nicht den geringsten Schaden zu. Sie schützt ihn auch nicht zwingend vor dem Grippevirus, der in den Wintermonaten um sich greifen wird. Denn im Sommer, wenn die Zusammensetzung des Impfstoffs bestimmt wird, weiss noch kein Mensch, welcher Grippevirus es genau sein wird. Aber der Entzündungshemmer in der Impfung mildert, was immer an Fieber, Schniefen und Knochenweh durch Tröpfchen einsickert.

Warum die sture Abwehr gutinformierter Fachpersonen? Weil wir fast alle Wissenschafts-skeptiker geworden sind. Mammografie? Erst dringend empfohlen mit dreissig, jetzt erst ab fünfzig sinnvoll. Richtige Ernährung? Ein schwindligmachendes Auf und Ab zwischen Kohlehydraten, Gemüse, Fischen und fettarmem Fleisch. Kaffee? Ganz schlecht oder vielleicht überhaupt nicht schädlich. Frühstück als wichtigste Mahlzeit des Tages? Nein, muss nicht sein, wenn man morgens keinen Hunger hat. Jogging oder gemütliches Gehen? Das Wechselbad der wissenschaftlichen Informationen ist so konstant, dass man entweder permanent verwirrt ist oder sich in Verschwörungstheorien zurückzieht, laut denen Forschung nur noch die Resultate erzielt, die Pharma- und andere Grosskonzerne in Auftrag geben. Letzteres war nicht immer ein Hirngespinnst. Aber heute legt jede wissenschaftliche Studie, die ernst genommen werden will, ihre Finanzquellen offen. Dass Wissenschaftler zu ständig neuen Erkenntnissen kommen, heisst nicht, dass Forschung unseriös ist, sondern dass Daten immer schneller neue Ergebnisse produzieren. Lassen Sie sich impfen. Nicht gegen Grippe, wenn Sie das nicht wollen. Aber gegen den Virus, Wissenschaft zu banalisieren.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man pensionierten Personen ein schönes Wochenende wünschen? *Paul Schärli, Ipsach*

Geht man davon aus, dass das Pensionierten-Dasein ein Ritt durch die Hölle ist, weil man sich im Unterschied zur arbeitenden Bevölkerung tagtäglich langweilt und sich wochentags mit seiner Ehefrau darüber streitet, wer mit dem Staubsauger die bereits mehrmals gereinigte Wohnung noch einmal saubermachen darf, dann ist ein «Schönes Wochenende» eher eine Zumutung. Dies im Sinne, dass erneut zwei langweilige Tage bevorstehen. Unterhält man sich jedoch mit sogenannten Pensionierten, stellt man fest, dass die meisten ein dermassen chargiertes Wochenprogramm haben, dass sie sich noch viel mehr auf das nächste Wochenende freuen, als sie dies während ihrer Zeit als Teil der arbeitenden Bevölkerung getan haben. Kinder-Hütepfllichten als Grosseltern, die neugegründete Beratungsfirma als Teil des Selbständigen-Status nach 30 Jahren im Angestelltenverhältnis, die Nachbarschaftshilfe et cetera sorgen neben der Planung der nächsten Kreuzfahrten und der bevorstehenden Wanderung für so viel Terminstress, dass ein geruhames Wochenende sehnlichst herbeigewünscht wird.

Kurt Aeschbacher, 67, Fernsehjournalist und Herausgeber des 50 plus-Magazins (50plus-magazin.ch)

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion Weltwoche, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zeile wird mit einem Weltwoche-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Sie war eine Kämpferin, aber nicht für den Wohlstand der Schweiz.»

Marcus Stoercklé

Vorausseilend gemachte Zugeständnisse

Nr. 44 – «Die Bestatterin»; Christoph Mörgeli über Eveline Widmer-Schlumpf

Bereits ihre Wahl zur Bundesrätin hat Eveline Widmer-Schlumpf äusserst mysteriös mitgeplant. Es hat sich bewahrheitet, dass es richtig war, sie von der SVP auszuschliessen. Weshalb nur wurde unser Konkordanzsystem so lange einfach ausser Kraft gesetzt? Wer hat das Recht 2011 einfach gebeugt und einer Fünf-Prozent-Partei (BDP) zugestanden, für den Bundesrat zu kandidieren? Frau Widmer-Schlumpf hat krampfhaft stets immer stärker nach links politisiert, nur um ihre Wiederwahl zu sichern! Was mich am meisten ärgert: Sie hat die Schweiz international lächerlich gemacht mit ihren vorausseilend gemachten Zugeständnissen, in Sachen Offenlegung von Bankkundendaten und Angestelltenamen, bei den amerikanischen Steuerbehörden sowie bei der OECD. Sie hat unseren Bank- und Finanzinstituten enorm geschadet und auch Arbeitsplätze vernichtet! Sie war eine Kämpferin, aber nicht für den Wohlstand der Schweiz, sondern für ihre Wiederwahl!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Noch mehr Transparenz

Nr. 44 – «Trans-pa-renz! Trans-pa-renz!»; Medienkolumne von Kurt W. Zimmermann

Die aufgeführten 25 (teuersten) Sendungen ergeben ein Total von zirka 70 Millionen Franken jährlich, davon etwa für die «Tageschau, 19.30 Uhr» 11,9 Millionen, «Einstein» 4,4 Millionen, «Aeschbacher» 2,4 Millionen, «Club» 1,3 Millionen etc. Die Gesamtausgaben der SRG belaufen sich aber auf über eine Milliarde Franken. Frage an die SRG: Wohin versickern die restlichen zirka 900 Millionen Franken? Sehr viel mehr Transparenz ist dringend nötig.

Eduard Braendle, Hittnau

Was alles nicht funktioniert Zu den Wahlen

Der Grund für den erheblichen Stimmenverlust von Mitte-links liegt meines Erachtens im Scheitern ihrer wesentlichen politischen Projekte: insbesondere in den Themen soziale Gerechtigkeit, Energiewende und Weltfrieden. Weder funktioniert die grosse soziale Geldumverteilung (trotz Null-/Negativzinsen – Enteignung der Vermögenden schon seit 2009), noch funktioniert die Wind- und Solar-energiesubventionierung (Kostenflut des Erneuerbare-Energie-Gesetz [EEG]) in Deutsch-



Mysteriös mitgeplant: Landesregierung.

land, gleichzeitig Ausbau Kohlekraft), noch funktioniert das Menschenrechtprojekt im Nahen Osten (Asylflut trifft Europa – ein Jahrzehnt Aufbauarbeit in Afghanistan mit hohem Blut-zoll ist total gescheitert). Indem man die Linke abwählt, spart man unendlich viel gutes Geld, das die dem schlechten auch in Zukunft hinterherwerfen wollen. Deshalb ist es nur zu gut, zu verstehen, warum sich die Stimmberechtigten nach alternativen Lösungen umsehen.

Michael Schmitz, Zollikerberg

Weitere Radikalisierung

Nr. 44 – «Wachsende Probleme»; Alex Reichmuth über das Asylwesen

Das Zitat von Heinrich Heine «Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht» ist heutzutage ziemlich inflationär geworden. Trotzdem kommt es mir in den letzten Monaten immer häufiger in den Sinn. Heine würde heute wohl mit einem solchen Ausspruch in die rechte Szene befördert. Das ist das, was mich sehr stört an unserer Presse. Alle, die ihre Ängste und Befürchtungen bezüglich der Massenzuwanderung nach Europa äussern, sind Rechtsradikale oder Neofaschisten. Aber wohin gehören zum Beispiel die Teilnehmer der Grossdemonstrationen in Prag (wird im deutschen oder Schweizer TV nicht gezeigt), welche mit Transparenten wie «Wir sind wieder Protektorat Böhmen und Mähren» auf der Strasse stehen? Sind es rechtsradikale Neonazis? Es sind meistens äl-

tere Menschen, die einfach genug erlebt hatten, um berechtigte Ängste zu haben. Deutschland hat eigenmächtig alle EU-Abkommen ausser Kraft gesetzt, und jeder, der den heutigen Zustand kritisiert oder nur Befürchtungen äussert ist ein «Schlechtmensch». Aber gerade die heuchlerische «Gutmensch»-Haltung der Politiker und der meisten Zeitungen, leider auch in der Schweiz, wird zu einer weiteren Radikalisierung in Europa führen. *Jaromira Kirstein, Kreuzlingen*

Von links-grüner Seite

Nr. 43 – «Staatlich besoldete Krawallmacher»; Kurt W. Zimmermann über die Schweiz

«Was sich (als Ja oder Nein) selbst rechtfertigen will, das ist eben um deswillen gerichtet»; Lieblingssatz des deutschen Literaten und Karl-Barth-Bewunderers Martin Walser. Oder andersherum: «Rechthaben hat mit Rechthaberei zu tun – nichts, aber auch gar nichts mit Rechtfertigung.» Martin Walser fühlt sich somit glücklich befreit vom Zwang, ein «besserer Mensch» sein zu müssen, und auch von davon unerbittlich abzuleitendem, ideologischem Gesinnungsterror (Sarrazin). Befreit von unseliger, moralinsaurer, linksgrün-populistischer, letztlich antidemokratischer Konfrontation um der Ideologie-Rhetorik willen. Deswegen bin ich kein «Bärfüssler», ohne

deswegen ein blindwütiger «Köpplianer» zu sein. Immerhin recherchiert und dokumentiert Köppel, *bevor* er politisiert! Zu schlechter Letzt: Woher kommt der heute rasant zunehmende und wieder salonfähige «politisch korrekte» grassierende Antisemitismus? Richtig: ganz genau von Links-Grün (Nazikeule hin oder her).

Hanspeter Mohler-Meyer, Liestal

Neuer Marshallplan

Nr. 43 – «Gute alte Machtpolitik»; Ausland-Kolumne von Hansrudolf Kamer

Was wir im Mittleren Osten erleben, ist ein Trauerspiel erster Güte. Die USA, Russland und andere bombardieren, was das Zeug hält, und testen dort ihre neuen und entsorgen ihre alten Bomben. Visieren irgendwelche Ziele an, ohne Rücksicht auf Verluste, namentlich auch Zivile. Es ist ein Armutszeugnis, was diese Grossmächte von sich geben. Es müsste ihnen doch längstens klar sein, dass mit Bomben keine Konflikte gelöst werden können.

Wäre es nicht viel klüger, alle Parteien an einen Tisch zu bringen und letztlich die Karte im Mittleren Osten neu zu zeichnen? Die letzte Zeichnung datiert aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg; eine neue drängt sich auf. Die verschiedenen Ethnien, Religionen und andere Kreise können nur gemässigt werden, wenn

man ihnen eine Perspektive in ihrem jeweiligen Raum gibt. Ex-Jugoslawien wurde nach Tito auch neu gezeichnet – es entstanden neue Staaten, die trotz kleineren Störungen doch recht gut zusammenleben. Zweitens wäre dann ein «Marshallplan» aufzugleisen, um den so entstandenen neuen Ländern des Mittleren Ostens wieder zu einem normalen Dasein zu verhelfen. Andere Lösungen sind nicht in Sicht. Und übrigens: Hat jemand Kenntnis von einem Flüchtling, der nach Russland möchte? Ist doch seltsam ...

Jürg Iseli, Otelfingen

Richtigstellung

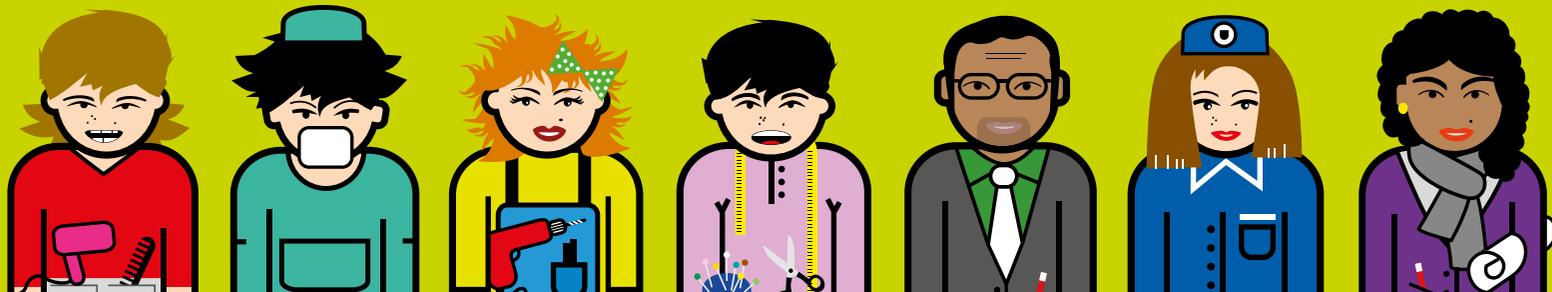
Nr. 43 – «Staatlich besoldete Krawallmacher»; Kurt W. Zimmermann über Schweizkritiker

Ich lese häufig die oft geistreichen und lebendigen Kolumnen von Kurt W. Zimmermann. In der *Weltwoche* vom 22. Oktober 2015 aber hat sich Zimmermann geirrt. Er schreibt, ich könne mich «Zuwendungen der Obrigkeit kaum erwehren». Deshalb sei ich ein «staatlich besoldeter Krawallmacher». Faktum ist: Ich habe zwar im Ausland mehrere Literaturpreise, Ehrendoktorate, Orden und andere Auszeichnungen erhalten – nie aber in der Schweiz. In der Deutschschweiz bin ich eine Unperson. Das stört mich nicht.

Jean Ziegler, Russin GE

**BERUFS
MESSE
ZÜRICH**

Folgen Sie uns



Mach eine Lehre, werde Profi!

www.berufsmessezuerich.ch | Messe Zürich | Eintritt kostenlos

Berufsmesse Zürich: 17. bis 21. November 2015 | Treffpunkt Weiterbildung: 20. und 21. November 2015

Hauptsponsorin



Unterstützt durch



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBI

Veranstalter



Die Stunde der Aufräumer

Die Mitte-links-Mehrheit drückte vielen Geschäften ihren Stempel auf, vieles liegt im Argen. Wie die Reform-Agenda des erstarkten rechten Lagers aussehen könnte.

Von Hubert Mooser

Wenn die Bundesversammlung am Mittwoch, 9. Dezember, die Landesregierung wählen wird, wird alles ein bisschen anders sein als vor vier Jahren. Die aktuelle Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) hat vor einer Woche, am Ende der Bundesratssitzung mit anschliessender europapolitischer Klausur, ihren Rücktritt bekanntgegeben. In der zweiten Woche der Parlaments-Dezembersession wird wohl ein zweiter SVP-Vertreter als Nachfolger der Bündnerin in den Bundesrat gewählt – zu eindeutig war das Verdikt der Stimmbürger am 18. Oktober.

Die SVP erzielte einen Wähleranteil von fast 30 Prozent und elf zusätzliche Sitze im Nationalrat. Nach anfänglichem Machtgehabe um den Sitz von Widmer-Schlumpf musste CVP-Präsident Christophe Darbellay – hinter den Kulissen mit SP-Chef Christian Levrat treibende Kraft bei der etwas diffusen Mitte-links-Koalition – den Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz akzeptieren. Nun schlägt die Stunde der Aufräumer aus den Reihen der SVP.

Beziehungskorruption auf allen Ebenen

Die Liste der möglichen SVP-Kandidaten ist lang: Nationalrat Heinz Brand (GR), SVP-Präsident Toni Brunner (SG), Unternehmer Peter Spuhler, Pilot Thomas Hurter (SH), Fraktionschef Adrian Amstutz (BE), der Waadtländer Nationalrat Guy Parmelin oder der Walliser SVP-Staatsrat Oskar Freysinger und so weiter. Wer für die SVP in den Bundesrat will, muss erstens streng auf Parteilinie politisieren, das hat Präsident Toni Brunner unmissverständlich betont. Zweitens muss er Durchsetzungsvermögen und Überzeugungskraft mitbringen, um den Dampfer Bundesrat auf den rechten Kurs zu steuern.

Vieles liegt im Argen, angefangen beim Unkraut Beziehungskorruption und Vetterliwirtschaft, welches auf allen Ebenen der Verwaltung wuchert bis hinauf in höchste Bundesstellen und bis in die Verwaltungsräte bundeseigener Betriebe. Das letzte Beispiel: Vergangenen Mittwoch berief der Bundesrat auf Antrag der Chefin des Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek), Doris Leuthard (CVP), den Freiburger CVP-Ständerat Urs Schwaller (er ist vor den Wahlen zurückgetreten) an die Spitze der Post – als Nachfolger für Post-Präsident Peter Hasler, der 2016 in Pension geht.

Besonders charakteristisch für den gegenwärtigen Bundesrat sind aber Überregulierung

gen und Misswirtschaft. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann hat vor Monaten auf die Regulierungswut hingewiesen. Jährlich kämen 7000 A4-Seiten an Bundesrecht hinzu. Allerdings produziert er selbst mit seiner Fachkräfteinitiative bürokratische Leerläufe. Das andere Übel: Bei Aufträgen der Bundesverwaltung an Privatfirmen gibt es zu wenig Transparenz. Regelmässig flogen in den vergangenen

In den letzten vier Jahren hat der Bundesrat fast zur konfliktfreien Zone mutiert.

Jahren Beschaffungsskandale auf wie jener um das Informatikprojekt Insieme der Steuerverwaltung. Allein bei diesem Flop verbrannte die Verwaltung grobfahrlässig gegen hundert Millionen Franken an Steuergeldern.

Auf Schlendrian stösst man dagegen ausgerechnet dort, wo der Bundesrat dringend ein Zeichen setzen müsste – bei der Umsetzung des neuen Zuwanderungsartikels in der Verfassung. Zuerst kündigte Simonetta Sommaruga (SP) die Botschaft auf Ende 2015 an, dann wurde auf Januar 2016 vertröstet, jetzt wird verwaltungsintern sogar März herumgeboten. Zwei Drittel der Umsetzungsfrist sind somit vorüber, passiert ist nicht viel, und die Zuwanderung geht ungebremst weiter – als gäbe es den Zuwanderungsartikel nicht.

Ein Richtungswechsel im Bundesrat wird kein Spaziergang. Die aktuelle Mitte-links-Mehrheit drückte vielen Geschäften ihren Stempel auf wie 2011 bei der Energiewende und dem damit einhergehenden Ausstieg aus der Atomenergie. Dieser vergoldet alle Akteure des Energiemarktes auf Kosten der Stromkonsumenten. Der vorausseilende Gehorsam gegenüber den USA beim Streit um un versteuerte Gelder schwächte den Staat und den Finanzplatz. Mit dem Fatca-Abkommen drückten die USA der Schweiz ihre Gesetzgebung aufs Auge. Die Personalkosten beim Bund laufen aus dem Ruder. Seit 2008 sind sie von 4,5 Milliarden auf 5,3 Milliarden Franken gestiegen – eine Steigerungsrate von beeindruckenden 18 Prozent.

Im Asylbereich lässt man hingegen die Zügel schleifen. Die Anzahl Asylgesuche steigt und steigt. Kaum je gab der Bund so viel Geld dafür aus wie gegenwärtig – gegen 1,5 Milliarden Franken. Die Dublin-Regeln lassen sich kaum noch durchsetzen. Trotzdem will der Bundesrat zusätzliches Geld für die Sicherung der

Schengen-Aussengrenzen beschliessen. Die von Sommaruga fast als ultimatives Reformwerk präsentierte neue Asylgesetzrevision ist teilweise kontraproduktiv, sie bringt beispielsweise Gratisanwälte für Flüchtlinge. Die schon vor Jahren versprochenen schnelleren Verfahren existieren bis heute eigentlich erst auf dem Papier.

Die Ursache vieler dieser Fehlfunktionen: In den letzten vier Jahren hat der Bundesrat fast zur konfliktfreien Zone mutiert. Die Harmonie im Gremium wurde zelebriert wie der Sonntagsgottesdienst. Es kam selten vor, dass man einander am Zeug herumflickte wie Anfang Oktober, als Sommaruga die Revision des Geldspielgesetzes vorlegte. Die Bernerin wollte mit ihrer Revision eine weitere Kontrollbehörde einführen, ein beratendes Organ im Kampf gegen Spielsucht. Die Begründung, wieso es nebst der Eidgenössischen Spielbankenkommission und der Interkantonalen Lotterie- und Wettkommission noch eine dritte Behörde für Geldspiele braucht, leuchtete ihren Kollegen aber nicht ein. Sommaruga musste schliesslich auf die neue Kommission verzichten. Einer der wenigen lichten Momente im Bundesrat.

Tunlichst und kollegial ging der Bundesrat vor den Wahlen auch allen politischen Minenfeldern aus dem Weg. Nach den Wahlen winkte die Landesregierung umstrittenste Sachgeschäfte durch, als wolle man vollendete Tatsachen schaffen. Kaum zu glauben, aber wahr: Gegen die von Eveline Widmer-Schlumpf vor einer Woche vorgelegte umstrittene Lenkungsabgabe, kurz Ökosteuer, gab es Einwände von allen Seiten – Vorbehalte hatten Wirtschaftsminister Schneider-Ammann, Verteidigungsminister Ueli Maurer und sogar die SP-Bundesräte Simonetta Sommaruga und Alain Berset. Doch Widmer-Schlumpf kam auf wundersame Art heil über die Runden.

Licht in den Subventionsdschungel

Bei der EU-Klausur, die gleichentags stattfand, ging es hauptsächlich um den neuen Zuwanderungsartikel in der Verfassung. Unverfroren verkündet die im Dossier federführende Sommaruga ihren Kollegen, sie müsse zuerst mit EU-Chefkommissar Jean-Claude Juncker telefonieren, bevor sie das weitere Vorgehen im Dossier festlegen könne. Aber niemand störte es wirklich, dass bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die EU der Schweiz den Fahrplan vorgibt. Am institutionellen Rahmenabkommen will Aussen-



Durchsetzungsvermögen und Überzeugungskraft: Clint Eastwood in «Dirty Harry», 1971.

minister Burkhalter weiterwursteln wie bisher, also mit dem EU-Gerichtshof als Streitlichtungsinstanz. In Tat und Wahrheit ist dieses Dossier jedoch seit November 2014 in Brüssel blockiert.

Mit einem zweiten SVP-Bundesrat könnten in Zukunft härtere Konfrontationen in der Landesregierung stattfinden – wie damals, als die Alphatiere Christoph Blocher und Pascal Couchepin im Bundesrat aufeinandertrafen. Was soll sich sonst noch ändern? Aufschluss darüber, wie eine Reformagenda des erstarkten rechten Lagers ausschauen könnte, gibt laut SVP das bekannte Schulterchluss-Papier von SVP, FDP und CVP.

Laut diesem Papier hat die rasche Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III oberste Priorität – aber ohne Kapitalgewinnsteuer und zusätzliche Steuerinspektoren. Das Ausgabenwachstum beim Bund soll auf dem Stand von 2014 eingefroren werden. Die Zahl der Vollzeitstellen in der Bundesverwaltung für den Zeitraum 2016 bis 2018 soll auf dem

Niveau von 2014 plafoniert werden. Das Privilegiensystem der Bundesangestellten, also Orts- oder Funktionszulagen, grosszügige Rabatte bei GA und Kinderkrippen, will man abschaffen. Der Subventionsdschungel (gemeint sind staatliche Beihilfe für Unternehmer) soll gelichtet, die Erhöhung der Schwerkverkehrsabgabe auf Eis gelegt und der Asylmissbrauch vehement bekämpft werden.

Die drei Parteien wehren sich im Papier auch gegen einen weiteren Ausbau der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Stattdessen will man das Inländerpotenzial bei den Fachkräften verstärkt fördern. Der dafür zuständige Wirtschaftsminister hat dies schon vor Jahren versprochen, gegenwärtig handelt er sich mit immer neuen Abklärungen und Untersuchungen von einer Bundesrats-sitzung zur nächsten.

Eine weitere Massnahme auf der Reformagenda: die Reduktion des administrativen und finanziellen Aufwands von KMU sowie die Entlastung der Unternehmen von administra-

tiven Kosten durch eine Vereinheitlichung der Baunormen und durch Abbau der Bewilligungsbürokratie im Bau- und Umweltbereich. Der Bund soll weitere Freihandelsabkommen im Interesse der Schweiz abschliessen und Marktzugänge sichern. Die Energiestrategie 2050 soll 2017 vors Volk.

Einschneidende Veränderungen

Auch Bersets Paradestück, die Reform der Altersversicherung, wird die neuen Mehrheitsverhältnisse kaum heil überstehen. Vorderhand einigten sich die drei bürgerlichen Parteien auf die Forderung nach einer Schuldenbremse in der AHV. Aber der Ausbau der Altersvorsorge, wie er vom Ständerat beschlossen wurde, wird wohl einschneidende Veränderungen erfahren.

Kurzum: Es könnte einiges in Bewegung kommen. Aber zuerst muss der neue Bundesrat gewählt werden, und seit der Abwahl von Christoph Blocher 2007 weiss man, dass Überraschungen immer möglich sind. ○

Nervenflattern bei den Genossen

SP-Präsident Christian Levrat und Gewerkschaftsbund-Präsident Paul Rechsteiner müssen sich im zweiten Ständeratswahlkampf gegen harte SVP-Konkurrenz wehren.

Von Hubert Mooser



Ungeschickter Schachzug: Levrat (l.), Rechsteiner.

SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin (SZ) ist bereits abgewählt, jetzt startet die SVP einen Grossangriff auf die restlichen Vordenker der Sozialisten in Bern. In Freiburg muss Parteichef Christian Levrat am 8. November im zweiten Wahlgang gegen Bundesratskandidat und Gewerbeverbandspräsident Jean-François Rime in den zweiten Wahlgang – ein politisch grösserer Brocken als der etwas hilflos kämpfende Emanuel Waeber, der 2011 als Freiburger CVP-Präsident zur SVP überlief. Eine Woche später muss sich in St. Gallen Gewerkschaftsbundpräsident Paul Rechsteiner dem SVP-Herausforderer Thomas Müller stellen.

So viel lässt sich zu den bevorstehenden zweiten Ständeratswahlgängen in Freiburg und St. Gallen bereits jetzt sagen: In Freiburg wird es Rime schwer haben, Levrat aus dem Amt zu drängen. Die SP hat da bei den letzten Parlamentswahlen zwar 2,5 Prozent Wähleranteil eingebüsst. Levrat persönlich erzielte jedoch ein gutes Ergebnis, auch wenn er das absolute Mehr verpasste. «Er sitzt fest im Sattel», sagen seine Freiburger Weggefährten. Der staubtrockene Rechsteiner hat in der Ostschweiz einen etwas schwereren Stand, auch wenn er selbst fand, er habe im ersten Wahlgang das Optimum herausgeholt. «Ein Spaziergang wird das trotzdem nicht», warnt eine St. Galler Sozialdemokratin.

Die SVP ist nach ihrem Wahlsieg und dem Gewinn von elf Nationalratssitzen wild entschlossen, der SP einen weiteren Schlag zu versetzen. Entsprechend viel investiert sie in diese Wahlkämpfe. In Freiburg ist von einem SVP-Budget um die 100 000 Franken für den zweiten Wahlgang die Rede. Das Nervenflattern bei den Genossen ist entsprechend gross. Levrat verschickt in alle Himmelsrichtungen Bettelbriefe zur finanziellen Unterstützung.

Die Nichtwiederwahl von zwei führenden Köpfen der Sozialdemokratie würde zu einer parteiinternen ZerreiSSprobe führen, davon sind in der Fraktion viele überzeugt. Das lässt sich bei der Rangelei um die Nachfolge des abgewählten Fraktionschefs Tschümperlin beobachten. Der Waadtländer Nationalrat Roger Nordmann widersetzte sich der Stallorder und will für das Fraktionspräsidium kandidieren – obwohl mit Levrat bereits ein Romand in führender Position ist. Levrats Abwahl würde zu noch grösseren parteiinternen Spannungen führen und die SP lähmen.

Kein Wunder, hinterfragen inzwischen Parteileute auch den «linken Sturm» auf den Ständerat. Den Wechsel des Parteipräsidenten vom National- in den Ständerat werten einzelne Mandatsträger als ungeschickten Schachzug. Als Ständerat könne Levrat nicht mehr polarisieren, weil er den Kanton repräsentieren müsse

und wiedergewählt werden wolle. Dadurch verliere die Partei zusehends an Profil und Schlagkraft.

Die SP vergrösserte ihren Einfluss in der Kleinen Kammer wie auf Samtpfoten. Anfang der neunziger Jahre hatte die SP bloss zwei Vertreter im Stöckli, 1995 bestand die SP-Deputation aus fünf Vertretern, zwanzig Jahre später waren es bereits elf. Auch 2015 wollte die SP ihre Sitzzahl im Ständerat ausbauen, sie überzeugte Bisherige wie den Baselbieter Ständerat Claude Janiak, wieder anzutreten. Je stärker der SP-Einfluss in der Kleinen Kammer indes wurde, desto zahmer schlich der SP-Präsident in Bern herum. Levrat ging es um Machterhalt.

Taktischer Schlingerkurs

Das Lamento des SP-Präsidenten: Die Legislatur 2003–2007 mit Christoph Blocher in der Landesregierung sitze ihm und dem Land noch in den Knochen; es seien nicht bloss verlorene Jahre gewesen, es sei auch viel kaputtgemacht worden. Tatsächlich ging es der Schweiz in diesen Jahren wirtschaftlich hervorragend. Das Wachstum lag bei über 2 Prozent, die Arbeitslosigkeit verringerte sich, die Löhne verzeichneten ein kräftiges Wachstum. Und: Die Zahl der Asylgesuche ging unter Justizminister Blocher deutlich zurück. Seit die SP mit Simonetta Sommaruga das Asylossier bewirtschaftet, schiessen die Asylzahlen wieder in die Höhe.

Levrats taktischer Schlingerkurs vor der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative erhöhte seine Glaubwürdigkeit nicht. Der SP-Chef drohte mit einem Nein zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroaten, falls Mieter und Arbeitnehmer nicht besser geschützt würden. Das Ja der Stimmbürger zur Begrenzung der Zuwanderung verhöhnt er als «Betriebsunfall». Bei der EU-Diskussion fand Levrat: «Wir müssen den von Blocher hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen und ohne Konzessionen die Debatte für die bilateralen Beziehungen mit der EU führen» – und ging danach auf Tauchstation.

Spätestens am 18. Oktober war klar, dass Levrat mit seiner Strategie gescheitert ist: In seinem Heimatkanton Freiburg, in der Waadt, im Wallis und im Aargau büsste die SP ein; in Schwyz wurde Fraktionschef Tschümperlin nicht wiedergewählt; Levrat selbst muss um seinen Ständeratssitz zittern; die Mitte-links-Allianz ist auseinandergebrochen. Und mit dem Rücktritt von Widmer-Schlumpf hat Levrat sein letztes Pfand verloren. ○

Italiens Arbeitsverweigerung

Der Bund weist plötzlich einen viel tieferen Anteil an Asylbewerbern aus, die in der Schweiz bleiben dürfen. Bei deutlich mehr Gesuchen sei ein anderer Staat zuständig, sagen die Behörden. Funktioniert das Dublin-Abkommen also doch? Leider nicht. *Von Alex Reichmuth*

Der Unterschied ist augenfällig: Noch im Mai hat der Bund 35 Prozent aller Asylgesuche gutgeheissen. Im September jedoch war die Quote auf die Hälfte gesunken: 17 Prozent. Ebenfalls halbiert hat sich die Schutzquote, die nebst dem Anteil der Asylanerkennungen auch den Anteil der vorläufigen Aufnahmen umfasst. Bekamen im Mai 70 Prozent aller Asylanten ein definitives oder provisorisches Bleiberecht, waren es im September nur noch 35 Prozent. Der rasante Wandel ist vor allem bezüglich Eritrea auszumachen, des wichtigsten Herkunftslandes von Asylanten: Im Mai erteilte der Bund 90 Prozent der Eritreer ein Bleiberecht. Im September waren es noch 32 Prozent.

Nachdem die Asylzahlen vom September publik gemacht worden waren, spekulierten die Medien, warum die Schutzquote so abgesackt ist. «Asylamt packt Eritreer härter an», schrieb die *Berner Zeitung*. Dieser Schluss war naheliegend, aber falsch. Die Behörden sind keineswegs restriktiver geworden, sondern schicken weiterhin keine Eritreer in ihr Heimatland zurück.

Einige Tage später hatten Journalisten die Statistik genauer angeschaut und erkannt, dass diese für den September bei zwei Dritteln aller eritreischen Asylgesuche einen sogenannten Nichteintretensentscheid (NEE) ausweist, konkret in 772 Fällen. Das ist eine überraschend hohe Zahl, waren es doch im Juni erst 24 gewesen. Ein NEE erfolgt meist, weil im Rahmen des Dublin-Abkommens ein anderer europäischer Staat für das Gesuch zuständig ist. Bei den Eritreern ist das fast immer Italien, weil sie dort zuerst europäischen Boden betreten haben. Dass die Anerkennungs- und Schutzquote viel tiefer ist, hat also nur damit zu tun, dass die Behörden mehr «Dublin-Fälle» als früher erkennen.

«Die Behörden schieben mehr Asylsuchende aus Eritrea nach Italien ab», folgerte die *Schweiz am Sonntag*. Auch das war naheliegend, aber wieder falsch. Denn im September wurden laut Statistik nur 22 Eritreer effektiv in einen anderen «Dublin-Staat» zurückgeführt.

Die wahre Ursache hat mit den Regeln des Dublin-Abkommens zu tun. Fragt die Schweiz einen anderen Dublin-Staat um Rückübernahme eines Asylbewerbers an, so erklärt sich dieser im besten Fall für zuständig. Die Schweiz trifft dann einen Nichteintretensentscheid und organisiert den Rücktransport. Lehnt der Dublin-Staat die Anfrage hingegen ab, bleibt die Schweiz für das Asylgesuch zuständig. Es gibt aber noch eine dritte Möglichkeit: Der

Dublin-Staat reagiert gar nicht auf die Anfrage. Nach zwei Monaten tritt dann eine sogenannte Verfristung ein: Der angefragte Dublin-Staat, in den allermeisten Fällen Italien, wird trotzdem für das entsprechende Asylgesuch zuständig – nach dem Motto: «Keine Antwort ist auch eine Antwort.»

Sofort untergetaucht

Ein NEE der Schweiz erfolgt bei Dublin-Fällen unter Asylbewerbern also sowohl, wenn der angefragte Staat der Rückübernahme zustimmt, als auch, wenn er auf Tauchstation geht. Und offensichtlich ist meist das Zweite der Fall: Im September hat Italien nur 49-mal einer Anfrage der Schweiz nach Rückübernahme zugestimmt. Aber auf 1079 Anfragen hat das Land nicht reagiert, und es trat eine Verfristung ein. Bei den meisten dieser Fälle ging es um Eritreer. Italien übt sich in den weitaus meisten Dublin-Fällen also in Arbeitsverweigerung.

In dieser Situation stellen sich einige Fragen: Verhält sich Italien weniger kooperativ als früher? Und was passiert mit Asylbewerbern mit einem NEE wegen Verfristung: Können sie wirklich nach Italien überstellt werden? Die *Weltwoche* fragte beim Bund nach. Doch beim Staatssekretariat für Migration (SEM) ist man offensichtlich wenig an Transparenz interessiert. «Wenn Sie wissen möchten, was sich in

Italien verändert hat, bitte ich Sie, die Fragen an Italien zu richten», lässt die Sprecherin ausrichten. Man werde «keine Spekulationen abgeben». In Fällen, wo ein anderer Staat für ein Asylgesuch zuständig sei, heisst es weiter, ordne die Schweiz die Wegweisung des Gesuchstellers in den betreffenden Staat an. «Für den Vollzug sind gemäss Gesetz die Kantone zuständig.»

Die sture Wiedergabe von Formalitäten durch das SEM ist nachvollziehbar: Die hohe Zahl an NEE wegen Dublin-Fällen ist alles andere als ein Hinweis, dass das Dublin-Abkommen gut funktioniert. Dabei hat der Bund immer betont, welch ein Segen das Abkommen für die Schweiz sei. Aber wie erwähnt finden praktisch keine Rückführungen von Eritreern nach Italien statt. Auch insgesamt sieht es düster aus: Im dritten Quartal 2015 standen 6423 Dublin-Anfragen der Schweiz an andere Staaten um Rückübernahme gerade mal 501 effektive Überstellungen gegenüber. Hört man sich unter Insidern um, liegt das vor allem daran, dass die meisten Asylbewerber, die überstellt werden sollten, sofort untertauchen. Der Anteil der Untergetauchten soll mittlerweile achtzig Prozent betragen. Sie leben fortan als Illegale in der Schweiz oder reisen in irgendein anderes Land weiter, um dort erneut ein Asylgesuch zu stellen. Welches Land formell für sie zuständig wäre, ist da ziemlich egal. ○



Rückführungen von Eritreern nach Italien finden praktisch keine statt.

Die Bürokratie lebt

Die abtretende Finanzministerin hinterlässt mehrere politische Grossbaustellen. In den letzten Wochen ihrer Amtszeit versucht sie, noch möglichst viel zu fixieren. Was bedeutet Eveline Widmer-Schlumpfs Hektik für den Finanzplatz? Von Beat Gygi, Florian Schwab und Jonas Baumann (Illustration)

Kurz vor seiner Auflösung und der Bestellung in neuer Zusammensetzung hat der Bundesrat jüngst noch rasch mehrere politische Vorhaben vorangetrieben und einige Leitplanken zu fixieren versucht. Besonders eifrig war die abtretende Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die in Finanzmarktregulierung, Steuerfragen und Finanzpolitik einen grossen Überwachungs- und Kommandoapparat im Rohbau erstellt, aber noch nicht fertiggestellt. Vorletzte Woche hat der Bundesrat in der Bankenregulierung neue Eckwerte für die Eigenkapitalausstattung von systemrelevanten Banken festgelegt. Damit will der Bund die Vorkehrungen gegen die Gefahr des *too big to fail* (TBTF) verbessern – also gegen die Gefahr, dass Banken im Fall des Scheiterns ein so grosses Risiko darstellen, dass eine staatliche Rettung unumgänglich ist. Erarbeitet wurden die Vorgaben durch eine Arbeitsgruppe aus Finanzdepartement, Finanzmarktaufsicht und Nationalbank.

Die neuen TBTF-Vorgaben sind strenger als die bisherigen und verlangen von den beiden Grossbanken Credit Suisse und UBS 5 Prozent Eigenkapital, bezogen auf alle Bilanz- und Ausserbilanzposten, und 14,3 Prozent, bezogen auf das mit den jeweiligen Risiken gewichtete Vermögen. Die bisherigen Anforderungen lagen bei 3,1 und 13 Prozent. Zusätzlich müssen die Banken im Fall eines Untergangs finanzielle Mittel mobilisieren können, die ungewichtet nochmals fünf Prozent und risikogewichtet 14,3 Prozent der Bilanzsumme ausmachen. Dies soll eine geordnete Abwicklung ermöglichen. Hinzu kommen frühere Vorgaben zur Struktur international tätiger Banken; diese sollen so organisiert sein, dass sie im Notfall die wichtigen Funktionen weiterführen und bedrohte Teile abspalten oder abwickeln können. Credit Suisse wie UBS haben einen Umbau ihrer Konzerne in diese Richtung eingeleitet.

Nebenwirkungen übersehen

Nationalbank und Finma loben den bundesrätlichen Vorschlag, der nächstes Jahr in eine Verordnung münden kann, als vorbildlich. Mit den Kapitalanforderungen und vor allem den Vorschriften für den Fall des Scheiterns übernehme die Schweiz in der Regulierung wieder international eine führende Rolle. Allerdings ist im Auge zu behalten, dass der Bund bereits vor drei Jahren als Musterschüler vorangerannt war und nun die damalige Regelung zurücknimmt, weil niemand ihr folgte. Nun schwenkt die Schweiz etwa auf den Weg ein, auf dem die

USA und Grossbritannien unterwegs sind. Das von den G-20 errichtete Financial Stability Board (FSB) will ähnliche Ansätze international koordinieren. Dahinter steht die Auffassung, die richtigen Leitplanken könnten dafür sorgen, dass sich künftig Kosten aus Waghalsigkeiten und Zusammenbrüchen vermeiden lassen.

Gratis ist das freilich nicht zu haben, und einmal mehr zeigt sich bei dieser ganzen Gesetzesproduktion, dass Verwaltung und Politiker jeweils nicht besonders gründlich schauen, welche Nachteile neue Vorschriften haben können. Den meisten ist zwar klar, dass die höheren Kapitalanforderungen bei den betroffenen Banken zu höheren Kapitalkosten führen. Wenn eine UBS gegen fünfzehn Milliarden neues Kapital aufnehmen muss, wird dies in

Nicht nur bei *too big to fail* hat Widmer-Schlumpf in den letzten Jahren einen Galopp hingelegt.

Franken sichtbar. Schwieriger zu sehen sind jedoch die Folgewirkungen, die zu steigenden Kosten bei der Kreditvergabe führen können. Und wenn sich eine Bank aus bestimmten Geschäften zurückzieht, weil die Eigenmittelunterlegung zu teuer wird, ist dies von der Politik möglicherweise erwünscht, es kann aber auch sein, dass Politiker diese Nebenwirkung übersehen und nicht daran gedacht haben, dass sie mit ihrem Tun Geschäftsgelegenheiten und Arbeitsplätze zunichtemachen.

Besonders gravierend sind aber jene Kosten, die man meistens überhaupt nicht sieht. Das ganze Bemühen, dem TBTF-Problem mit möglichst treffsicheren und wirksamen Regeln beizukommen, kann leicht zu einer Verengung, ja Trübung des Blicks führen und bei Politikern und Überwachern die Illusion erzeugen, man habe all die Gefahren nun einigermaßen unter Kontrolle. Dass die Fachleute praktisch aller Zentralbanken heute zu ähnlichen Rezepten neigen und internationale Institutionen wie FSB, EU, Währungsfonds oder OECD für eine weltweite Koordination der Meinungen sorgen, erhöht erst recht das Risiko, dass man sich kollektiv eine Wirklichkeit vormacht, die es nicht gibt. Neue Gesetze, die das System besser machen sollen, beziehen sich ja immer auf die in der zurückliegenden Krise erlebten Fehler. Man reguliert also quasi immer die Vergangenheit und lässt sich davon so stark ablenken, dass man sich rasch einmal in falscher Sicherheit

wiegt, sich auf vermeintlich sichere Rezepte verlässt und neue Missstände nicht sieht.

Kürzlich haben Gerard Hertig (ETH Zürich), Eric Nowak (Universität Lugano) und Ettore Croci (Università Cattolica del Sacro Cuore) in einer Untersuchung der amerikanischen Bankenkrise dargelegt, dass es in den USA günstiger gekommen wäre, mehr Banken mit Staatsgeld zu retten, als dies tatsächlich der Fall war. Die Befunde der Studie deuten darauf hin, dass man sich zu stark an bestimmten Kapitalkennzahlen orientiert und die Abwicklungskosten



Das Paket bleibt ein Bürokratiemonster.

unterschätzt hat. Es kann sein, dass man in der heutigen TBTF-Gesetzgebung in einigen Jahren auf ähnliche Weise Irrtümer entdeckt.

Nicht nur bei *too big to fail* hat Widmer-Schlumpf in den letzten Jahren einen Galopp hingelegt, der durch ihren angekündigten Rücktritt aus dem Takt geraten könnte. Eigentlich sind Bundesräte ab dem Zeitpunkt ihrer Rücktrittsankündigung sogenannte lahme Enten (*lame ducks*). Da die Opportunisten in Politik und Verwaltung versuchen, mit feiner Nase die künftige Marschrichtung zu erspüren, läuft dies normalerweise auf einen rapiden Schwund des politischen Kapitals des abtretenden Chefs hinaus.

Widmer-Schlumpf möchte diese politische Gesetzmässigkeit offenbar brechen, indem sie in der verbleibenden Zeit das Tempo der Gesetzesmaschine sogar noch etwas erhöht. Es soll ein Wust von Regulierungen und Gesetzen ins Parlament geschickt werden, die erkennbar die

wesentlichen Züge ihrer Finanzmarktpolitik tragen: Untergrabung der Privatsphäre, Stärkung der Fangarme des Steuerstaats, hemmungsloses Staatswachstum im Finanzsektor und Entmündigung des Bankkunden.

Dieser Tage will die abtretende Bundesrätin die Botschaften für das Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) und für das Finanzinstitutsgesetz (Finig) durch die Landesregierung peitschen und ans Parlament überweisen. Insbesondere das Finanzdienstleistungsgesetz kommt in der Branche schlecht an. Unter dem Titel «Kundenschutz» sollen damit die Bestimmungen aus der entsprechenden EU-Verordnung Mifid II ins Schweizer Gesetz geschrieben werden. Und dazu noch vieles mehr, was in Widmer-Schlumpfs stillem Kämmerlein ersonnen wurde: Ein Prozesskostenfonds sollte es den Kunden ermöglichen, unentgeltlich gegen die Banken zu prozessieren. Dieser Idee im Fidleg hat der Bundesrat nach der vernichtenden

Kritik in der Vernehmlassung bereits vor Monaten eine Absage erteilt. Gleichwohl bleibt die Vorlage überfrachtet. Wie man aus dem Finanzdepartement hört, will Widmer-Schlumpf nach wie vor das ganze Programm durchziehen.

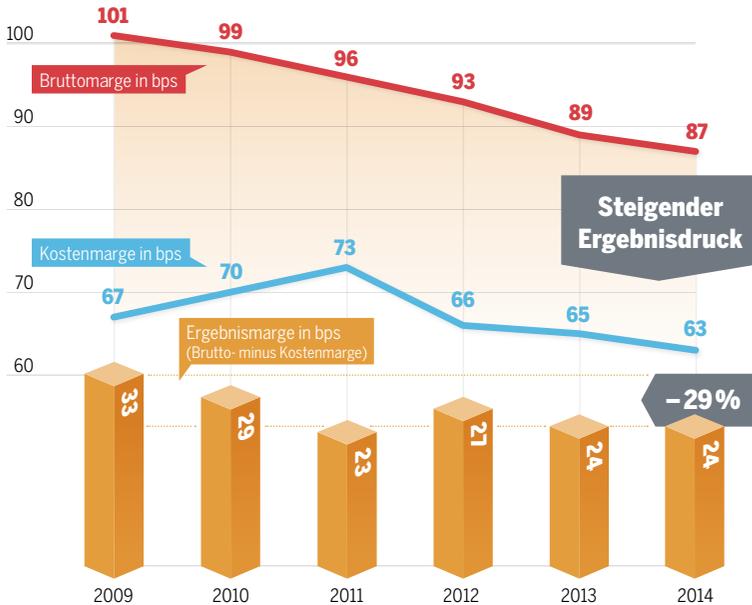
Willkommener Vorwand

Das Paket bleibt also ein Bürokratiemonster: Weitreichende Protokollierungs- und Dokumentierungspflichten sollen bis ins Detail regeln, wie die Banken ihre Kunden beraten. Das Beratungsgespräch droht zu einem juristischen Spiessrutenlaufen zu werden. Kleinkunden werden so – wie es Deutschland vorgemacht hat – eventuell gar nicht mehr beraten, weil die Risiken für die Banken zu gross sind. Die Finanzmarktaufsicht Finma soll noch mehr Kompetenzen bekommen. Sinnvolle Aspekte der Reform wie Gebührentransparenz und die Pflicht zur Offenlegung von Kickbacks und Retrozessionen könnten «ebenso gut ins Ban-



Brutto-, Kosten- und Ergebnismarge

Gemessen am verwalteten Vermögen, in Basispunkten (bps = Basispunkt = 0,01 Prozent)



QUELLE: ZEB - SZENARIEN FÜR DAS SCHWEIZER PRIVATE BANKING 2020, ANALYSE GESCHÄFTSBERICHTE VON 20 PRIVATBANKEN

Privatbanken erlitten einen herben Gewinneinbruch.

kengesetz geschrieben werden», findet Bankier und SVP-Nationalrat Thomas Matter. Das Finig wird von manchen bürgerlichen Parlamentariern als «schlicht unnötig» klassifiziert, so von Thomas Aeschi (SVP, ZG) und Hans-Peter Portmann (FDP, ZH).

Wunsch kandidat Thomas Aeschi

Auch beim automatischen Informationsaustausch (AIA) von Bankkundendaten will Widmer-Schlumpf offenbar vor ihrem Rücktritt Nägel mit Köpfen machen, indem sie die Abkommen mit Liechtenstein, Norwegen und mit der Europäischen Union noch im Dezember in trockene Tücher bringt. Bei der OECD hat sich die Schweiz unter ihrer Ägide verpflichtet, mit anderen OECD-Mitgliedsstaaten Abkommen über den AIA abzuschliessen. Künftig muss die Eidgenössische Steuerverwaltung bei den Banken Angaben über deren Kunden einholen und diese mit fremden Steuerämtern am jeweiligen Wohnsitz des Bankkunden teilen. Es kann zwar sein, dass das Parlament das AIA-Abkommen mit der EU auf Eis legt, um Verhandlungsmasse für die übrigen strittigen Themen in den bilateralen Beziehungen zu schaffen. Am Grundsatz dürfte dies indes nichts mehr ändern: Die Schweiz wird reihenweise AIA-Abkommen abschliessen und damit das Bankgeheimnis für viele ausländische Kunden beerdigen. Schlecht sieht es für Widmer-Schlumpfs über den AIA hinausgehende «Weissgeldstrategie» aus, die sie dem Parlament dreimal in unterschiedlichem Form vorgelegt hat, momentan als Revision des Geldwäschereigesetzes (GwG): Für Kunden aus Staaten, mit denen die Schweiz kein AIA-Abkommen abschliesst, wollte die scheidende Finanzministerin die Banken zu steuerlichen Abklärungen verpflichten.

Allgemein erhofft man sich auf bürgerlicher Seite im neugewählten Parlament, dass das Finanzdepartement in Zukunft etwas kritischer nachfragt, wenn von aussen finanz- und steuerpolitische Erwartungen an die Schweiz herangetragen werden. Unter Widmer-Schlumpf hatte man eher den Eindruck, als sei der internationale Druck gar ein willkommenen Vorwand gewesen, um die Kompetenzen der Steuerbehörden unaufhörlich auszubauen. Der Lackmустest für den Amtsnachfolger wird das Thema Beps bei den Unternehmenssteuern sein. Dieser Aktionsplan aus der Werkstatt der OECD soll es international operierenden Firmen erschweren, sich Unterschiede in den

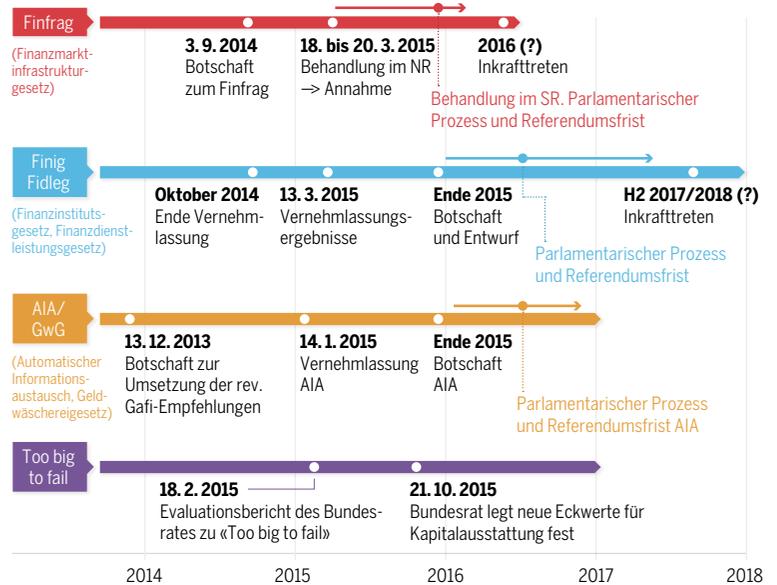
«Im Notfall», so Thomas Matter, «muss Ueli Maurer in die Hosen steigen.»

nationalen Steuergesetzen zunutze zu machen. Anliegen aus dem Aktionsplan der OECD, die über die derzeit im Parlament verhandelte Unternehmenssteuerreform III hinausgehen, werden es in Zukunft wohl schwerer haben.

Die zunehmenden Belastungen durch den Wegfall des Bankkundengeheimnisses, Eigenkapitalvorschriften, Fidleg, Finig, Geldwäscherei-Regeln und Sorgfaltspflichten, Beps etc. kommen insofern zur Unzeit, als viele Schweizer Banken bereits über die letzten sechs Jahre empfindlich unter Druck gekommen sind und momentan hauptsächlich dank einer freundlichen Börsenentwicklung schwarze Zahlen schreiben. Die Beratungsgesellschaft Zeb hat die Geschäftsberichte von zwanzig Privatbanken aller Grössen und Klassen unter die Lupe genommen und dabei eine seit 2009 stetig sin-

Hektik auf dem Gebiet des Finanzmarktrechts

Übersicht über die Entwicklung der einschlägigen Gesetzesvorhaben



QUELLEN: BÄR & KARRER, EIGENE ERHEBUNGEN

Räderwerk der Regulierung.

kende Bruttomarge (Bruttogewinn in Prozent des verwalteten Vermögens) festgestellt. Dies bedeutet bei gleichbleibender Kostenmarge (Kosten in Prozent des verwalteten Vermögens), dass die Ergebnismarge als Differenz zwischen Bruttomarge und Kostenmarge um ein Drittel eingebrochen ist (s. Grafik, links oben).

Banken und bürgerliche Politiker hoffen auf einen Kurswechsel unter neuer Führung. Der Zürcher FDP-Nationalrat und Privatbankier Hans-Peter Portmann mahnt einen «Marschhalt» in der Finanzmarktregulierung an, damit ein neuer Finanzdepartementsvorsteher «all die anstehenden Geschäfte nochmals politisch abwägt». Mit Matter weist er auf die neue Zusammensetzung der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) hin, in der FDP und SVP wohl in der Mehrheit sein werden. Doch die Ausgangslage für die Bundesratswahlen ist nicht so eindeutig, wie es wirtschaftsliberale Parlamentarier wie Portmann, Matter oder Aeschi gern hätten. SP-Präsident Christian Levrat verbreitet sozialdemokratische Ambitionen auf das Dossier und bringt den Namen von Justizministerin Sommaruga als Widmer-Schlumpf-Nachfolgerin ins Spiel. Damit wäre aus bürgerlicher Sicht wenig gewonnen.

Thomas Matter hofft, dass der neugewählte zweite SVP-Bundesrat – sein Wunsch kandidat ist der Zuger Thomas Aeschi – von Widmer-Schlumpf die Finanzen übernimmt. Doch Aeschi steht nicht auf der Liste der Findungskommission, und allgemein hat man den Eindruck, als sehe die Partei im Justizdepartement die grösseren Fehlentwicklungen als im Finanzdepartement. Einen linken EFD-Vorsteher, das will man dann aber doch nicht. «Im Notfall», so Matter, «muss Ueli Maurer in die Hosen steigen.»



Wirtschaft

Zeichen der Hoffnung

Auf kurze Sicht kann eine starke Währung für manche Zweige der Exportwirtschaft bedrohlich werden. Langfristig bringt sie aber gewichtige Vorteile. Neueste Zahlen deuten darauf hin, dass die Talsohle durchschritten ist.

Von Dominik Studer

Seit Anfang Jahr sind die Frankenpreise der Exporte deutlich weniger stark gefallen als diejenigen der Importe. Somit hat die Schweiz gesamthaft von einer unvollständigen Überwälzung von Wechselkursveränderungen profitiert. Gelungen ist dies global führenden Anbietern von Nischenprodukten, die über eine gewisse Preissetzungsmacht verfügen. Deshalb konnten sie Preiserhöhungen in Fremdwährungen durchsetzen, ohne substanziell an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Dies zeigt sich beispielsweise bei den Ausfuhren der Pharma- und der Uhrenindustrie, die nur wenig auf Wechselkursveränderungen reagieren.

Neben diesen Unternehmen gehören vor allem die Konsumenten zu den Profiteuren einer starken Währung. Vergleicht man Preise und Löhne in verschiedenen Ländern, erlaubt dies Rückschlüsse auf die Kaufkraft. Gemessen an einem repräsentativen Warenkorb, gibt die Kaufkraft an, welche Gütermenge mit einem Arbeitseinkommen erworben werden kann. Die von der UBS herausgegebene «Preise und Löhne»-Studie in Relation, dass sich die Kaufkraft in der Schweiz relativ zu einer Vergleichsgruppe über die letzten Jahrzehnte klar verbessert hat. In der gleichen Periode nahm der reale Aussenwert des Frankens gegenüber dieser Vergleichsgruppe deutlich zu.

Gleichzeitig verschlechterte sich die Position Italiens, das seit Jahrzehnten eine reale Abwertung erfahren hat. Dieses Ergebnis legt den Schluss nahe, dass eine Abwertungspolitik, wie sie Italien über Jahrzehnte verfolgte, zwar den Exportsektor unterstützt hat, dies jedoch auf Kosten der Binnenkaufkraft der italienischen Konsumenten erfolgt ist. Im Gegensatz dazu stellt in der Schweiz die Frankenstärke zwar kurzfristig eine grosse Herausforderung für die Exportindustrie dar, doch profitieren die Konsumenten dafür von einer höheren Kaufkraft.

Die Kehrseite der Frankenaufwertung ist, dass sie in der kurzen Frist die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportindustrie gefährdet. Die Ende Oktober veröffentlichten Warenexportzahlen haben klar aufgezeigt, dass der starke Franken deutliche Spuren bei den Schweizer Ausfuhren hinterlässt. Insgesamt fiel die exportierte Warenmenge in den ersten drei Quartalen im Vorjahresvergleich um gut 3 Prozent, wobei die Ausfuhren in die

Euro-Zone mit einem Rückgang um knapp 5 Prozent überdurchschnittlich stark unter Druck gekommen sind. Angesichts dieser Entwicklung erstaunt nicht, dass eine wachsende Zahl von Firmen wie Rieter, Daetwyler Industries und Von Roll Stellen abbauen und ins Ausland verlagern.

Erholung bei den Ausfuhren

Dass sich darunter viele Unternehmen der Maschinenbranche befinden, ist kein Zufall. So hatten die stark preiselastischen Exporte



Trendwende: Stadler Rail in Bussnang TG.

der Maschinenindustrie unter den Ausfuhren in die Euro-Zone mengenmässig den deutlichsten Rückgang seit Anfang 2015 zu verzeichnen. Ist ein Exportgut preiselastisch, reagiert die Nachfrage deutlich negativ auf eine Preiserhöhung, weshalb die Frankenaufwertung hier drastische Konsequenzen hat: Gemäss einer Umfrage des Branchenverbands Swissmem würde rund ein Drittel der Maschinen-, Elektro- und Metallunternehmen (MEM) im Jahr 2015 bei einem Euro-Franken-Wechselkurs von 1.05 auf operativer Stufe in der Verlustzone operieren. Zwar hat sich der Wechselkurs jüngst etwas erholt, aber die Lage

ist nach wie vor angespannt. Gleichzeitig blieben die exportierten Warenmengen der Metall-, der Uhren- (inkl. Präzisionsinstrumente und Bijouterie) sowie der chemischen Industrie praktisch unverändert, während die Einkommens-, aber weniger preiselastischen Ausfuhren der Pharmaindustrie sogar zunahm.

Zieht man bei der Analyse die Wertveränderung hinzu, lässt sich auf die Preisveränderungen bei den einzelnen Warenarten schliessen. Es fällt auf, dass in den ersten drei Quartalen die Preise bei den Ausfuhren der Pharmaindustrie am stärksten gefallen sind. Das ist darauf zurückzuführen, dass diese stark reguliert sind und die Absatzpreise in Euro somit nicht flexibel angehoben werden konnten. Während auch die Preise der Maschinen- und Metallausfuhren etwas unter Druck gekommen sind, blieben jene der Uhrenindustrie praktisch unverändert. Dass die chemische Industrie nur zu leicht tieferen Preisen nahezu konstante Mengen in die Euro-Zone ausführen konnte, erstaunt, gelten diese Exporte doch als eher preiselastisch. Dies ist wohl auf Verträge mit Kosten-plus-Charakter bei Chemikalien zurückzuführen, die es ermöglichen, höhere Absatzpreise durchzusetzen.

Die im Vergleich zum Vormonat deutlich höheren Exporte im September sind jedoch ein positives Zeichen. Die Erholung fiel stärker aus, als es das saisonale Muster erwarten lässt, was vor allem einer Erholung der Ausfuhren in die Euro-Zone zu verdanken ist. Dies lässt auf eine Trendwende hoffen, unterstützt durch die solide konjunkturelle Entwicklung in wichtigen europäischen Destinationsländern. Gleichzeitig deutet die Preisentwicklung bei den Exporten in die Euro-Zone seit August erneut auf steigende Exportpreise hin, nachdem diese seit Anfang 2015 deutlich unter Druck gekommen waren, bedingt durch den zuletzt wieder etwas schwächeren Franken. Das dürfte die Margenerosion zumindest teilweise rückgängig machen, die viele exportorientierte Firmen erlitten haben. Kommt es jedoch nicht bald zu einer Trendwende, dürfte die starke Währung die bereits seit längerer Zeit beobachtete Tendenz in Richtung Deindustrialisierung in der Schweiz weiter vorantreiben.

Dominik Studer ist Ökonom und Schweiz-Analyst im Chief Investment Office Wealth Management der UBS.

Getarnte Verstaatlichung

Keine Streumunion, keine Kinderarbeit, kein Tabak: Der Staat will seine Pensionskassen in den Dienst der gutgemeinten Sache stellen. Was sympathisch scheint, läuft auf ein politisches Kommando über das Riesenkapital der zweiten Säule hinaus. *Von Florian Schwab*



Schmaler Grat: Publica-Stiftungsrat Gaillard.



Feindbild: Rüstungsindustrie.



Kontrovers: Nahrungsmittel-Spekulation.



Unbehagen: em. Finanzprofessor Janssen.



Notbremse: Gewerbevertreter Bigler.



Moralisches Fallbeil: Kinderarbeit.

Wo liegt die Grenze zwischen ethisch noch vertretbaren und fragwürdigen Finanzanlagen? Für den einen hört der Spass bereits beim Terminhandel mit Karotten und Getreide auf («Spekulation mit Nahrungsmitteln»), während der andere dies als besonders attraktive Investition betrachtet. Während ein Aktionär bereit ist, über einen gewissen Anteil an Kinderarbeit in der Wertschöpfungskette eines Unternehmens hinwegzusehen, fällt für den anderen hier das moralische Beil.

Allgemeingültige Richtlinien will nun ein Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen vorgeben, der sich momentan in Gründung befindet. Die Gründungsmitglieder sind samt und sonders Vorsorgeeinrichtungen der öffentlichen Hand: die Pensionskasse des Bundes, Publica, dazu jene von Post und SBB, die Suva und der AHV-Ausgleichsfonds Compenswiss. «Das Ziel des Vereins ist es, das Anlageuniversum seiner Mitglieder zu prüfen.» Dabei sollen «problematische Aspekte in Bezug auf die Bereiche «Umwelt, Soziales und Unternehmensführung» aufgedeckt werden. Filetstück des Vereinskonzepts ist eine schwarze Liste von «Ausschlusskandidaten», also Firmen, die auf den Index kommen und deren Aktien zu vermeiden sind.

Langgehegter Wunsch der Gewerkschaften Nebst diesem offiziellen Zweck wird in internen Konzeptpapieren der Organisation eine zweite Stossrichtung sichtbar: Es geht den staatlichen Vermögensverwaltern um «Einflussnahme» auf die Privatwirtschaft. Mit dem kombinierten Anlagevermögen von mehr als 100 Milliarden Franken – rund ein Siebtel des Schweizer Vorsorgegeldes in der zweiten Säule – seien die «Voraussetzungen der Einflussnahme und Signalwirkung auf Unternehmen wesentlich besser als für jede einzelne Partei getrennt». Weiter will man von Seiten des mächtigen Vereins ein «attraktiver Partner» werden für «grosse ausländische Investoren wie beispielsweise den norwegischen Staatsfonds».

Dass die Verwalter von öffentlich-rechtlichen Geldtöpfen sich zur Anstandsdame auf den Kapitalmärkten aufschwingen wollen, kommt nicht überall gut an. In einem Brief an alle Gründungsmitglieder warnte etwa der Schweizerische Gewerbeverband, dass sich «Institute der öffentlichen Hand» anschickten, ihre «Macht im Markt» zu bündeln und dadurch

durch die Hintertüre neue Regulierungen zu schaffen – «unter Ausschluss der demokratischen Mitsprache». Man überlege sich zudem, das Anliegen auf politischem Weg zu stoppen, so Verbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler. Auch der emeritierte Zürcher Finanzprofessor Martin Janssen sieht das Vorhaben mit Unbehagen. Er befürchtet dabei, dass regulierungsfreundliche Kreise über den Hebel der Pensionskassen ihre politischen Vorgaben in die Privatwirtschaft hineinragen können – ein langgehegter Wunsch der Gewerkschaften.

Abweichungen kosten Rendite

Ungeachtet solcher Einwände votierten die entsprechenden Gremien im AHV-Fonds für die Vereinsgründung. Eher knapp fiel der Entscheid der Suva zugunsten des Vereinsbeitritts aus. Der SBB-Verwaltungsrat stimmte einstimmig dafür, ebenso die Kassenkommission der Bundes-Pensionskasse. Dieser gehört alt Gewerkschafter Serge Gaillard (SP) an, der als Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung in der Publica eigentlich die Steuerzahlerinteressen vertreten sollte.

Auf Anfrage sagt Gaillard, er trete für eine «sehr zurückhaltende Politik in dieser Sache» ein, weil er der Ansicht sei, «dass wir in erster Linie die Anlageziele kostengünstig erreichen sollten». Eine Vorbildfunktion beachtliche zumindest die Publica nicht.

Kann man als Pensionskassenverwalter überhaupt zwei unterschiedlichen Prinzipien gehorchen – hier den eigenen Versicherten und dort dem allgemeinen Guten, Schönen und Wahren? Der Grat zwischen der schwarzen Liste unerwünschter Firmen und der Nutzbarmachung öffentlicher Gelder für politisch

Manch ein Herrscher wie Hugo Chávez oder Viktor Orbán könnte noch etwas dazulernen.

erwünschte Projekte wie die teure Energiewende ist zudem ein schmaler. Von der elegant getarnten Verstaatlichung der Pensionskassen-Anlagepolitik könnte manch ein Herrscher wie Hugo Chávez oder Viktor Orbán noch etwas dazulernen. Diese sind dadurch aufgefallen, dass sie das Vorsorgesystem vergleichsweise brachial enteignet haben.

Janssen hält fest, dass Anlageentscheide aufgrund von politischen Werturteilen zwangsweise zu einer Abweichung vom finanzmathematischen Optimum führen. Mit anderen Worten: Sie kosten Rendite. Der Stiftungsrat einer Pensionskasse ist plötzlich nicht mehr einfach der treuhänderische Verwalter des ihm anvertrauten Vorsorgekapitals. Erfahrungen aus anderen Ländern zei-

gen, dass sich dies zu einer beliebten Spielwiese für spezialisierte Beratungsunternehmen in Sachen «nachhaltige Finanzanlagen» entwickelt. Mit der doppelten Verantwortung nimmt also die Rendite ab, die Kosten und Beratungshonorare nehmen zu. Dass man bei dem neuen Verein gedenkt, grosszügig externe Aufträge für «Screening, Monitoring und Dialog mit Ausschlusskandidaten» zu verteilen, geht ebenfalls aus internen Dokumenten hervor. Bis zu 700 000 Franken soll die Verwaltung des Vereins jedes Jahr kosten. Für den Geschäftsführer sind bereits Reisespesen in der Höhe von 25 000 Franken budgetiert.

Angesichts von verwalteten Anlagegeldern in der Höhe von gemeinsam 100 Milliarden Franken mögen solche Extravaganzen ein Klacks sein. Die volkswirtschaftlichen Kosten liegen allerdings bedeutend höher: Wie die Vergangenheit gezeigt hat, muss der Steuerzahler regelmässig Geld nachschliessen, wenn Vorsorgeeinrichtungen der öffentlichen Hand in Schieflage geraten. In Anbetracht der demografischen Entwicklung wird beispielsweise der AHV-Fonds sein Kapital von jetzt 34 Milliarden in den nächsten fünfzehn Jahren aufzehren.

Der Staat hat eben seine ganz eigene Auffassung von einer «verantwortungsbewussten Kapitalanlage». ○

Die Zeitung macht mobil.



Die «Schweiz am Sonntag» lässt Ihnen alle Freiheiten. Ganz gleich ob Sie daheim bleiben, einen Ausflug planen oder ins Café wollen – Ihre «Schweiz am Sonntag» kommt via Tablet oder Smartphone einfach mit. Buchung im App Store oder bei Google Play. www.schweizamsonntag.ch

Ein höllisches Experiment

Die Genfer Justiz will Erwin Sperisen lebenslänglich einsperren, weil er bei Exekutionen in Guatemala mitgewirkt haben soll. Doch das Dossier ist gespickt mit Ungereimtheiten. Klar ist: Der politische Druck, Sperisen trotz zahlloser Widersprüche zu verurteilen, war übermächtig. *Von Alex Baur*

Der Anruf aus dem Innenministerium kam für Alejandro Giammattei völlig unerwartet. Es war Ende Oktober 2005. Giammattei ahnte, dass es etwas mit der Flucht von neunzehn Verbrechern aus dem Hochsicherheitsgefängnis El Infiernito zu tun haben könnte. Durch den Skandal geriet Innenminister Carlos Vielmann in Zugzwang. Dass ihn Vielmann gleich zum höchsten Gefängnischef von Guatemala machen wollte, überraschte den Arzt Giammattei allerdings. Er habe doch keine Ahnung vom Strafvollzug, wandte er ein. Genau das sei nun gefragt, erwiderte der Minister, einer, der von aussen komme, um das durch und durch korrupte System aufzumischen.

Giammattei verlangte eine Woche Bedenkzeit. Alle Freunde und Angehörigen rieten ihm dringend ab. Der Strafvollzug in Guatemala befand sich in einem erbärmlichen Zustand. Dieses System in Ordnung zu bringen, so warnte man ihn, sei eine übermenschliche Aufgabe, an der sich ein anständiger Mensch nur die Finger verbrennen könne. Bevor er einen Entscheid fällte, wollte Giammattei die vier wichtigsten Gefängnisse von innen sehen. Vielmann erfüllte ihm den Wunsch.

Wie Sklaven

Was Giammattei in der Folge bei seiner ausgedehnten Erkundungstour durch die guatemaltekischen Gefängnisse erfuhr und erlebte, übertraf die schlimmsten Befürchtungen und ist in einem Buch* nachzulesen, das er später verfasste. Crack-Leichen, Prostitution, Waffen, Gewalt und sexuelle Übergriffe bestimmten den Alltag in den Gefängnissen. Das Vollzugspersonal hatte längst resigniert und versuchte gar nicht erst, etwas dagegen zu unternehmen.

In der Granja Modelo de Rehabilitación Penal el Pavón waren die Missstände besonders krass. Der Arzt entdeckte ein System, das an die Sklaverei gemahnt. Das Gefängnis befand sich unter der Kontrolle von Gangsterbanden. Wer in einem Bett schlafen wollte, musste bezahlen – und wer nicht zahlen konnte, den Gangstern zudienen. Neue Häftlinge wurden an Auktionen an die Knastbosse versteigert. Wer nicht gehorchte, musste mit brutalen Strafen oder gar mit dem Tod rechnen.

El Pavón war in den 1970er Jahren als Vorzeigemodell mit eigenem Gutsbetrieb und Werkstätten gebaut worden. Über das Komitee für Ordnung und Disziplin (COD) hatten die Insassen eine gewisse Autonomie. Doch das COD hatte längst die Kontrolle über den Knast

übernommen und die Wärter aus dem Areal verbannt. Der Zugang zum Gelände war nicht etwa von aussen, sondern von innen verriegelt. Das Gefängnispersonal arbeitete faktisch im Sold von Drogenbaronen, die ihnen ungleich höhere «Saläre» bezahlten als der Staat.

Aus dem Mitsprachemodell war ein höllisches Experiment geworden, das seinesgleichen sucht. Giammattei stellte zwar fest, dass das streng hierarchische Knastregime erstaunlich geordnet funktionierte. Es gab sogar eine Art Grundbuchamt. Wer es sich leisten konnte, der lebte im eigenen Chalet mit allem, was dazugehört: Jacuzzi, abhörsichere Telefone, Dienstpersonal und Bodyguards. Effizient organisiert waren aber auch die Fälscherwerkstätten, Drogenlabors und Garagen, in denen gestohlene Autos umgebaut wurden. Entführer-, Drogen- und Räuberbanden operierten ungeniert und ungestraft von El Pavón aus. Es gab Fälle von Entführten, die hier versteckt wurden. Die Polizei fand Hinweise darauf, dass in El Pavón sogar sadistische Gewalt- und Kinderpornos hergestellt wurden. 2003 starben zwei Polizisten beim Versuch, Delinquenten ins Gefängnis hinein zu verfolgen.

«Wer als Krimineller hier reinkommt», konstatierte Giammattei, «kommt als Soziopath wieder raus.» Am Ende war es aber eine zufällige Beobachtung, die den Arzt zur Zusage be-



Ohnmacht: Gefängnisdirektor Giammattei.

wegte: Er stellte fest, dass an Besucherinnen Intimkontrollen ohne hygienischen Schutz vorgenommen wurden. Wer sich bei der Leibesvisitation keine Geschlechtskrankheit zuzog, konnte von Glück reden. Der Arzt war erschüttert – und sagte zu. Bereits am Tag der Amtsübergabe erlebte er seine Feuertaufe: eine Meuterei im Frauengefängnis Santa Teresa. Die Insassinnen verlangten eine Lockerung des Regimes bei Männerbesuchen. Dank einem persönlichen Einsatz vor Ort konnte Giammattei den Aufstand friedlich beilegen.

Der Fatalismus im Verwaltungsapparat war betäubend. In einem ersten Schritt versuchte Giammattei die Führungscrew zu ersetzen.

Crack-Leichen, Prostitution, Waffen, Gewalt und sexuelle Übergriffe bestimmten den Alltag.

Ein hoffnungsloses Unterfangen. 58 Freunden und Vertrauten bot er Schlüsselstellen an, alle wünschten ihm viel Erfolg, kein einziger sagte zu. Giammattei ermunterte den Sonderstaatsanwalt für Menschenrechte, Sergio Morales, in El Pavón eine Filiale zu eröffnen. Morales wies das Angebot schroff zurück. Das Interesse des mediengewandten Menschenrechtsanwaltes für die namenlosen Opfer der alltäglichen Gewalt hielt sich offenbar in Grenzen. Er sollte später zu seinem ärgsten Widersacher werden.

Ein wichtiges Anliegen war die elektronische Erfassung der Insassen. Niemand wusste, wie viele es genau waren. Offenbar gab es Häftlinge, die ihre Strafe längst verbüsst hatten und deren Karteikarte im Apparat verlorengegangen war. Mittelfristig setzte sich Giammattei das Ziel, die Gefängnisse wieder unter die Kontrolle des Staates zu bringen.

Der Anfang sollte in El Pavón mit seinen 1800 Insassen gemacht werden. Und weil dies eine militärische Operation war, beauftragte Giammattei einen Mann vom militärischen Nachrichtendienst mit der Planung: Luis Linares Pérez. Der Geheimdienstler erhielt zudem den Auftrag, El Pavón mit Informanten zu infiltrieren und eine Liste der wichtigsten Anführer zu erstellen, die man auf andere Gefängnisse verteilen wollte. Später wird man behaupten, es sei in Wirklichkeit eine Todesliste gewesen.

Am 18. Juli 2006 spitzt sich die Lage in El Pavón zu. Luis Zepeda, der ungekrönte Knastkönig, stellt ein Ultimatum: 57 Häftlinge, die offenbar zu wenig Gewinn abwerfen, sollten



Rund zwanzigminütige Schiesserei: Die Polizei bringt das El-Pavón-Gefängnis unter ihre Kontrolle, 25. September 2006.

das Gefängnis sofort verlassen, ansonsten er für nichts garantieren könne. Im Klartext: Die Männer würden umgebracht. Giammattei lässt sich nicht auf die Erpressung ein. Am 11. September wird der erste der verstossenen Häftlinge, José Hernández, ermordet. Die Zeit drängt.

Sturm auf El Pavón

Am 25. September 2006 ist es so weit: In den frühen Morgenstunden kreist ein Aufgebot von 2500 Einsatzkräften – Armee, Polizei, Sonderkommandos, Vollzugspersonal – nach dem Plan von Linares Pérez das weitläufige Gelände von El Pavón ein. Um 5 Uhr werden die Insassen per Lautsprecher aufgerufen, die Gebäude zu verlassen und sich auf den Sportplätzen zu versammeln. Alejandro Giammattei verfolgt den Einsatz an der Seite von Polizeichef Erwin Sperisen im Kommandoraum, der sich beim Haupteingang befindet, auf der Nordseite. Um sechs Uhr wird die Stromzufuhr gekappt. Eine halbe Stunde später beginnt der Sturm auf El Pavón.

Auf der Südseite des weitläufigen Geländes sprengen Einsatztruppen zwei Breschen in die Zäune und stürmen das Gefängnis von zwei Flanken her. Beim Chalet des kolumbianischen Drogenbarons Jorge Batres kommt es gegen 7 Uhr zu einer wilden Schiesserei, die

rund 20 Minuten dauert. Sperisen befindet sich in diesem Zeitraum mit seinem Tross auf der gegenüberliegenden Nordseite beim Haupteingang. Erst um 7 Uhr 40 begibt er sich zur Südostseite, wie Videoaufnahmen belegen. Spätestens hier erfährt er, dass im Chalet von Batres sieben erschossene Häftlinge liegen. Der Drogenbaron selber sowie Knastkönig Luis Zepeda befinden sich unter den Toten.

Gegen 8 Uhr betritt Innenminister Vielmann das Gelände, in seinem Tross befinden sich mehrere Journalisten und Staatsanwälte. Gegen 10 Uhr beginnen mehrere Equipen der Staatsanwaltschaft mit der Spurensicherung und der Bergung der Toten im Chalet von Batres. Gegen 11 Uhr informieren die involvierten Behörden an einer Pressekonferenz über die «Aktion Pavo Real». Die guatemalteki-schen Medien feiern die Razzia unisono als Erfolg, obwohl schnell der Verdacht aufkommt, dass zumindest einzelne der sieben Toten exekutiert worden sein könnten.

Einige Indizien sprechen dafür. Kein einziger Polizist wurde bei der Schiesserei verletzt, die sieben Häftlinge dagegen waren sofort tot. Soweit man der rudimentären und schlampigen Spurensicherung der Staatsanwaltschaft trauen darf, passen viele der Schussverletzungen an den Leichen schlecht zu einem Feuer-

gefecht. Bei zwei Leichen finden sich Hinweise auf Druckspuren an den Handgelenken, die auf eine Fesselung zurückzuführen sein könnten. Die Namen von mehreren Toten sollen sich auch auf der Liste der einflussreichsten Häftlinge befinden, die der Geheimdienstler Linares Pérez erstellt haben will. Beweisen lässt sich das freilich nicht, die ominöse Liste wurde nie sichergestellt.

Bei der Schiesserei war Polizeichef Sperisen nicht vor Ort, wie Videoaufnahmen belegen, wohl aber sein Stellvertreter Javier Figueroa. Die Bilder zeigen zudem, dass verummumte Sonderkommandos ohne Rangabzeichen den Sturm auf Batres' Chalet ausführten. Es dürfte sich dabei um die sogenannten Riveritas gehandelt haben, eine nach ihrem Chef Victor Rivera benannte Sondereinheit, welcher direkt dem Innenministerium unterstellt war. Leider kann Rivera nichts mehr dazu sagen, er wurde 2008 ermordet. Die Aussagen anderer Mitglieder des Kommandos wurden trotz Anfragen nie nach Genf übermittelt.

Theoretisch war die Aktion Pavo Real hochgeheim, tatsächlich wurde sie am Vortag von einer Zeitung bis ins Detail angekündigt. Die Häftlinge wussten also, was sie erwartete. Der Sturm auf El Pavón wurde von zahlreichen Journalisten verfolgt. Unter den Augen Hunderter Zeu-

gen unbemerkt sieben Menschen zu exekutieren, war doch ziemlich schwierig. Doch es ist denkbar, dass die Riveritas das Chaos der Schiesserei um das Chalet von Batres für gezielte Exekutionen nutzten. Geht man von dieser These aus, stellt sich eine ungleich schwierigere Frage: Wer gab den Auftrag? Von rivalisierenden Gangstern über die Geheimdienste und das Militär bis zur Regierung kommen alle in Frage – und nichts ist beweisbar.

Als die internationale Cicig-Kommission und der bereits erwähnte Menschenrechtsanwalt Sergio Morales nach dem Regierungswechsel von 2008 die Ermittlungen aufnahmen, konzentrierten sie sich auf die politisch Verantwortlichen: Innenminister Vielmann, Vollzugschef Giammattei, Polizeichef Sperisen und dessen Stellvertreter Figueroa. Die involvierten Staatsanwälte, Sonderkommandos und Militärs wurden dagegen verschont. In einem Kraftakt wollten die internationale Organisation Cicig und Morales offenkundig ein politisches Zeichen setzen. Doch Justiz und Politik vertragen sich schlecht.

Reine Staffage

Eine politische Verantwortung begründet noch lange keine strafrechtliche Schuld. Das Buch von Giammattei illustriert die Ohnmacht der politischen Amtsträger eindrücklich. Der Arzt wurde 2012 in Guatemala nach einem Jahr Untersuchungshaft denn auch von Schuld und Strafe freigesprochen, ebenso mehrere Polizisten. 2013 folgte der Freispruch von Figueroa, übrigens auch er ein Arzt, in Österreich. Das Verfahren gegen Innenminister Vielmann liegt in Spanien auf Eis. Getroffen hat es am Ende einzig Polizeichef Sperisen. Das Genfer Appellationsgericht verurteilte ihn im letzten Mai wegen mehrfachen Mordes zu lebenslänglich (*Weltwoche* Nr. 43/15 – «Die Genfer Konfusion»).

Erwin Sperisen schloss nie aus, dass es beim Sturm auf El Pavón Exekutionen gegeben haben könnte. Er bestreitet nur, dass er damit etwas zu tun hatte. Der Polizeieinsatz wurde vom zuständigen Kommandanten geplant und geleitet, als politischer Chef der Polizei hatte Sperisen keinen direkten Einfluss auf die Operation. Sein martialischer Auftritt – Sperisen liess sich vor Ort in Uniform und mit schwerer Bewaffnung ablichten – sei reine Staffage gewesen. Er habe damit ein politisches Zeichen setzen wollen: eine symbolische Kriegserklärung an das organisierte Verbrechen. In die Untersuchung der Todesfälle habe er sich nie eingemischt, weil ihm dies schlicht untersagt war. Das war die Aufgabe der Staatsanwaltschaft, die von Anfang an vor Ort war.

Doch die Anklage lautet nicht auf Prahlerei, sondern auf mehrfachen Mord. Im fernen Genf stiessen Sperisens Erklärungen auf taube Ohren. «Auf dem Schlachtfeld befehlen die Chefs», rief Staatsanwalt Yves Bertossa anlässlich der Berufungsverhandlung in den Gerichtssaal,



Abstruser Vorwurf: Angeklagter Sperisen.

«und die Exekutoren exekutieren!» Unter diesem Motto lässt sich auch das Urteil zusammenfassen. Was Sperisen genau getan haben soll, liessen die Richter offen. Sie konnten sich einfach nicht vorstellen, dass die mutmasslichen Morde ohne Mitwissen des politischen Chefs geplant und vollstreckt worden waren.

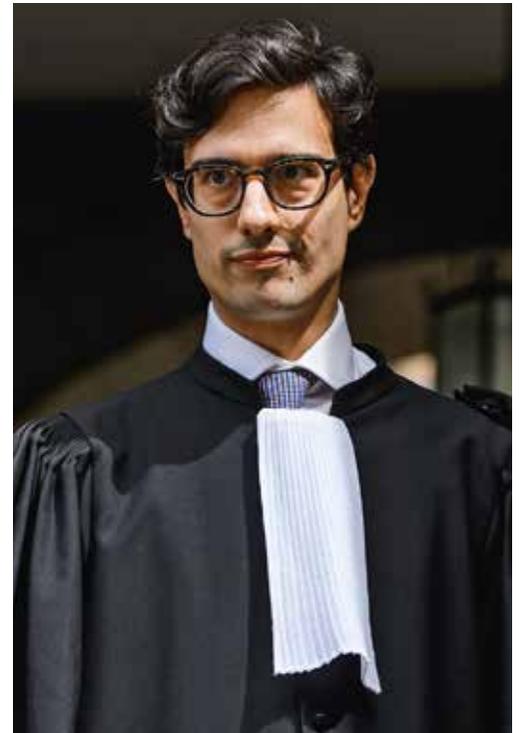
Der abstruse Vorwurf, Sperisen habe Häftlinge eigenhändig erschossen, wurde in zweiter Instanz zwar fallengelassen. Während das Kriminalgericht dem Polizeichef noch eine aktive Teilnahme an den mutmasslichen Exekutionen unterstellte, warf ihm das Appellationsgericht das Gegenteil vor: Sperisens Passivität sei verräterisch gewesen, er habe sich weder für die

Als politischer Chef der Polizei hatte Sperisen keinen direkten Einfluss auf die Operation.

Namen der Toten interessiert, noch habe er eine Untersuchung des Falles angeordnet.

Nun liegt bei den Gerichtsakten ein ganzer Strauss von Zeugnissen, der so bunt, verwirrend und undurchdringlich anmutet wie der guatemalteckische Dschungel. Viele Aussagen widersprechen sich. Nicht einmal Staatsanwalt Yves Bertossa mochte sich auf eine konkrete Version festlegen. Wann und wo Erwin Sperisen wem welche Befehle erteilt haben soll, geht weder aus der Anklage hervor, noch erfahren wir das aus dem Urteil. Irgendwie und irgendwann soll er sich mit Giammattei und Figueroa verschworen haben, um irgendwo irgendwem den Mordauftrag zu erteilen.

Das Perfide an Bertossas Anklage ist: Gegen einen Vorwurf, den man nicht genau kennt, kann man sich schlecht verteidigen. Die Verteidiger



Ungereimtheiten: Verteidiger Campá.

Florian Baier und Giorgio Campá legten sich zwar mächtig ins Zeug und deckten eine Ungereimtheit nach der anderen auf. Doch aus dem riesigen Berg von Berichten und Zeugnissen aus dem fernen Guatemala, deren Glaubwürdigkeit man nicht überprüfen kann, lässt sich alles Mögliche und Unmögliche konstruieren. Baier und Campá fanden auch Hinweise darauf, dass die guatemalteckischen Ermittler den Genfer Kollegen entlastende Elemente verheimlichten.

Sicher ist: Die internationale Organisation Cicig, welche 2008 die Ermittlungen vor Ort zusammen mit guatemalteckischen Staatsanwälten aufnahm, stand unter einem gewaltigen Erfolgsdruck. Ihr einziges Ziel, der «Kampf gegen die Straflosigkeit», verlangte nach einem schnellen Erfolg, zumal das Mandat der Cicig vorweg auf zwei Jahre beschränkt wurde. In der Not bediente man sich deshalb einer Methode, die in den USA üblich, in der Schweiz ebenso wie in Guatemala aber schlicht illegal ist: des Kronzeugendeals.

Wer gegenüber der Cicig einen Vorgesetzten anschwärzte, kam nicht nur in ein grosszügiges Zeugenschutzprogramm, er wurde auch mit Straffreiheit belohnt. Die Schuld wird bei diesem System in einer Kaskade von unten nach oben weitergereicht: Um den eigenen Kopf zu retten, schwärzt ein jeder den Nächsthöheren in der Hierarchie an. Vom kleinen Mitläufer arbeiten sich die Ermittler so hoch bis zum Big Boss, der am Ende für alle büssen soll. Was auf den ersten Blick bestechend erscheinen mag, ist in Wahrheit schlechterdings korrupt. Zu gross ist die Gefahr, dass ein Verdächtiger sein eigenes Verschulden verschleiert, indem er wider besseres Wissen einen Unschuldigen anschwärzt.

Im Fall von El Pavón ist die Gefahr von Falschanschuldigungen besonders virulent,

da mangels zuverlässiger Sachbeweise die Zeugenaussagen ein übermässiges Gewicht erhalten. Kommt dazu, dass ein Polizist, der wegen der Ermordung von Häftlingen verurteilt wird, in einem guatemaltekischen Gefängnis eine geringe Lebenserwartung hat. Es ist wie bei der Folter: Die Todesangst beflügelt die Fantasie im gleichen Masse, wie die Hemmschwelle einer Falschanschuldigung sinkt. Erzwungene oder gekaufte Geständnisse und Anschuldigungen sind deshalb das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurden.

Kronzeugendeal

Wie aus dem Prozess in Österreich hervorging, offerierte Cicig-Ermittlerin Gisela Rivera dem Arzt und Sperisen-Stellvertreter Javier Figueroa einen grosszügigen Straferlass, wenn er gemäss ihrer Vorstellung aussagen würde. Sein «Geständnis» hatte sie gemäss der Zeitschrift *Profil* bereits verfasst, doch Figueroa weigerte sich, seine Unterschrift darunter zu setzen. 2009 setzt sich die Cicig-Ermittlerin überstürzt nach Costa Rica ab, ihrem Heimatland. Wegen Amtsgeheimnisverletzung, Nötigung und Begünstigung hat Guatemala Ermittlerin Rivera international zur Verhaftung ausgeschrieben. Doch das Verfahren gegen die angeblichen Pavón-Verschwörer war längst aufgegleist, die erpressten Anschuldigungen waren nicht mehr rückgängig zu machen.

Auch Alejandro Giammattei bekam einen Kronzeugendeal angeboten: eine Strafe von lediglich fünf Jahren Gefängnis, die nie würde vollzogen werden, gegen ein «Geständnis», das Innenminister Viemann einbeziehen sollte. Er lehnte ab und nahm dafür ein Jahr Untersuchungshaft in Kauf. Leider weigerte sich das Genfer Gericht, Giammattei als Zeugen zu befragen. Er hätte das Verurteilen erschwert.

Extra nach Genf eingeflogen wurde dagegen der erwähnte Nachrichtendienstler Luis Lina-

Die erpressten Anschuldigungen waren nicht mehr rückgängig zu machen.

res Pérez, der den Sturm auf El Pavón geplant und die ominöse Liste der einflussreichsten Häftlinge erstellt hatte. Linares Pérez belastete hauptsächlich seinen Auftraggeber Giammattei sowie Figueroa, Sperisen kommt in seinen Aussagen nur am Rande vor. Selber will er mit der Verschwörung nichts zu tun haben, die er erst im Nachhinein entdeckt habe. Seltsamerweise war der angeblich unwissende Linares Pérez bei der Schiesserei vor dem Chalet von Drogenbaron Batres zugegen. Gemäss seiner Version gab er aber nur drei Schüsse ab. Danach hätten ihn die eigenen Leute zu Boden geworfen und entwaffnet.

Wie die Verteidiger Baier und Campá im Verlauf des Verfahrens zufällig entdeckten, war auch die Aussage von Linares Pérez durch einen Kronzeugendeal erkaufte. Er lebt heute in Kanada. So fragwürdig die Aussagen des Geheimdienstlers sind – auf sie stützt sich der Vorwurf einer kriminellen Verschwörung zwischen Giammattei, Figueroa und Sperisen. Weil Sperisen nach dieser Version aber eine eher untergeordnete Rolle spielte, befand die Genfer Justiz die bereits rechtskräftig freigesprochenen Ärzte kurzerhand für schuldig. Anders konnte man Sperisen nicht verurteilen.

Am 26. März 2015, kurz vor der Berufungsverhandlung im Fall Sperisen, ehrte der Genfer Bürgermeister Sami Kanaan die linksalternative Organisation Trial wegen ihrer Verdienste bei der weltweiten Verfolgung politischer Kriminalität mit der Ehrenmedaille («Genève reconnaissante»). Als Teil eines internationalen NGO-Netzwerkes hatte die Organisation Trial das Verfahren gegen Sperisen in der Schweiz losgetreten und propagandistisch vorangetrieben. Als Erwin Sperisen vor die Schranken trat, stand sein Urteil längst fest. Das Bedürfnis nach einem Exempel war übermächtig.

*Alejandro Giammattei Falla: Caso Giammattei. Relato de una injusticia. Kindle. 468 S. ISBN 978-9929-40-280-5.



VON ZÜRICH UND GENF NACH MOSKAU

Vier Flüge täglich*

Business Class



SkyPriority Boni



Zwei Gepäckstücke à 23kg**



Sitzabstand von 96,52 bis 190,5 cm***



Erlasene Gerichte werden auf Porzellangeschirr serviert

Economy



Ein Gepäckstück bis max. 23kg**



Sitzabstand bis zu 81.2cm***



Köstliches Menü und ein umfassendes Angebot an kostenlosen warmen und kalten Getränken



DIE BESTE FLUGGESELLSCHAFT OSTEUROPAS
15 14 13 11



2015 TRAVELLERS' CHOICE FAVORITES

www.aeroflot.com

* Der Winterflugplan ist gültig bis am 26.03.2016. Flugplanänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.
** Gepäck unterliegt der Route. *** Vorbehaltlich Typ des Flugzeugs.

Sterbende Fischstäbchen

Der *Blick* war 56 Jahre lang der lebendigste Akteur der Schweizer Zeitungsszene. Nun erleidet das Blatt, führungs- und seelenlos, den schleichenden Tod eines Koma-Patienten.

Von Kurt W. Zimmermann

Über die Chefredaktoren des *Blicks* gibt es viele gute Geschichten. Besonders gute Geschichten gibt es darüber, wie und warum die Chefredaktoren des *Blicks* gehen mussten.

Dass es viele gute Geschichten gibt, wie und warum die Chefredaktoren des *Blicks* gehen mussten, hat auch arithmetische Gründe. In den letzten zwanzig Jahren flogen elf *Blick*-Chefredaktoren aus dem Job. Das ist Weltrekord im Zeitungsgewerbe.

Der effizienteste Abgang war jener von Bernhard Weissberg im Jahr 2009. Um 11.00 Uhr wurde er ins Büro seines Vorgesetzten Marc Walder gebeten. Weissberg hatte sich noch gar nicht richtig gesetzt, da war er um 11.01 Uhr das Amt bereits los. Weissberg hatte mit dem Blatt vom bisherigen Zeitungsformat erfolglos ins Halbformat gewechselt. Als der *Blick* nun zum grossen Format zurückkehrte, war auch Weissbergs Zeit blitzartig vorbei.

Der unvermeidlichste Abgang war jener von Jürg Lehmann im Jahr 2002. Verleger Michael Ringier entschuldigte sich damals öffentlich bei Ex-Botschafter Thomas Borer und überwies ihm ein paar Millionen aufs Konto. Unter Chefredaktor Jürg Lehmann hatte der *Blick* den Botschafter monatelang als verlogenen Sexmolch dargestellt. Wenig später bot Lehmann dem Verleger im kleinen Kreis den Rücktritt an. «Die Erleichterung war spürbar», sagt einer, der dabei war.

Ende einer Epoche

Der spontanste Abgang war jener von Werner De Schepper im Jahr 2007. Chefredaktor De Schepper hatte ein Neukonzept für den *Blick* entwickelt, eine Art linkslastiges Magazin auf Zeitungspapier. In der Chefetage stiess die Idee auf laue Begeisterung. Der frustrierte De Schepper fragte seinen damaligen Mentor Nicolas Hayek, was zu tun sei. «Schlafen Sie zweimal, dann wissen Sie es», sagte Hayek. Nach zwei Nächten warf De Schepper alles hin und räumte sein Pult. Der umstrittenste Abgang war jener von Ralph Grosse-Bley im Jahr 2013. Der talentierte deutsche Boulevardier hatte den *Blick* in alte Zeiten zurückpositioniert, als ruppiges Blatt mit einer heftigen Dosis an Sex and Crime. Grosse-Bley bremste damit den Aufwandschwund, stiess beim kultivierten Verleger Michael Ringier aber zunehmend auf Naserümpfen. Ringiers CEO Marc Walder setzte den allzu unzivilisierten Journalisten in seinem Büro kurzerhand ab.

Nun stellt sich natürlich die Frage, warum letzte Woche, nach knapp zwei Jahren im Job, wiederum ein *Blick*-Chefredaktor gehen

musste. Diesmal traf es René Lüchinger. Der frühere *Bilanz*-Chef war der erste Wirtschaftsjournalist an der Spitze der Zeitung.

Zur Erklärung so viel vorweg: Dass die Auflage unter Lüchinger auf den historischen Tiefpunkt von 150 000 Stück abtauchte, kann nicht der Grund für sein Ende gewesen sein. Alle seine Vorgänger seit dreissig Jahren – damals verkaufte das Blatt noch bis zu 390 000 Stück – führen die Auflage desgleichen in den Keller. Einige waren allerdings so kurzfristig im Amt, dass der Niedergang fast nicht messbar war. Lüchingers Abgang hat einen andern Hintergrund. Es ist das Ende einer Epoche. Letzte Woche wurde der *Blick* de facto als Zeitung eingestellt. Es ist nur noch ein Zombie des Blattes, das nun untot in den Briefkästen und Kiosken herumgeistert.

Um zu verstehen, was aktuell im Medienhaus Ringier und beim *Blick* abläuft, muss zuerst eine kurze Beschreibung von Ringiers Unternehmenskultur eingeschoben werden.

Ringier ist kein nüchtern organisiertes Unternehmen im US-Stil wie Credit Suisse oder ABB. Nüchternheit hiesse, dass Konflikte erkannt, offen ausgefochten, via Prozesse in Lösungen und Entscheide verwandelt und dann abgehakt werden. Ringier ist eher ein soziologisches Netzwerk als ein durchstrukturiertes Organigramm. Wichtig ist oft, was ausserhalb der Traktandenordnung geschieht. Viele Lö-

Es ist schade, dass es künftig keinen Blick-Chefredaktor mehr geben wird.

sungen entstehen nach dem Prinzip der Kabinettpolitik, vorweg abgesprochen in internen Seilschaften und Zweckgemeinschaften.

Bei Ringier muss man nicht primär wissen, was auf dem Tisch liegt. Bei Ringier muss man primär wissen, was in der Luft liegt.

Was in der Luft liegt, ventilierten in der jüngeren Ringier-Geschichte vor allem drei Persönlichkeiten. Zuerst ist das Verleger Michael Ringier, ein souveräner und offener Typus, so offen, dass er manchmal gar zu sehr auf andere hört. Daneben steht Frank A. Meyer, der beste Publizist, den das Haus je hervorbrachte, ein Mann mit einem Flair für personelle Winkelzüge, aber doch nicht jener Rasputin, als den ihn seine Gegner gerne sehen. Marc Walder, der Dritte im Bund, wurde zum ersten operativen Chef des Hauses, dem die Familie und der Verwaltungsrat strategisch bedingungslos

vertrauen. Nun lag zuletzt immer spürbarer in der Luft, dass der gedruckte *Blick* nur noch ein Memorial der Firmengeschichte ist. Die entscheidende Ringier-Seilschaft hat sich emotional vom *Blick* losgesagt. Das einst famose Blatt, 1959 gegründet, hat heute intern noch den Stellenwert eines Koma-Patienten.

Deutlich wurde dies, als Ringier im Sommer 2015 den deutschen Journalisten Wolfgang Büchner zum Geschäftsführer der gesamten *Blick*-Gruppe machte. Büchner war zuvor als Chefredaktor beim *Spiegel* in Hamburg grandios gescheitert, weil er die Online-Redaktion deutlich aufwerten, die Print-Redaktion aber ebenso klar abwerten wollte. Die selbstbewussten schreibenden Journalisten schickten ihn zum Teufel.

Beim *Blick* traf Büchner auf keine selbstbewussten schreibenden Journalisten mehr. Er konnte darum zügig umsetzen, was ihm in Deutschland misslungen war. Er brach die alte Tradition des Blattes. Er machte aus der kantigen Zeitungsmarke *Blick* in kurzer Zeit ein verwechselbares Fastfood-Produkt.

Die Zeitungsredaktion des *Blicks* besteht heute noch aus zehn eigenen Journalisten. In Zukunft werden es noch etwas weniger sein.

Statt auf der eigenen Redaktion werden der *Blick*, der *Blick am Abend* und der Auftritt von *Blick* online nun gemeinsam am sogenannten Newsdesk im sogenannten Newsroom gefertigt. Der Newsdesk ist der interne Fleischwolf der Informationsverwurstung. Man nennt diese Kommandozentrale den «Balken».

Knapp einhundert Journalisten arbeiten für den Balken. Ihre vorrangige Aufgabe ist es, den Newsfluss für *Blick* online täglich und fortlaufend am Sprudeln zu halten. Abfallprodukte dieses digitalen Informationsstroms, mit etwas Zusatzelementen angereichert, fliessen dann als Artikel in den gedruckten *Blick*. Der Balken ist nicht daran interessiert, dass der *Blick* eine profilierte Zeitung ist, wie dies jahrzehntlang die DNA der Redaktion ausmachte. Eine Zeitung mit Charakter zu machen, würde Kreativität und gedankliche Anstrengung erfordern. Die Journalisten müssten inhaltlich diskutieren, was für ihr Blatt prioritär, sekundär, relevant und irrelevant ist. Für solch intellektuellen Aufwand aber ist eine industrielle Wurstmaschine wie der Newsdesk der *Blick*-Gruppe nicht gedacht. Er hat auch nicht die Zeit dafür.

Der *Blick* ist darum in den letzten Monaten ein ebenso zufälliges wie seelenloses Artefakt geworden. Wir können das kurz und gut an



Was liegt in der Luft? CEO Walder im Ringier-Newsroom.

den Aufmachern der letzten Woche dokumentieren.

Am letzten Samstag hiess die Schlagzeile auf Seite eins des *Blicks*: «Fischstäbli sterben». Am Freitag hiess die Schlagzeile auf Seite eins: «Kampfzone Beiz». Zuvor hiessen die Schlagzeilen auf Seite eins: «Janka-Schock» und «Ex-Rega-Pilot verhaftet» und «Deutsche erklären uns Max Frisch». Zwischen den Fischstäbchen, Skifahrern und den Literaturkritikern trat Eveline Widmer-Schlumpf zurück. «Sie ging, bevor sie gehen musste», titelte der *Blick* auf der Front. Das war wiederum ungefähr so kreativ wie die Zahlen des Mittwochslotto gleichentags.

Solche Momentaufnahmen sagen oft alles über eine Zeitungsstrategie. Der *Blick* hat keine Strategie mehr. Er wird am Balken täglich neu geschüttelt und gerührt, lieblos gewürzt, mit allerlei zufälligen und belanglosen Storys vom Band. Der *Blick* hat keine Seele mehr.

Im Boulevardjournalismus aber ist Seelenlosigkeit tödlich. Denn Boulevard ist Konzeptkunst. Er ist nur dann erfolgreich, wenn er sich auf wenige Themen konzentriert, auf die Ängste und Hoffnungen, die im Publikum brodeln. Rund um Flüchtlingskrise, Einwanderung, In-

tegration und der daraus folgenden Gefährdung des Sozialstaates würden solch echte Boulevardthemen derzeit nur so auf der Strasse liegen.

Doch Ringier will keinen originellen *Blick* mehr. Sterbende haben nicht originell zu sein.

Es wurde darum intern schnell klar, dass der *Blick* gar keinen Chefredaktor mehr braucht. Eine Zeitung, die man auf das Totenbett legt und deren Marke man nur noch digital weiter beatmet, braucht keinen Chef. Der Mann stört sonst nur mit unnötiger Kreativität die industriellen Textmanagement-Prozesse.

Eine Handvoll Inhaltsingenieure

Der langweiligste Abgang eines *Blick*-Chefs war darum jener von René Lüchinger im Jahr 2015. Es musste ihm gar nicht richtig gekündigt werden. Er selber musste auch nicht richtig kündigen. Es brauchte ihn eines Tages einfach nicht mehr. Mit Verleger Ringier, CEO Walder und Geschäftsführer Büchner sass Lüchinger also zusammen, alle wirkten etwas ratlos und kamen dann überein, den Posten des Schriftleiters ersatzlos zu streichen. Lüchinger darf als Trostpreis nun als «Chefpublizist» der *Blick*-Familie zwischen den Fischstäbchen kommentierend

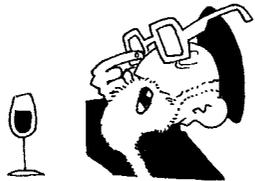
wirken. An Lüchingers Stelle tritt nun der anonyme Balken. Dort entscheidet künftig eine Handvoll Inhaltsingenieure darüber, was primär ins Internet und sekundär dann ins Blatt gelangt. Die Namen der Balken-Vorsitzenden muss man sich nicht merken. Sie werden in absehbarer Zeit ohnehin umgetopft.

Es ist schade, dass es künftig keinen *Blick*-Chefredaktor mehr gibt. Es war immer die schwierigste Aufgabe im Schweizer Journalismus. An der Spitze musste ein Steuermann stehen, der die Segelroute vorgab. Er konnte sich nicht, anders als die Chefs von Regionalblättern, als blasser Redaktionsfunktionär über die Zeit retten. Es brauchte kreative, sture, manchmal verrückte Köpfe. Und jeder wusste, es war ein Mandat auf Zeit. Gegangen wurde jeder *Blick*-Chef früher oder später sowieso.

Es ist ebenso schade, dass es bald einmal keine verkaufte Boulevardzeitung mehr geben wird. Der *Blick* wird nicht mehr allzu lange rascheln. Das Verlagshaus Ringier hat den Titel innerlich aufgegeben.

Aber wir sollten nicht trauern. Es war eine schöne Zeit mit dem *Blick*. Es war schön, und jede Zeit geht vorbei. ○

Die Steinigung ist eine sehr vernünftige Todesstrafe, denn im Gegensatz zum Elektrischen Stuhl ist sie CO₂-neutral.



Steinigungen in Wintergärten oder Treibhäusern lehnen wir aus Umweltpolitischen und klimatechnischen Gründen ab.



Zudem sollte man in Glashäusern nicht mit Steinen werfen ...



Auch sollte man vielleicht nicht gerade den ersten Stein werfen, wenn man selbst nicht ganz sündenfrei ist.



Wenn Ajatollahs trinken: Thiels Comic «Wie steinigt man eine Frau?».

Der Islam bleibt lustig

Nach seiner Koran-Kritik meldet sich Satiriker Andreas Thiel mit einem neuen Buch und einem neuen Bühnenprogramm zurück. Seine Aufführungen finden noch immer unter Polizeischutz statt. Der Humor ist bei ihm weiterhin eine ernsthafte Angelegenheit. *Von Rico Bandle*

Welche Religion findet Andreas Thiel wohl die humorloseste? Die Antwort findet sich im neuen Buch des Satirikers auf Seite 156. Nein, es ist nicht der Islam. Auch nicht das Christentum. Schon gar nicht der von Thiel verehrte Buddhismus. Es ist: der Atheismus. Thiel findet vor allem, Atheisten seien langweilig, was man von Muslimen nicht unbedingt sagen könne. «Die Inhaltslosigkeit des Atheismus ist unter den Religionen einzigartig», schreibt er und meint dies durchaus ernst. Oder doch nicht? «Humor», so Thiel, «ist die Einsicht, dass nichts so ernst ist, wie es scheint.»

Diese eigentlich banale Weisheit birgt bei Thiel einiges an Sprengkraft. War seine Streitschrift über den Koran, die die Schweiz wochenlang beschäftigte, etwa auch nicht ernst gemeint? Natürlich war sie das. Mit seinem umstrittenen *Weltwoche*-Artikel hatte der Komiker furios ins ernste Fach gewechselt – schwieriger erwies sich der Wechsel zurück. Nach der Streitschrift folgte der Auftritt in der Talkshow von Roger Schawinski, die völlig aus den Fugen geriet, dann richteten Islamisten in Paris beim Satiremagazin *Charlie Hebdo* ein Blutbad an, als wollten sie Thiels Thesen einer gewaltfördernden Religion bestätigen.

Humorkillers Intoleranz

Der Komiker konnte nur noch unter Polizeischutz auftreten, die Angelegenheit nahm ihn emotional enorm mit, seine *Weltwoche*-Kolumnen, die Gespräche mit ihm, fast alles drehte sich bei ihm nur noch um ihn selbst, um seinen Kampf für die Meinungsfreiheit, um den Islam. Manchmal wirkte er auf seiner Mission auch verbissen – das Schlimmste, was einem Komiker passieren kann. Insofern kann man sein Buch, in dem er sich intensiv mit der

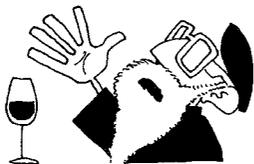
Theorie des Humors beschäftigt, als Reinigung verstehen. «Humor vereint Vernunft und Gelassenheit», heisst es darin oder: «Das Lachen ist eine Deeskalationsfunktion unseres Gefühlbaukastens.»

Thiel, dessen Irokesenkamm sich mittlerweile in Regenbogenfarben präsentiert, bestätigt den Befund. «Nach dieser aufreibenden Zeit war es für mich wichtig, mich mit der grundlegenden Frage zu beschäftigen: Was ist Humor?» Viele



«Das Lachen ist eine Deeskalationsfunktion unseres Gefühlbaukastens»: Tabubrecher Thiel, 2014.

Wichtig ist, dass man die Frau nicht weiter als einen Steinwurf entfernt anbindet.



Manchmal hat es keine Steine. Ich war in der Wüste mal an einer Sandigung anwesend. Das war äusserst langweilig und hat unerträglich lange gedauert.



Suizidentinnen möchte ich übrigens von einer Selbststeinigung abraten. Die meisten überleben.



Fallbeispiele, zum Teil auch in Comicform, machen die Theorielektion zum Vergnügen. So schreibt der überzeugte Vegetarier Thiel über die Überwindung des Humorkillers Intoleranz: «Der bekannte Schweizer Komiker Peach Weber ist ein bekennender Fleischesser. Auf die aufkommende Modeströmung des Vegetarismus angesprochen, antwortete er in einem Interview: «Wenn man Tiere nicht essen soll, warum sind sie dann aus Fleisch?» Das ist die Antwort eines Menschen mit Humor. Vegetarier können sich ein Stück davon abschneiden.»

Thiel seziert das Wesen des Humors mit grosser Akribie. Wenn er über die verschiede-

nen Humorfaktoren wie Peinlichkeit, Schadenfreude, Überforderung oder Skurrilität sinniert, so geht es ihm eigentlich um das Leben an sich. Denn ein Leben ohne Humor ist eine triste Angelegenheit.

Humor bedinge emotionale Distanz, stellt Thiel fest – und hier sind wir wieder mitten in seiner Koran-Streitschrift. Die Distanz zu wahren, ist nicht ganz einfach, wenn man sich in ein Minenfeld wie die Deutung des Islam hineinbegibt. Noch immer fällt es ihm schwer, gelassen über das Thema zu sprechen. So sagt er auf die Frage, was für ihn die wichtigste Erkenntnis aus der ganzen Debatte sei: «Ich hatte gedacht, wir lebten in einer freien Welt, in der man alles sagen dürfe. Dem ist aber nicht so, der Islam ist noch immer ein grosses Tabu.»

Wenn ein Künstler sich hierzulande als Dissident aufspielt, ist immer eine gewisse Skepsis angebracht. Kabarettist Franz Hohler lebt heute noch davon, dass ihn das Schweizer Fernsehen vor dreissig Jahren einmal wegen einer harmlosen Pointe zensiert hat, Schriftsteller Max Frisch äusserte sich fast enttäuscht darüber, dass seine Fichen nur Banalitäten enthielten, wie seine kürzlich veröffentlichten Aufzeichnungen zeigen. Mit angeblich unterdrückten Meinungen kommt man hierzulande in der Regel nicht ins Gefängnis, sondern in die Medien.

Auch bei Thiel war das nicht anders: Ob schon seine Streitschrift im Gegensatz zu vielen anderen angeblich mutigen Texten tatsächlich Mut erforderte und man die Drohungen gegen ihn gerade nach dem *Charlie-Hebdo*-Attentat durchaus ernst nehmen musste, die medialen Plattformen kamen ihm nie abhanden. Im Gegenteil. Gleich nach der Publikation seines Texts wurde er in die SRF-Comedy-Show «Giacobbo/Müller» eingeladen, auch sonst blieb der staatskritische Satiriker auf dem Gebührensender SRF sehr präsent. Zwar gab es ein oder zwei Provinztheater, die seine Gastspiele absagten, und ein deutscher Komiker wollte nicht mehr mit ihm auftreten, im Grossen und Ganzen waren die Sanktionen aber minimal, was eigentlich ein positives Zeichen ist.

Leidet ein Tabubrecher wie Thiel darunter, in einer Gesellschaft zu leben, in der es kaum mehr Tabus gibt? Er denkt lange nach, sagt dann, dass es in einer freien Welt tatsächlich ausreichen würde, wenn ein Komiker die Leute einfach nur zum Lachen bringe. «Scharfe Satire ist nicht unbedingt nötig.» Das Thema Islam sei eine Ausnahme: «Hier steht die Meinungsäusserungsfreiheit auf wackligen Füßen.» Er erwähnt eine Podiumsveranstaltung in der Nationalbibliothek in Bern über die Grenzen der Satire, die das Bundesamt für Kultur verboten hat, weil angeblich zu gefährlich.

Bissig wie eh und je

Auch sei er ein paarmal von muslimischen Jugendlichen auf der Strasse beschimpft worden, allerdings klingt das bei ihm eher anekdotisch als bedrohlich. Manchmal, so sagt er, beneide er aber tatsächlich Komiker wie Peach Weber, die keine Botschaft verbreiten wollen. «Die Leute einfach so zum Lachen zu bringen, ist das Edelste überhaupt. Leider kann ich das nicht.» Interessanterweise sagten ihm die Spasskomiker umgekehrt dasselbe: «Viele wären gerne etwas politischer. Man möchte immer das, was man nicht hat.»

Wer nun befürchtet, Thiel sei zahm geworden – auch durch seine kürzliche, erstmalige Vaterschaft –, den kann man beruhigen: Sein neues Programm, so verspricht er, sei bissig wie eh und je. «Nur die Passage über Widmer-Schlumpf musste ich nach dem Rücktritt nun leider rauswerfen.»

Bleibt noch die Frage offen, wo der grosse Islam-Kritiker Thiel nun den Humor im Islam sehe, der ja stärker ausgeprägt sei als bei den Atheisten: «Die Idee, man könne sich auf einem Markt in die Luft sprengen und erhalte dafür Einlass ins Paradies und 72 Jungfrauen – da kann man im Grunde genommen schon von einer humoristischen Betrachtung sprechen.»

Andreas Thiel: Humor – Das Lächeln des Henkers. Werd. 172 S., Fr. 39.–
Mit dem gleichnamigen neuen Bühnenprogramm gastiert Andreas Thiel vom 10. November bis zum 20. Dezember im Zürcher Theater am Hechtplatz.





Viele Blindgänger: Syrische Rebellen begutachten zusammen mit Autor Pelda (M.) über Hreitan abgeworfenes Bombenmaterial.

Flüchtlinge und Streubomben

Die jüngsten Offensiven des syrischen Regimes und die russischen Luftangriffe haben bereits mehr als 120 000 Menschen in die Flucht getrieben. Trotz heftiger Bombardements und Schützenhilfe aus dem Iran kommen die Regierungstruppen nur zögerlich vom Fleck. *Von Kurt Pelda*

Es ist Erntezeit, und die meisten Bäume im Olivenhain sind schon abgeerntet. Sonnenstrahlen fallen schräg durch das Geäst. Wir sitzen im Schatten, der Schmuggler telefoniert. Sein Kollege am Ende der Leitung sitzt in Syrien, nur ein paar hundert Meter entfernt, und beobachtet die türkischen Grenzsoldaten, deren Wachturm zwischen den Olivenbäumen durchschimmert. «Die Soldaten sind soeben vom Turm gestiegen. Die Luft ist rein, los geht's», sagt der Schmuggler und erhebt sich. Wir packen unsere Rucksäcke und nähern uns im Laufschrift der Grenze. Nach den Olivenbäumen kommt ein zerschlossener Zaun und dann eine Schotterpiste, auf der türkische Schützenpanzer gelegentlich Patrouille fahren.

Doch im Moment ist alles ruhig, man hört nur Vogelzwitschern und die Düsen eines Kampffjets irgendwo oben am Himmel. Gleich hinter der Strasse liegt ein tiefer Graben, wir

springen hinein und helfen uns gegenseitig beim Herausklettern. Alles muss jetzt schnell gehen. Auf der anderen Seite ein Acker, wir befinden uns schon in Syrien. Wir rennen, denn die Grenzsoldaten könnten jederzeit zurückkommen und das Feuer eröffnen, wie sie das manchmal tun, wenn syrische Flüchtlinge illegal die Grenze überqueren.

Wer kein Geld hat, bleibt hängen

Hinter dem gerodeten Feld stossen wir wieder auf Olivenbäume. Ein paar Buben gucken uns mit grossen Augen an. Plötzlich stehen wir vor einem Flüchtlingslager, Zelt an Zelt, gestiftet vom Königreich Saudi-Arabien. Dazwischen Morast und von Reifenspuren zerfurchte Wege. Das grösste Zelt dient als Moschee, und in einem kleineren verrichtet ein Friseur seine Arbeit. Er hat sogar einen Coiffeursessel. Dann kommt wie verabredet das Auto der Rebellen,

das uns nach Asas bringen soll, in die nächste Stadt. Sie scheint vor lauter Flüchtlingen und Geschäftigkeit aus allen Nähten zu platzen.

Wie ein mächtiger Riegel verhindern die türkischen Grenzbefestigungen und Minenfelder, dass sich der jüngste Flüchtlingsstrom von Syrien direkt via Türkei nach Europa ergiesst. Wer kein Geld für die Schlepper besitzt, bleibt hier hängen – auf der syrischen Seite der Grenze. Immerhin stammt der Lärm der Kampfflugzeuge oben am Himmel nicht von russischen oder syrischen Maschinen. Es sind Flugzeuge der westlichen Koalition, die den selbsternannten Islamischen Staat (IS) weiter im Landesinnern bombardieren. Dass so nahe an der Grenze Bomben fallen, kommt nur höchst selten vor. Zumindest davor sind die Menschen hier also einigermassen sicher.

Die Uno schätzt, dass seit Beginn der mit russischer Luftunterstützung und iranischer

Schützenhilfe gestarteten Offensiven des Assad-Regimes mehr als 120 000 Syrer aus den Provinzen Aleppo, Hama und Idlib vertrieben worden sind. Diese Leute lebten jahrelang unter den Rebellen und zum Teil sogar unter der Fuchtel der Nusra-Front, der syrischen Al-Qaida-Filiale, doch nun mussten sie vor den russischen Bomben und der syrischen Armee flüchten.

In Kafr Hamra, einem Vorort von Aleppo, treffen fast im Minutentakt Pick-ups und Kleinlaster ein, deren Ladeflächen vollgepackt sind mit Matratzen, Möbeln, Kochtöpfen und Plastikkanistern. Oben auf dem Berg aus Hausrat sitzen Frauen mit Kopftüchern und Kinder. Der wichtigste Verkehrskreisel des Vororts wird von der Nusra-Front kontrolliert. An einer Fahnenstange hängt die schwarze Flagge mit dem muslimischen Glaubensbekenntnis und der Aufschrift «Nusra-Front – Al-Qaida-Bewegung in Grosssyrien». Die Qaida-Kämpfer mit ihren Fusselbärten winken die Flüchtlinge durch. Die meisten biegen nach Norden in Richtung türkische Grenze ab. Andere fahren dagegen weiter nach Aleppo, in die fast von den Regierungstruppen umzingelte Stadt. Eine einzige Strasse führt noch in die von den Rebellen kontrollierten, inzwischen zu einem grossen Teil ausgebombten Viertel. Der Vorteil für die Flüchtlinge: In der ehemaligen Wirtschaftsmetropole gibt es viel leerstehenden Wohnraum, weil die meisten Bewohner aus Angst vor Assads Fassbomben das Weite gesucht haben.

Intensivere Luftangriffe

Die meisten Flüchtlinge und Rebellen können nicht zwischen Maschinen der russischen und der syrischen Luftwaffe unterscheiden, zumal die Suchoi-24 (Su-24), ein Schwenkflügelbomber, sowohl von russischen als auch syrischen Piloten geflogen wird. Es ist also oft unmöglich festzustellen, wer für bestimmte Luftangriffe die Verantwortung trägt. Allerdings werden das Erdkampfflugzeug Su-25 und der moderne Jagdbomber Su-34 in Syrien nur von der russischen Luftwaffe verwendet. Wenn diese Maschinen Bomben abwerfen, steht die Urhebererschaft somit fest. Neu für alle Beteiligten, die Bombardierungen erlebt haben, ist allerdings die Intensität der Angriffe, seit die Russen am Himmel aufgetaucht sind. Ausserdem sagen die Leute den russischen Piloten eine grössere Präzision nach als deren syrischen Kampffahrten.

Auf einem Schrotthaufen der sogenannten zivilen Verteidigungskräfte – Helfer, die verschüttete Opfer von Luftangriffen retten – zeigt ein junger Mann auf verbogene Bleche, die verrosteten Überreste einer Fassbombe, wie sie Assads Piloten aus Helikoptern abwerfen. «Das ist die Qualität der syrischen Luftwaffe», erklärt er und zeigt dann auf einen Behälter und das Heckstück einer Bombe sowie einen Haufen Fallschirme. «Und so sieht russische Wertarbeit



Grössere Präzision: russische Bomben auf Aleppo.

aus.» Es handelt sich um eine russische Streubombe vom Typ RBK-500, die man mit verschiedenen Submunitionstypen beladen kann. In einem Mutterbehälter finden zum Beispiel mehr als hundert etwa 2,5 Kilogramm schwere Splitterbomben Platz. Nach dem Abwurf öffnet sich der Behälter in einer bestimmten Höhe und verstreut die Tochterbomben über eine

Durch das Zoomobjektiv meiner Videokamera sehe ich, wie sich eine Bombe unter dem Flügel löst.

grosse Fläche. Beim Einschlag am Boden prallen die fast ballgrossen Sprengkörper zuerst ab und explodieren dann in geringer Höhe, um so die Splitterwirkung zu verstärken.

Der Zündmechanismus funktioniert aber häufig nicht, vor allem wenn die Bomben auf weichem Boden aufprallen. Die Zahl der Blindgänger ist dementsprechend hoch. Die RBK-500-Behälter kann man aber auch mit Anti-Tank-Geschossen laden. Diese sind wesentlich grösser als die Splitterbomben und sehen mit ihren Flügeln ein bisschen wie kleine Satelliten aus. Sie gleiten an Fallschirmen zu Boden, suchen sich ihr Ziel selbst und können dicke Panzerungen durchschlagen. Auch diese Submunition befindet sich auf dem Schrotthaufen der zivilen Verteidigungskräfte in Hreitan, einem anderen Vorort von Aleppo. Wegen der hohen Zahl von Blindgängern und der davon ausgehenden Gefahren für Zivilisten sind Streubomben international geächtet. Russland, Syrien und die USA gehören jedoch zu denjenigen Staaten, die die entsprechende internationale Verbotskonvention nicht unterzeichnet haben.

Von Hreitan fahren wir mit dem Auto an die Front südlich von Aleppo. Dort hat die syrische Armee, verstärkt durch irakische Söldner unter iranischem Kommando, vor etwas mehr als zwei Wochen eine Offensive gestartet. Trotz russischer Luftunterstützung rücken die Söldner und Milizionäre nur langsam vor. Erobert haben sie bisher ein Gebiet von schätzungsweise 200 Quadratkilometern.

Auf besonders starken Widerstand stösst das Assad-Regime bei Khan Tuman, etwa sieben Kilometer südwestlich von Aleppo. Das liegt vor allem an der Nusra-Front, die dort unter anderem einen Teil der ehemaligen Munitionsdepots der syrischen Armee kontrolliert. Ich muss mich im Auto verstecken, damit mich die Nusra-Kämpfer nicht sehen – eine Entführung wäre sonst programmiert. Beschützt werde ich von Milizionären der Freien Syrischen Armee (FSA), die zwar mit der Nusra-Front militärisch kooperieren, deren radikal-islamische Ideologie aber nicht teilen.

Auf einem Hügel hat eine FSA-Einheit eine Stellung, von der man einen guten Überblick hat. Unten in der Ebene feuern Nusra-Kämpfer mit selbstgebauten Minenwerfern auf die Assad-Truppen und die irakischen Reisläufer. Eine russische Aufklärungsmaschine taucht am Himmel auf. Abu al-Hassan, der lokale FSA-Kommandant, meint, dass es nun wohl nicht mehr lange dauern werde, bis russische Kampfflugzeuge auftauchen, um die Artilleriestellungen zu bombardieren. Etwa eine halbe Stunde später dreht eine Su-34 eine Runde über dem Hügel und geht dann zum Zielflug über. Durch das Zoomobjektiv meiner Videokamera sehe ich, wie sich eine Bombe unter dem Flügel löst. Während die Maschine über uns hinwegdonnert, faucht die Bombe über ein Wäldchen und explodiert dahinter mit einem Knall. Diesem folgen in kurzen Abständen weitere Detonationen – es sind die Tochttersprengkörper der Streubombe. Auf dem Rückweg durch das von Zivilisten weitgehend verlassene Städtchen Khan Tuman sehen wir eine weitere RBK-500 mitten im Teer der Hauptstrasse stecken. Das Heckstück mit den Leitwerken fehlt, so dass man in die Bombenhülle hineinschauen kann. Darin liegen noch ein gutes Dutzend Splitterbomben. ○

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

- **Gotthard-Sanierung**
«Nur ein Sanierungstunnel ist nachhaltig», sagt Doris Leuthard.
- **Lebensmittelrecht**
Ein Bürokratiemonster der Sonderklasse, das nach noch mehr Regulierung verlangt
- **Englische Titel**
Eigenwilliger Weg des SBFI – sgv wehrt sich vehement

www.gewerbezeitung.ch



«Beste Umarmungen»: frischgewählter Premierminister Justin Trudeau, Mutter Margaret, 19. Oktober 2015.

Die Kennedys von Kanada

Der Smarte und das Blumenkind. Pierre und Margaret Trudeau katapultierten Kanada in den 1970er Jahren in die Welt des Glamours. Während er das Land vor der Spaltung bewahrte, brannte Maggie mit den Rolling Stones durch. Nun kehren die Trudeaus mit Sohn Justin zurück an die Macht. *Von Urs Gehrig*

Ein Fotograf drückte goldrichtig ab und hielt Kanadas emotionale Kernschmelze in fulminanten Bildern fest. Der frischgewählte Premier Justin Trudeau hatte sich eben federnd zum Podium heraufgeschwungen. Plötzlich hielt er inne und steuerte auf eine vor Freude wallende reife Schönheit. Sekunden später schwelgen die beiden in inniger Umschlungenheit, als bildeten sie eine Szene aus «Vom Winde verweht», als wäre Rhatt Butler auferstanden, der seine Scarlett O'Hara in den Armen zerfließen lässt. Bloss dass sich in diesem Moment des kanadischen Triumphs nicht zwei Liebende, sondern Mutter und Sohn in den Armen liegen.

Es ist die Mutter, der diese Szene gehört. In wenigen Augenblicken sieht Margaret Trudeau ihr ganzes Leben vorbeiziehen. Die glücklichen

Stunden mit dem Frischgeborenen, die roten Teppiche rund um die Welt, die einsamen Tage und Wochen hinter verschlossenen Türen, Glamour, Partys, Verzweiflung, die Abgründe einer schillernden Familie: der Kennedys von Kanada. Und nun also ist ihr Ältester auf dem Sprung zurück nach 24 Sussex Drive, Ottawa, in jene Residenz, in der ihre Familie einst zerbrochen ist. Ein Kreis schliesst sich.

Die Trudeau-Saga beginnt 1968, im Jahr der Liebe und des Protests. Scheinbar aus dem Nichts bricht ein Mann in das Leben der Kanadier ein. Pierre Trudeau, ein unkonventioneller Junggeselle, kegelt bei den Präsidentschaftswahlen die verstaubten Politiker aus dem Weg. Dieser Solitär teilt die Qualität aller Charismatiker: absolute Sicherheit und stäh-

lernes Selbstbewusstsein. Er scheint zu allem bereit. «Er war ein sehr attraktiver und möglicherweise gefährlicher Mann», sagt Iona Campagnolo, ehemalige Präsidentin der liberalen Partei, in einer Trudeau-Dok-Sendung auf CTV Television Network, Kanadas grösstem Privatsender. «Die meisten Frauen mögen solche Männer. Er war sehr sexy.»

Die Nation ist überrascht

Trudeau ist der erste Premier, der Groupies hat. Sein Lächeln mit geschlossenen Zähnen, sein leicht ironischer Tonfall, den er mit einem Augenzwinkern akzentuiert, machen Frauen schwach und Männer zu Vasallen. Ganz Kanada scheint sich in den Mann verliebt zu haben. «Trudeaumania» – ein neues Wort



Vereinte Eigenschaften: Familie Trudeau, um 2014.



«Darauf setze ich!»: Justin Trudeau mit Gattin Sophie, 2013.



Ausbruch: Margaret Trudeau beim Film, 1978.

schwirrt durch die Medien. Stark, witzig, charmant ist er. Und frech. Beim königlichen Empfang im Buckingham Palace dreht Trudeau Pirouetten hinter dem Rücken der Queen. John Lennon und Yoko Ono machen ihm die Aufwartung. «Wenn alle Politiker wie Herr Trudeau wären, würde Frieden herrschen auf der Welt», meint der Chef-Beatle.

Aber es gibt keinen Frieden in Kanada. Hass statt Liebe holt Trudeau ein, ausgerechnet in seiner Heimatstadt Québec. Frankofone Separatisten reklamieren Unabhängigkeit. Auf den Schwarzen September im Nahen Osten folgte der kanadische schwarze Oktober 1970. Ein britischer Diplomat wird gekidnappt, der Arbeitsminister der Provinz Québec ermordet. Trudeau holt den Knüppel raus und befiehlt Recht und Ordnung. «Wie weit werden sie gehen mit Law and Order?», fragt ein Reporter im Strassenschlachtenlärm. «Just watch me!», antwortet Trudeau.

Alle Augen sind auf Trudeau gerichtet. Und der überrascht die ganze Nation. Mit seiner Entschlossenheit, mit welcher er das Land zusammenhält. Mit seiner Wahl der Damen. «Die meisten Politiker sind Schauspieler, aber Trudeau

war exzellent», sagt sein ehemaliger Berater Jim Coutts im Interview mit CTV. Fliegend wechselt Trudeau, der Kämpfer, zu Trudeau, dem Liebhaber. Die Frauen an seiner Seite laufen Stafette, eine ist hübscher als die andere, Hollywood-Celebrities wie Barbra Streisand gehören dazu. Und immer wartet Trudeau in seinem privaten Drehbuch mit neuen Überraschungen auf.

1971 taucht er plötzlich mit einer Ehefrau auf. Margaret Sinclair, ein Blumenkind aus Vancouver und Tochter eines ehemaligen Ministers, ist

Die zwei sind ein bisschen wie Sinatra und Mia Farrow. Und wie Monroe und Arthur Miller.

die Glückliche, fast dreissig Jahre jünger als er. In den Ferien auf Tahiti hatte er sie kennengelernt. Die Hochzeit war geheim, und sie nähte ihr Kleid selbst. Sechs Jahre später wird die Ehe mit Getöse in aller Öffentlichkeit zerbrechen.

Zuvor aber geben die beiden ein glamouröses Paar ab. Freidenker Pierre und Freigeist Maggie. Drei Kinder schenkt sie ihm, zwei am Weihnachtstag. Doch zwischen Herr und Frau

Trudeau liegen eine ganze Generation und ein intellektuelles Universum. Die zwei sind ein bisschen wie Sinatra und Mia Farrow. Und wie Monroe und Arthur Miller. Die Flitterwochen verfliegen rasch. In Québec entflammt der Konflikt mit den Sezessionisten von neuem. Die Wirtschaft gerät ins Schlittern. Und Margaret ist die Rolle als Ehefrau des Premiers rasch satt. Öffentliche Auftritte, besonders in Europa, empfindet sie häufig als Tortur. «Die Franzosen waren schrecklich hochnäsig», sagt sie 1979 in einem Interview mit Bill Boggs. «Sie behandelten mich wie ein kleines Kind.»

«Castro war sehr galant»

Einen der wenigen glücklichen Momente erlebt sie ausgerechnet beim Staatsbesuch in Kuba. Margaret hat eben ihren dritten Sohn Michel geboren und nimmt ihn mit nach Havanna, wo Castro vehement insistiert, dass der Junge überall auf die Empfänge mitkommt. Er trägt ihn sogar selbst auf den Armen und stört sich auch nicht daran, dass dieser ihm, für alle Öffentlichkeit sichtbar, über seinen Militärkittel sabbert. «Castro war sehr galant», erinnert sich Margaret, «selbst in politischen Dis-



«Trudeaumania»: Pierre Trudeau, Bardot, 1973.



Pirouetten hinter dem Rücken der Queen: Pierre Trudeau im Buckingham Palace, 1977.

kussionen fragte er mich nach meiner Meinung über Freiheit in einer unfreien Welt.»

Pierre Trudeau zeigt Verständnis für die Leiden seiner freiheitsliebenden Frau, die ihr Leben einzig in den Privatgemächern entfalten darf. Das Mitgefühl hilft nichts. Margaret gleicht einem Vulkan.

Am sechsten Hochzeitstag bricht er aus. Während Pierre zu Hause die drei Buben hütet, lässt sie es mit den Rolling Stones krachen. Die Presse bläst zur Jagdsaison. Nach dem Konzert in Toronto wird Maggie, wie der Volksmund sie nennt, vor den Zimmern der Stones gesichtet, wie sie im Morgenrock durch den Flur huscht. Gerüchte kursieren, dass sie Trudeau verlassen habe. Und genau danach sieht es aus. Sie hat sich in der Suite neben Ronnie Woods einquartiert – und bald darauf in seinem Bett. Ronnie drückt es in seinen Memoiren so aus: «Wir teilten etwas sehr Spezielles in diesem Moment.» Auch mit

«Was kann sich eine Frau mehr wünschen als einen feinen Prinzen, der ihre Ehre verteidigt?»

Mick Jagger scheint sie etwas am Laufen zu haben (was dieser später dementieren wird). Als nach dem Konzert beide nach New York fliegen, brodeln die Gerüchteküche.

Maggie wird in Klubs fotografiert, mit ständig wechselnder Begleitung. Im legendären New Yorker «Studio 54» nimmt Andy Warhol sie in seinen Zirkel auf, Balletttänzer Michail Baryschnikow verzaubert sie; die Sinne durch allerlei Toxika erweitert, wirbelt sie über die Tanzfläche, bewundert von Fotografenlegende Richard Avedon und Prinzessin Yasmin Aga Khan. Und König Hussein von Jordanien,



Im Zirkel: Warhol, Trudeau, 1978, «Studio 54».

völlig hin ob dem entfesselten Späthippie, schenkt ihr eine komplette Nikon-Ausrüstung. Vor dem Journalistenschwarm beteuert sie, sie wolle an ihrer Ehe mit Pierre festhalten, aber die Pflichten einer First Lady abgeben. Künstlerin wolle sie werden. Fotografin.

Sie klingt vage, durch den Wind. «Du kannst nicht allen gefallen. Also gefällt dir am besten selber.»

Letzte Geheimnisse

Viele fühlen mit der Frau, die aus ihrem Korsett ausbricht. Einige ihrer Vasallen hingegen finden die ausflippende First Lady überhaupt nicht cool. Keith Richards schreibt in seiner Biografie «Life»: «Sie war ein Groupie, das ist alles, was sie war, ganz einfach und simpel. Nichts dagegen einzuwenden. Aber du solltest nicht die Frau des Premierministers sein, wenn du ein Groupie sein willst.»

Maggie ist ausser Kontrolle, und Pierre muss sich die Zunge abbeißen, um die Contenance zu wahren. «No comment», heisst es im Präsidentenbüro. Doch es wird noch schlimmer. Maggie haut ab nach Frankreich, spielt in

einem zweitklassigen Film mit. Es ist genug. Die Trudeaus trennen sich. Er behält die Kinder. Sie bekommt die Freiheit. Und die Welt erhält bald eine neue Ladung schmutziger Trudeau-Wäsche, in Form zweier Bücher. «Jenseits der Vernunft», heisst das erste. «Consequences» das zweite, und es handelt von wilden Nächten und heissen Drogenexzessen.

Beide werden selbstredend Kassenschlager. In den mit heisser Feder geschriebenen Memoiren begegnet man einer mit einem Lederminirock beschürzten Maggie, wie sie die Gartenmauer von Hollywoodstar Ryan O'Neal besteigt. Oder Jack Nicholson, der mit der damaligen Premier-Gattin auf der Herrentoilette kopuliert. Überhaupt ist «mad» Jack offenbar eine Horizonsweiterung in Maggies Liebesleben. So entdeckt sie mit dem «Easy Rider»-Star, «wie viel Platz auf dem Rücksitz eines Daimlers ist». Einzig die Gerüchte über eine Liebschaft mit US-Senator Ted Kennedy belässt sie in einer Nebelschwade. «Dieses Geheimnis werde ich nicht enthüllen.»

Mitten im Skandalgewitter zählt Maggie auf loyale Stimmen. Auf jene von Prinz Charles zum Beispiel. «Er ist mein Kumpel», sagt sie vor laufender Kamera. «Er versteht, was ich getan habe, und er hat versprochen, er werde an allen Fronten meinen Namen verteidigen. Was kann sich eine Frau mehr wünschen als einen feinen Prinzen, der ihre Ehre verteidigt?»

Bald wird der Öffentlichkeit eine Erklärung nachgereicht für das auffällige Verhalten von Kanadas First Lady. Maggie leide an einer bipolaren Störung: Extreme Stimmungsschwankungen, Hoch und Tief wechseln im Stundentakt, Maggie fährt emotional Achterbahn. Sie beginnt offen über ihre Krankheit zu sprechen. Sie wird es jahrzehntelang tun, und sie tut es



«Etwas sehr Spezielles»: mit Ronnie Woods, 1977.

noch heute. Die Nation vergibt ihr. Ihr Mann auch. Aber sie finden nie mehr zusammen.

Pierre Trudeau bleibt bis 1984 Premierminister, mit ein paar Monaten Unterbruch. Noch einmal steigen die Frankofonen auf die Barrikaden, aufgestachelt von Rädelsführer René Lévesque. Trudeau bändigt sie. Ihm ist es zu verdanken, dass Kanada nicht zerbrochen ist. In seinen letzten Jahren löst er mit dem Canada Act die letzte verfassungsmässige Anbindung an Grossbritannien auf. Dann tritt er ab und widmet sich seinen Teenager-Boys. «Kämpfe nicht, wenn du nicht musst. Aber wenn du musst, dann tu es richtig», bläut er ihnen ein.

Justin, der Älteste, bedarf besonderer Zuneigung. Er hat die turbulente Trennung am direktesten mitbekommen. Die Welt ist durch

seine Tür getreten, als er auf allen vieren kroch. Rasch lernte Justin den Planeten vom Hochsitz der Macht aus kennen. Und früh brach er mit dem Protokoll. Auf seinem Fahrrad trickste er die Security aus und entwischte zu seiner Mutter, die in der Nachbarschaft eine Wohnung bezogen hatte. Mit dreizehn Jahren, als der Vater aus der Politik ausschied, tauchte er ab, fristete ein Leben in der Menge. Die Blitzlichter sind allerdings nie weit. Justin wird Model, Dressman, Schauspieler, Türsteher und Bungee-Jumping-Trainer, Charity-Stripper und Wohltätigkeitsboxer mit Tarzan-Mähne.

«Unheimlich sexy, aber nicht smart» lautet das Verdikt der Kritiker. Ein Leichtgewicht mit Hipster-Schnauz, von dem nichts Substanzielles zu erwarten sei. Doch dann stirbt im Jahr 2000 Vater Pierre. Der 29-jährige Justin hält die Grabesrede, und die Nation, welche am TV live zuschaut, hält den Atem an. Da spricht jemand mit fester Stimme, mit ruhigem Blick. Mehr noch: Es spricht ein junger Mann mit Feuer, das er vom Vater geerbt hat. Erste Mutmassungen werden laut, von dem jungen Trudeau werde man noch hören.

Stetig nähert sich Justin dem Tatort, den der Vater so elegant bespielt hatte. «Er kreiste um die Politik, er suchte nach einer Alternative, aber fand nichts, was er besser mochte», sagt Biografin Susan Delacourt auf TV Ontario. Doch er tut es auf seine Weise, indem er Eigenschaften von Vater und Mutter zu einer eigenen Persönlichkeit vereint. «Er ist kein Buchintellektueller wie Pierre», erklärt Delacourt, «er hat eine emotionale Intelligenz, die sein Vater nicht hatte.» Und er lernt aus dem Bruch der elterlichen Ehe. Seine Frau Sophie Grégoire, eine Jugendliebe, ist eine starke Persönlichkeit, beruflich und finanziell unabhängig.

2013 übernimmt er die Liberale Partei, die im Umfragetief dümpelt, und macht sie wieder populär. Nach fast fünfzig Jahren wird Kanada

wieder von einer Trudeaumania erfasst. In den sozialen Medien träumt man vom «hottest and hippest» Weltleader. Bilder des tätowierten Kandidaten (indianischer Gaunervogel auf dem Oberarm) erreichen eine Rekordzahl an Klicks im Internet.

Die Politik kommt morgen

Fast scheint es, als seien Trudeaus politische Inhalte sekundär: sein Versprechen, die Mittelklasse zu stärken. Sein Bekenntnis zu einer schlagkräftigen Armee. Seine Ablehnung des Tschador-Verbots. Seine Ankündigung, gegen den Islamischen Staat eine harte Linie zu fahren, aber ohne kanadische Jets. Seine Haltung zu Pot: «Legalize it!» Sein Wille, 25 000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Seine Kampfansage an den Klimawandel. Und seine Ankündigung, die Politik von den Gebärmütern der Kanadierinnen fernzuhalten.

Es ist sein Ton, sein Charisma, seine positive Ausstrahlung, die ihm die Türen öffnen. «Kanada hat genug von Zynismus, Negativität und Spaltung», sagte Trudeau im Wahlkampf. Er weigere sich, die Dreckschleuder gegen seine Kontrahenten einzusetzen. «Glauben Sie, die Leute kaufen Ihnen das ab?», wurde er von Reportern gefragt. «Darauf setze ich!» Trudeau setzte richtig.

«Im Namen von 35 Millionen Kanadiern: Wir sind zurück», verkündete er nach seinem Wahlsieg Mitte Oktober. Justin Trudeau scheint die richtige Figur mit der richtigen Ausstrahlung, dem richtigen Namen zur richtigen Zeit zu sein. «Justin ist einer jener wunderbaren Menschen, die andere Menschen ernsthaft lieben und ernsthaft daran interessiert sind, wie es ihnen geht», sagt Mutter Maggie nach dem Sieg. Und: «Er gibt die besten Umarmungen in der Welt.»

Alles andere ist Politik. Aber die kommt erst morgen. ○

CREDIT SUISSE 

Später wird grossartig.

5,28%*
p.a. Rendite Performance 2012-15

Mit unserer 3. Säule Wertschriftenvorsorge weckt Älterwerden Vorfreude.
credit-suisse.com/vorsorge

*Erwirtschaftete Rendite eines der CSA Mixta-BVG-Produkte im Zeitraum vom 28.09.2012 bis zum 30.09.2015. Historische Wertentwicklungen und Finanzmarkt-szenarien sind kein verlässlicher Indikator für laufende und zukünftige Ergebnisse.

Die australische Erfahrung

Australien schickt Bootsflüchtlinge konsequent zurück nach Indonesien. Seit anderthalb Jahren hat es kein einziges illegales Schiff mehr zu uns geschafft. Anders als Europa haben wir damit eines der grossen Probleme der Migrationskrise gelöst: Wir haben unsere Grenzen gesichert. *Von Tony Abbott*

Margaret Thatcher hat sich – wie alle zielstrebigsten Menschen – stets auf das jeweils nächste Problem konzentriert. Heute ehren wir sie und ihr Vermächtnis am besten, indem wir mit der gleichen Entschlossenheit die Probleme unserer Zeit angehen. Parlamentarische Demokratie und Rechtsstaat, «Freiheit, die sich von Anlass zu Anlass allmählich erweitert», Kultur als gemeinsame Aufgabe von Lebenden, Toten und künftigen Generationen – das war das Erbe, das zu bewahren und zu stärken sie angetreten war. Wäre sie heute noch unter uns, würde ihr Augenmerk den drängendsten Problemen gelten – dem Flüchtlingsstrom, der Europa politisch und kulturell verändern wird, dem Konflikt in Syrien und im Irak, der wesentlich dazu beiträgt, und der Verteidigung der westlichen Kultur, die von einem militanten Islam herausgefordert wird.

Die Sicherheit und der Wohlstand, die den Westen charakterisieren, sind ein unwiderstehlicher Magnet. Diese Errungenschaften sind kein historischer Zufall, sondern das Ergebnis von Werten und Praktiken, die im Laufe der Jahrhunderte entwickelt, kultiviert und ausgebaut wurden. Das moralische Gebot: «Liebe deinen Nächsten wie dich selbst» ist der Kern unserer westlichen Gesellschaften. Es findet seinen Niederschlag im Arbeitsrecht, in den sozialen Sicherheitsnetzen und in der Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen. Ihm ist es zu verdanken, dass unsere Gesellschaften nicht nur wohlhabend, sondern auch human sind. Aber momentan hat dieser moralische Impuls weite Teile Europas auf einen katastrophalen Irrweg geführt.

Falsch verstandener Altruismus

Jedes Land, das nach dem Motto: «Jeder, der es zu uns schafft, kann bleiben», verfährt, ist angesichts des massenhaften Flüchtlingsstroms gefährdet. Millionen, die in Armut und Gefahr leben, sind entschlossen, sich auf den Weg zu uns zu machen. Wer könnte es ihnen auch verdenken? Aber kein Land, kein Kontinent kann seine Grenzen für jedermann öffnen, ohne sich selbst zu schwächen. Das ist die Gefahr, die den Europäern mit ihrem falsch verstandenen Altruismus nun droht.

Australien war, wenn auch in geringerem Ausmass, mit dem gleichen Problem konfrontiert und hat es gemeistert. 2001, auf dem Höhepunkt der ersten Welle von illegalen Einwanderern, waren es jährlich 4000 Personen, bevor die Regierung Howard den Ansturm stoppte: Die

Bootsflüchtlinge wurden schon auf See kontrolliert, sie bekamen keine Aufenthaltserlaubnis, und in einigen Fällen wurden Schiffe nach Indonesien zurückgeschickt. Bei der zweiten Welle waren es 50 000 pro Jahr, Tendenz steigend, als die Regierung Rudd im Juli 2013 endlich ihren Widerstand gegen das Stoppen der Boote auf See aufgab. Meine Regierung begann schliesslich, die Bootsflüchtlinge zurückzuschicken, sogar in orangefarbenen Rettungsbooten, als die Menschenschmuggler ihre Schiffe absichtlich kentern liessen.

Seit anderthalb Jahren hat es kein einziges illegales Flüchtlingsboot mehr nach Australien



«Moralisches Gebot»: Ex-Premier Abbott.

geschafft. Die Internierungslager sind faktisch geschlossen, die Kosten, die mit bis zu vier Milliarden Dollar jährlich zu Buche schlugen, entfallen, und vor allem sind keine Toten mehr auf See zu beklagen. Darum ist es das einzig wahrhaft Humane, die Flüchtlingsboote zu stoppen und die Grenzen zu kontrollieren.

Weil Australien wieder sichere Grenzen hat und nicht die Schleuser, sondern wir selbst entscheiden, wen wir als Flüchtling aufnehmen, stiess der Beschluss meiner Regierung im letzten Monat, 12 000 Angehörige verfolgter syrischer Minderheiten aufzunehmen, auf breite Unterstützung der Öffentlichkeit – es war, pro Kopf der Bevölkerung, der grösste Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen weltweit.

Als Premierminister habe ich darauf verzichtet, Ländern, die sich in einer anderen Lage befinden, Empfehlungen zu geben. Weil das Schleuserproblem aber ein globales ist und Australien als einziges Land erfolgreich dagegen vorgegangen ist – zweimal, jeweils unter

konservativen Regierungen –, sollten unsere Erfahrungen geprüft werden.

Asylsuchende, ob in Europa oder in Australien, haben nicht eine, sondern bereits mehrere Grenzen überquert. Sie fliehen nicht mehr vor Bedrohung, sondern haben sich hoffnungsvoll Schleusern anvertraut. Wie verzweifelt auch immer, sie sind geradezu definitionsgemäss Wirtschaftsflüchtlinge, weil sie der Verfolgung schon entgangen waren, als sie sich abermals auf den Weg machten. Wir haben die moralische Pflicht, Menschen aufzunehmen, die in Gefahr sind, nicht aber all jene, die lieber in einem wohlhabenden westlichen als in ihrem eigenen Land leben wollen. Darum müssen die europäischen Länder zwar die syrischen Nachbarstaaten unterstützen, aber sie haben sehr wohl das Recht, ihre Grenzen zu kontrollieren und diejenigen zurückzuweisen, die nicht mehr vor einem Krieg fliehen, sondern ein besseres Leben suchen. Das bedeutet, dass Flüchtlingsboote zurückgeschickt werden, dass illegalen Ankömmlingen die Einreise verwehrt wird und dass Lager für all jene errichtet werden, die keine Bleibe haben.

Das geht nicht ohne Zwang. Es erfordert massive Logistik und kostet viel Geld. Wir werden Gewissensbisse haben, aber es ist die einzige Möglichkeit, eine Menschenflut abzuwehren, die Europa vielleicht für immer verändern wird. Wir müssen feststellen, dass Gerechtigkeit, gemildert durch Mitgefühl, ein hehres Ideal ist, da zu viel Mitgefühl für einige zwangsläufig den Rechtsstaat untergräbt.

Schurken gegen Schurken

Die australische Erfahrung beweist, dass Menschen in der Ferne nur dann davon abgehalten werden, sich auf den Weg zu uns zu machen, wenn klar ist, dass man sie nicht ins Land lässt. Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern und internationalen Organisationen ist wichtig. Aber illegale Einwanderung können wir nur verhindern, wenn wir die Leute entschieden und unmissverständlich zurückschicken – weil wir die moralische Pflicht haben, die eigene Bevölkerung zu schützen und den Schleusern das Handwerk zu legen. Darum ist es gut, dass europäische Marineschiffe im Mittelmeer patrouillieren, um die Schleuserboote abzufangen. Solange die Passagiere aber an Bord genommen statt zurückgeschickt werden, hat diese Politik eher ermunternde Wirkung.

Vor einigen Jahren, bevor der Syrien-Konflikt eskalierte, auf den Irak übergriff und unregier-



Kein Land, kein Kontinent kann seine Grenzen für jedermann öffnen, ohne sich selbst zu schwächen: australische Patrouille fängt Flüchtlingsschiff ab.

bare Regionen von Libyen, dem Jemen, Nigeria und Afghanistan erfasste, bekam ich Ärger, weil ich davor warnte, sich in einen Konflikt hineinziehen zu lassen, in dem Schurken gegen Schurken kämpfen. Mit 250 000 Toten, sieben Millionen Binnenflüchtlingen und vier Millionen, die bereit sind, nach Europa zu gehen, ist der Syrien-Konflikt zu gross und zu folgenreich, als dass er nicht jeden von uns etwas angeht.

Mit dem Aufstieg des Islamischen Staats ist aus dem Konflikt ein Kampf zwischen Üblem und noch Schlimmerem geworden. Das brutale Assad-Regime fungiert als wichtigster Rekrutierer für den Islamischen Staat, der seine apokalyptische Version des Islam in die ganze Welt exportieren will. Angesichts des Ausmasses der Gewalt in Syrien, im Irak und überall dort, wo der IS Fuss fasst – mit Enthauptungen, Kreuzigungen, Massenhinrichtungen, Hinunterstossen von hohen Türmen und sexueller Sklaverei –, und des perversen Echos, das diese Terroristen weltweit finden, ist es schon erstaunlich, wie wenig bislang getan wurde, um das Problem an der Wurzel zu packen.

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten fliegen Luftangriffe. Auch mit australischer Hilfe konnte der Vormarsch des IS im Irak aufgehalten werden, aber der IS ist nicht besiegt, weil er ohne Einsatz von Bodentruppen nicht geschlagen werden kann. Wir sollten eine Eskalation der Luftangriffe vermeiden, sollten eher mit Spezialeinheiten und Ausbildnern in diesem Teil der Welt präsent sein, der so brand-

gefährlich und komplex ist und wo noch nie etwas einen guten Ausgang gefunden hat. Aber wie Margaret Thatcher im Fall der Falklandinseln so klar gesehen hat: Wer nicht entschlossen und machtvoll auftritt, wird sich dem Diktat jener beugen müssen, die genau das tun.

Natürlich sollten Eltern in Amerika, Grossbritannien oder Australien niemanden in einem fernen Kampf verlieren müssen. Aber was ist die Alternative? Schon die Vorstellung, irgendeine Region, selbst Syrien, der kollektiven Entschlossenheit von Russland, des Iran und des IS zu überlassen, ist viel zu schrecklich, als dass wir sie ernsthaft in Betracht ziehen dürften. Deshalb ist es bedauerlich, dass auf der letzten Uno-Generalversammlung nur darüber diskutiert wurde, wie dem gewaltsamen Extremismus zu begegnen ist – alle waren sich einig, dass dazu die Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden gehört –, und nicht darüber, wie der IS, der seine wichtigste Inspirationsquelle ist, wirksamer bekämpft werden kann.

Genozid verhindern

Der militante Islam verlangt natürlich mehr als nur eine militärische Lösung. Aber ein potenzieller Genozid muss unbedingt verhindert werden. Natürlich kann man sozialen Frieden nicht durch Verhaftungen erreichen, aber der einheimische Terrorismus verlangt eine resolute Antwort der Sicherheitsbehörden. Natürlich sind die meisten Muslime keine Befürworter von Terrorismus, aber viele sind

weiterhin der Ansicht, dass Gotteslästerung mit dem Tod zu bestrafen ist. Natürlich müssen die Muslime selbst entscheiden, wie der wahre Islam aussieht, aber wir haben die Pflicht, all die anständigen Muslime zu fördern und schützen, die sich zu kultureller Vielfalt bekennen.

Wenn wir uns in der Welt umschauen, müssen wir feststellen, dass es schon lange nicht mehr so massive Probleme gegeben hat, deren Lösung so unklar ist. Je ernster die Lage, desto weniger dürfen wir die Dinge auf die lange Bank schieben. Mehr denn je müssen wir im Westen selbstbewusst für uns und die universalen Werte von Anstand und Menschlichkeit eintreten, damit alles nicht noch schlimmer wird. Wie in Europa wird auch in Australien diskutiert, wie mit dem lokalen, vom IS inspirierten Terrorismus umzugehen ist. Wie Sie in Europa versuchen wir, den IS mit Luftangriffen zu schwächen, solange eine Lösung des Syrien-Konflikts nicht in Sicht ist. Aber anders als Sie haben wir zumindest eines der grossen Probleme gelöst: Wir haben unsere Grenzen gesichert.

Wir sollten über das Beispiel nachdenken, das Margaret Thatcher uns gegeben hat. Vernünftige Werte, eine klare Analyse und ein praktikabler Plan – das sind auch heute die wesentlichen Elemente jener starken Führung, die die Welt braucht.

Tony Abbott war 2013–2015 Premierminister Australiens. Er hielt diese Rede bei der traditionsreichen Margaret-Thatcher-Lecture in London, 27. Oktober 2015. Aus dem Englischen von **Matthias Fienbork**

«Unser Modell muss die Schweiz sein»

Der ukrainische Politiker Nikolai Lewtschenko hat eine ebenso einfache wie kühne Lösung für den Konflikt in seiner Heimat: Föderalismus und Neutralität. Derzeit sitzt er im Moskauer Exil, doch seine Ansichten finden zunehmend Gehör. *Von Wolfgang Koydl und Salvatore Vinci (Bild)*



«Totalitäre Strukturen – hier wie dort»: Exil-Politiker Lewtschenko.

Als Nikolai Lewtschenko zum ersten Mal für ein politisches Amt kandidierte, da waren einige seiner Landsleute mit den Einzelheiten demokratischer Wahlen noch nicht so recht vertraut. Man schrieb das Jahr 1997, Lewtschenko war gerade achtzehn Jahre alt und studierte an der Universität seiner ostukrainischen Heimatstadt Donezk Geschichte. Gemeinsam mit Freunden hatte er überall Wahlplakate angebracht, als ihn der Dekan der Hochschule dringend sprechen wollte. «Was hast du denn jetzt schon wieder angestellt?», fragte der Akademiker händeringend. «Die Polizei sucht dich. Überall hängt dein Steckbrief.»

Inzwischen sind Wahlen in der Ukraine zum Normalfall geworden. Niemand würde mehr Wahlplakate mit Fahndungsfotos verwechseln. Der Student Lewtschenko wurde denn auch damals als Mitglied der Partei der Regionen des späteren Staatspräsidenten Wiktor Janukowitsch ins Stadtparlament gewählt. Später stieg er zum Vorsitzenden des Stadtrates der Grossstadt auf, bis er 2012 in das nationale Parlament, die Werchowna Rada, in Kiew gewählt wurde.

Feind Europäische Union

Heute kandidiert der 36-jährige nirgendwo mehr in der Ukraine. Er lebt im selbstgewählten Exil in Moskau, von wo aus er die Vorgänge in seiner Heimat mit einer Mischung aus Entsetzen, Verzweiflung und Zorn verfolgt. Zurückkehren kann er bis auf weiteres nicht – weder nach Kiew noch nach Donezk. Denn in der Hauptstadt würde ihn die Regierung unter Präsident Petro Poroschenko und Premierminister Arseni Jazenjuk verhaften und vor Gericht stellen. Daheim in Donezk hätten die prorussischen Separatisten ein womöglich noch schlimmeres Schicksal für Lewtschenko geplant.

Sucht man nach Gründen, wie es dem ehrgeizigen und erfolgreichen Jungpolitiker gelungen ist, sich gleich alle ukrainischen Konfliktparteien zum Feind zu machen, fällt die Antwort darauf sehr kurz aus: Lewtschenko ist schlicht zu vernünftig. Denn der junge Mann lehnt den alleinigen Machtanspruch Kiews auf das ganze Land ebenso ab wie die Forderungen der Separatisten nach einer eigenen Republik. «Ich will alles tun, dass der Osten wieder an die Ukraine angegliedert wird», betont er. «Aber das muss eine andere Ukraine sein, als man sie sich in Kiew oder Washington vorstellt.»

Seine Lösung ist so einfach, dass sie in Kiew und Donezk, aber vermutlich auch in Washington und Moskau weltfremd klingt: «Unser Modell muss die Schweiz sein», sagt er. «Im Inneren föderal aufgebaut, mit grösstmöglichen Vollmachten für die einzelnen Regionen, und nach aussen neutral. Wir dürfen weder zum Lager des Westens noch zu Russland gehören. Wer eine solche Entscheidung von uns verlangt, der ist ein Feind der Ukraine.»

«Ich will meinen Landsleuten zeigen, dass ich weiter für sie kämpfe.»

ne.» So ein Feind war seiner Meinung nach die Europäische Union: «Ihr Ultimatum an uns, zwischen Brüssel und Moskau zu wählen, war ein grosser Fehler, es war der Anfang dieser grossen Katastrophe.»

Wahrscheinlich würden die meisten Ukrainer, egal, ob sie im Westen des Landes leben oder im Osten, Lewtschenkos Forderungen unterschreiben. Konkrete politische Folgen hätte das freilich nicht. Die jeweiligen Machthaber in den zerstrittenen Landesteilen verfolgen, unbeeindruckt von der öffentlichen

wurden und sich nun in anderen Landesteilen aufhalten, wurde das Wahlrecht vom Parlament verweigert. Das ist umso bedauerlicher, als viele von ihnen gegen den russischen Einfluss in ihrer früheren Heimat sind und eine souveräne Ukraine als ihr Land betrachten, einschliesslich der Halbinsel Krim.

Wenn also schon die Wähler keinen Einfluss auf die Politik haben, warum sollte man dem Wort eines Mannes mehr Gewicht beimessen, der gar nicht im Lande lebt und über kein politisches Mandat mehr verfügt, seitdem man ihn im Sommer vergangenen Jahres buchstäblich aus dem Parlamentssaal hinausgeprügelt und ihm ein Sitzungsverbot erteilt hat? Seine Verfehlung: Er hatte öffentlich gefragt, warum Kiew nicht zu einem Waffenstillstand bereit sei, damit Friedensgespräche eingeleitet werden könnten. Diese – von der Regierung als «aufrührerisch» eingestufte – Bemerkung lieferte auch die Grundlage für den Prozess, der in seiner Abwesenheit gegen ihn in Kiew eingeleitet wurde.

Aber Lewtschenko ist nicht irgendein politisch engagierter Ukrainer. Zum einen ist nicht ganz unerheblich, dass er finanziell unabhängig ist und von dem Oligarchen Rinat Achmetow, dem reichsten Mann der Ukraine,

dass der zu gleichen Teilen ernsthaft wie jugendlich wirkende Mann nicht nur wegen seiner Ansichten über eminentes Wahlpotenzial verfügt, sondern auch durch Charisma und Ausstrahlung auffällt.

Lewtschenkos wichtigste politische Plattform seit Beginn seines Moskauer Exils sind Talkshows und politische Diskussionen im russischen Fernsehen. «Für Kiew ist ein Auftritt im russischen TV zwar ein Verbrechen», sagt er. «Aber ich weiss, dass meine Landsleute im Donbass diese Sender sehen. Ich will ihnen zeigen, dass ich weiter für sie kämpfe.»

Hoffen auf Angela Merkel

Wie viele Menschen ihn in seiner Heimat unterstützen, kann er – oder will er – nicht sagen: «Das kann man erst bei einer echten, fairen Wahl feststellen.» Voraussetzung dafür ist freilich, dass das im vergangenen Februar in der weissrussischen Hauptstadt von der deutschen Bundeskanzlerin sowie den Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine ausgehandelte Abkommen «Minsk II» hält. Darin wurden eine Waffenruhe, die Bildung von Pufferzonen und ein Gefangenenaustausch vereinbart, aber auch konkrete politische Schritte in Richtung auf

Lindt
CONNAISSEURS

„Die Verführerische...“

...ein ganz individueller Charakter – wie alle 15 Connaisseurs-Pralinés. Schenken Sie Connaisseurs, die wertvollsten Meisterwerke unserer Maitres Chocolatiers.

Meinung, weiterhin ihre eigenen Interessen, tatkräftig unterstützt und finanziert von diversen Oligarchen. «Totalitäre Strukturen – hier wie dort», lautet Lewtschenkos knappes Urteil.

In Kiew denken manche deshalb bereits über einen neuen, einen dritten Maidan nach. Der Begriff ist ein Kürzel für einen allgemeinen Volksaufstand. Doch konkret wird nach Ansicht von Beobachtern nichts geschehen: Die Ukrainer sind müde und apathisch geworden von jahrelangen politischen und militärischen Auseinandersetzungen, die letzten Endes nichts gebracht haben.

Auch die soeben abgeschlossenen Kommunalwahlen erwiesen sich erneut als Beleg dafür, dass von einer lebendigen Demokratie, wie sie im Westen gerne beschworen wird, in der Ukraine noch keine Rede sein kann. Die Bewohner im Donbass, den von Separatisten verwalteten Regionen um Donezk und Lugansk, waren sowieso von den Wahlen ausgeschlossen. Aber auch jenen 1,5 Millionen Menschen, die wegen der Kämpfe vertrieben

politisch unterstützt wird. Zum anderen sitzt er nach wie vor im siebenköpfigen Präsidium der Partei der Regionen. Da diese Gruppierung seit dem Sturz und der Flucht des ehemaligen Präsidenten stark diskreditiert ist, denkt man in diesem Gremium nach Lewtschenkos Worten über die Gründung einer neuen Partei nach.

Eminentes Wahlpotenzial

In Moskau ist der Ukrainer gut vernetzt mit allen politischen Kräften, die in der Duma vertreten sind: «Ich habe ein gutes Verhältnis zu Wladimir Schirinowski», gibt er zu. Allerdings teile er nicht die politischen Ansichten des langjährigen rechtsextremen Polterers der russischen Politik. Aber auch zu Abgeordneten der Präsidentenpartei Einiges Russland und zu den Kommunisten unterhält er Kontakte.

Inzwischen sind auch Nichtregierungsorganisationen in den USA und in Europa auf den ehemaligen Donezker Lokalpolitiker und Parlamentsabgeordneten aufmerksam geworden. Ihnen dürfte nicht verborgen geblieben sein,

eine Dezentralisierung der Macht in der Ukraine.

Der Schlüssel für den Erfolg der Vereinbarung liegt nach Lewtschenkos Überzeugung in Kiew, doch die Aussichten schätzt er als schlecht ein. «In Kiew werden rechte, nationalistische Gruppen immer stärker», meint er. «Sie brauchen einen Feind, und deshalb schüren sie den Konflikt immer wieder aufs Neue – bis zu einem Endsieg, wie sie verkünden.» Diese Gruppen hätten auch ein Interesse daran, den ukrainischen Bürgerkrieg zum geopolitischen Konflikt zwischen dem Westen und Russland hochzustilisieren.

Die grössten Hoffnungen setzt Lewtschenko auf Angela Merkel, obwohl auch er weiss, dass die Kanzlerin derzeit mit anderen Problemen zu tun hat. «Sie muss ihren Fehler korrigieren und Kiew nachdrücklich ermahnen, endlich die versprochenen Reformen durchzusetzen», verlangt er. Solange das nicht geschieht, muss er auf seine Rückkehr warten. Und darauf, dass an den Laternenpfählen keine Steckbriefe von ihm hängen, sondern Wahlplakate. ○

«Ein paar Wolken sind noch da»

US-Botschafterin Suzi LeVine ist ein Feuerwerk der guten Laune. «Zusammen» ist ein Lieblingswort der Neo-Diplomatin. Doch wie steht es um den Steuerstreit, um die Enthüllungen von Edward Snowden und um die Schwächen der Regierung Obama? Von Florian Schwab und Urs Gehrig

Frau Botschafterin, die Schweiz hat ein neues Parlament gewählt. Welche Kernbotschaft zum Ereignis haben Sie nach Washington übermittelt?

Eine faszinierende Frage! Wir schätzen den lokalen Charakter der schweizweiten Wahlen. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden sich für kantonale Repräsentanten, und daraus geht die Zusammensetzung des Parlaments und der Parteien auf Bundesebene hervor. Ein wichtiger Teil meiner Arbeit besteht darin, den Bevölkerungen auf beiden Seiten ein Verständnis für Kulturen, Werte und politische Entscheidungen im jeweils anderen Land zu vermitteln. Liebe zur Demokratie und Respekt in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit verbinden die Schweiz und die USA derart, dass ich sie gerne als Schwesterrepubliken bezeichne. Es geht mir also darum, die Mechanik der Schweizer Wahlen zu erklären. Jemand hat mir gesagt, dass mehr als 3000 Kandidaten für das Parlament kandidiert haben. Das ist faszinierend und motiviert die Bevölkerung, sich am politischen Prozess zu beteiligen.

Bezogen auf das Wahlresultat: Was hat Sie am meisten beeindruckt?

Das ist Schweizer Politik und damit eine interne Angelegenheit. Wir arbeiten gerne mit allen zusammen, die in die Regierung gewählt werden.

Da gibt es aber doch einen ziemlichen Wechsel. Man spricht von einem Rechtsrutsch. Wird das die diplomatischen Beziehungen nicht beeinflussen?

Nein. Unsere Beziehung zu allen Bundesräten ist exzellent. Sie hat sich über die letzten paar Jahre verbessert, und dies wird auch so weitergehen. Nehmen Sie die Stärkung unserer wirtschaftlichen Bande: Die Schweizer Exporte in die USA sind über die letzten fünf Jahre um mehr als vierzig Prozent angestiegen – die stärkste Zunahme von allen Exportdestinationen. Umgekehrt haben Schweizer Importe von US-Gütern fast ebenso stark zugenommen, auch aus US-Sicht ein globaler Spitzenwert. Ich denke auch an unsere gemeinsamen Anstrengungen, das Schweizer Modell der Berufslehre zu verbreiten. Bei dieser hervorragenden Zusammenarbeit geht es darum, Jobs zu schaffen. Wer will hier aus politischen Gründen dagegen sein?

In Interviews betonen Sie immer wieder, wie grossartig Ihr erstes Jahr als Botschafterin war, wie hilfreich und kooperativ die Leute hier sind et cetera. Gibt es mittlerweile auch etwas, was Ihnen auf die Nerven geht – einmal abgesehen vom Anstehen an den Skiliften, über das Sie sich letzten Winter auf Twitter beklagt haben?

Oh, was das Letzte betrifft, habe ich inzwischen dazugelernt. (Lacht) Im Ernst: Ob Sie es glauben oder nicht, ich bin ganz und gar angetan von den Erfahrungen, die meine Familie und ich hier machen; von den Chancen, die wir haben, etwas zu bewegen.

Ronald Reagan war der letzte US-Präsident, der eine Berufsdiplomatin als Botschafterin nach Bern geschickt hat. Reagans Nachfolger haben alle Kandidaten ohne diplomatischen Rucksack den Vorzug gegeben. Ist die Schweiz nicht mehr bedeutend genug für einen mit allen Wassern gewaschenen Diplomatie-Crack?

Die Vereinigten Staaten haben eine Tradition, neben Karrierediplomaten auch Persönlichkeiten als Botschafter zu berufen, die ihre Spuren in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung oder im Privatsektor abverdient haben. Seit den Tagen von Thomas Jefferson haben Einflüsse von aussen wie Wissen unser diplomatisches Korps gestärkt und angeregt. Heute wird ein Drittel aller Botschafter abseits des Karrierepfads berufen. Wie Sie wissen, gehöre ich in diese Kategorie. Wenn Sie meinen Hintergrund ansehen: Ich habe Geschäftsbeziehungen zu den grössten Firmen der Welt entwickelt. Ich habe Erfahrungen mit Start-ups gesammelt, in der Teamführung, im «Management» meiner Kinder. Ich habe Produkte und Dienstleistungen global angeboten, Innovationen über den Globus verbreitet. Ich bin überzeugt, dass Präsident Barack Obama jemanden hierhin geschickt hat, der das Stärkenprofil der Schweiz exakt spiegelt: Technologie, Innovation, Reisen, soziale Verantwortung, die freie Natur. Das sind Bereiche, in denen ich umfangreiche Erfahrungen mitbringe.

Ein guter Werbespot für Ihre unbezweifelten Qualitäten. Trotzdem irritiert es viele in Europa, dass häufig Personen zu US-Botschaftern berufen werden, die – wie Sie – im Wahlkampf besonders aktiv waren. Das Botschafteramt als Trophäe für die effizientesten Wahlhelfer – was ist das für ein System?

Ihre Frage kann ich nur für den jetzigen Präsidenten Obama und für meinen Fall beantworten. Die Botschafter und die Leitung des Aussenministeriums repräsentieren die US-Bevölkerung mehr als jemals zuvor: Bei den Karrierediplomaten wie auch bei den Quereinsteigern sind anteilmässig am meisten Frauen und am meisten Leute mit lesbischem, schwulem, bisexuellem und mit Transgender-Hintergrund vertreten. Dasselbe gilt auch für andere Minderheiten. So bilden wir unsere amerikanische Nation ab. Zu meiner Person: Ja, ich war tief in die Obama-Präsidentschaftskampagne involviert. Als ich 2007 vernahm, dass der damalige Senator Barack Obama sich für das Präsidentenamt bewerben würde, habe ich die Hand aufgestreckt und gesagt: «Ich will alles tun, was ich kann, um ihm zur Wahl zu verhelfen.» Im Zuge des Wahlkampfs wurde

«Wir schätzen den lokalen Charakter der schweizweiten Wahlen.»

man auf mein Organisationstalent aufmerksam. Man sah, wie ich Leute führe, wie ich sie erreiche und einbeziehe. Ich habe Abertausende dazu gebracht, zu wählen und sich freiwillig einzusetzen, sich als Staatsbürger einzubringen.

Was haben Sie aufgrund Ihrer Fähigkeiten als Botschafterin bislang erreicht?

Eines der Highlights für mich ist das Abkommen, das die Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung regelt. Zwanzig Schweizer Firmen haben entschieden, das Modell der Berufslehre in den USA anzuwenden oder dort auszubauen. Das verändert das Angesicht des Arbeitsmarkts in den USA und entwickelt unser Denken über Ausbildung weiter. Erstmals entsteht ein Bewusstsein dafür, dass der Weg zum Erfolg viele Ausgangspunkte haben kann und dass er nicht immer mit einer Matura oder gar einem Hochschulabschluss beginnen muss. Dass wir dies erreicht haben, liegt an meiner Fähigkeit, mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten.

Als Sie Ihr Amt antraten, waren die Beziehungen in den Pulverdampf des sogenannten Steuerstreits gehüllt. Schweizer Banken werden in den USA wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung verfolgt.



«Ich sage Ihnen, dass wir das Schweizer Recht respektieren»: US-Botschafterin LeVine.



«Exzellente Beziehungen»: LeVine, Bundesrat Burkhalter, 2014.



«Es gibt noch viel Arbeit»: Amtsantritt in Bern, Juni 2014.

Seit einem Jahr möchten Sie die leidige Angelegenheit abhaken. Wo stehen wir?

Wir sind dabei, das Kapitel abzuschliessen. 44 Schweizer Banken in der Kategorie 2 haben bereits eine Vereinbarung über eine Nichtverfolgung [Non-Prosecution Agreement] mit dem US-Justizministerium abgeschlossen. Unsere Justiz erwartet, dass wir vor Jahresende mit den Verbleibenden ebenfalls zu einem Ergebnis kommen. Sobald das der Fall ist, wird man wirklich sagen können: «Wir haben ein neues Kapitel aufgeschlagen.» Aber Sie haben schon recht: Ein paar Wolken sind noch da, und wir arbeiten hart daran, sie zu beseitigen.

Spricht man mit Finanzspezialisten, hört man vielfach, die Schweiz sei nicht länger ein sicherer Hafen für jene, die ihre Steuern nicht zahlen möchten. Hingegen würde dieses Geschäftsmodell in den USA munter weiterpraktiziert, etwa im Fall von Lateinamerikanern, die ihr Geld nach Florida bringen, oder auch von Europäern, die in Bundesstaaten wie Delaware sehr einfach anonyme Firmenkonstrukte errichten können. Können Sie nachvollziehen, dass der Eindruck von amerikanischer Doppelmoral entsteht?

Ich teile den Eindruck nicht, und auch die Zahlen sprechen eine andere Sprache: Bei den Bussen im Umfang von total 617 Milliarden US-Dollar, die das Justizministerium verhängt hat, waren zu 85 Prozent amerikanische Banken betroffen. Unsere Justiz zögert nicht, US-Banken hart anzufassen, wenn sie zur Steuerhinterziehung beitragen. Das Ende des Bankgeheimnisses als Alleinstellungsmerkmal im Markt und die zunehmende Transparenz sind globale Anliegen, die auch in multilateralen OECD-Abkommen festgeschrieben sind. Es ist für mich als Beobachterin eindrücklich, zu sehen, wie die Schweizer Banken dabei sind, ihre Angebote neu auszurichten, und sich auch in den neuen Realitäten ein unverwechselbares Profil geben.

Moment: Die USA machen bei diesen Abkommen zum automatischen Informationsaustausch nicht voll mit. Sie verlangen mehr Daten, als sie selber zu geben bereit sind.

Die USA haben Massstäbe dabei gesetzt, die Bürger zu ermuntern, ihre Steuern zu zahlen. Das hat auch dazu beigetragen, dass auf globaler Ebene so viele Anstrengungen unternommen werden, um die Mechanismen zu eliminieren, die zur Steuerhinterziehung verleiten.

Selbst wenn US-Bürger im Ausland wohnen, müssen sie für ihr Heimatland Steuern bezahlen. Immer mehr Amerikaner geben ihren Pass ab. Darunter Prominente wie Facebook-Mitgründer Eduardo Saverin und Tina Turner. Wie reagieren



«Ich will alles tun»: Obama mit Ehepaar LeVine.

Sie, wenn etliche von Amerikas stärksten Stimmen Ihrer Nation den Rücken kehren?

Ich äussere mich nicht über Entscheide von Privatpersonen. Was ich sagen kann: Wir versuchen alles in unserer Kraft Stehende, um uns um die Themen zu kümmern, die solche Sorgen ausgelöst haben. Wir sprechen mit den Banken und versuchen, sie dazu zu motivieren, US-Personen wieder als Kunden zu akzeptieren und deren Konten zu reaktivieren. Ehrlich gesagt, fragen wir US-Bürger nicht, warum sie sich dafür entscheiden, ihren US-Pass aufzugeben. Die meisten sind Leute, deren Eltern in den USA unterrichte-

Suzi LeVine

Suzan «Suzi» LeVine, 45, ist seit Juni 2014 Botschafterin der USA für die Schweiz und Liechtenstein. Wie viele ihrer Vorgänger ist sie keine Profi-Diplomatin. LeVine hat sich als effiziente Wahlhelferin in den Orbit Obamas katapultiert. Bevor sie aus ihrer Heimatstadt Seattle nach Bern reiste, wurde sie mit einem diplomatischen Crash-Kurs auf ihre neue Rolle vorbereitet. LeVine studierte Englisch und Maschinenbau. Ihre ersten Berufserfahrungen machte sie als Produktmanagerin für Microsoft, und sie half MS-DOS und Windows 95 zu lancieren. Darauf arbeitete sie für das Reiseportal Expedia, wo sie zur Vizepräsidentin für Marketing und Verkauf in der Abteilung Luxusreisen aufstieg. LeVine gilt als sehr vielseitig und begeisterungsfähig. Sie erhielt verschiedene Auszeichnungen für hervorragende Führungsqualitäten. Wie kein US-Gesandter vor ihr nutzt «AmbSuzi» Twitter und Facebook als Mittel der Diplomatie. Ihren Amtseid leistete sie nicht auf der Verfassung in Buchform, sondern auf einem E-Book-Reader. LeVine ist verheiratet und hat zwei Kinder. (geh)

ten, als sie geboren wurden – und somit erhielten sie automatisch einen Pass.

Es gibt aber auch Schweizer Stimmen, die sich dankbar äussern für die harte Tour der USA. Neulich schrieb der Schriftsteller Lukas Bärfuss in einer deutschen Zeitung, die Schweizer Justiz handle nur unter Druck aus Washington. Teilen Sie diese Position?

Ich gebe keinen Kommentar ab darüber, wie das Schweizer Justizsystem arbeitet. Was ich sagen kann: Wir haben starke Partner gefunden auf Seiten der Schweizer Regierung und der Behörden, mit welchen wir sehr gut zusammenarbeiten.

Waren Sie als Botschafterin im Voraus informiert, als die Schweizer Behörden in Kooperation mit der US-Justiz Spitzenfunktionäre der Fifa in ihren Zürcher Hotelzimmern verhafteten?

Noch einmal. Die Schweiz war bisher exzellent bezüglich der Kooperation in solchen Bereichen. Zu zeitlichen Abläufen äussere ich mich nicht.

Sie schätzen die Kooperation mit Schweizer Behörden sehr, besonders im Sicherheitsbereich. Was genau läuft Ihrer Ansicht nach so gut?

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Eine der grössten Gefahren für die Welt heute ist die Zunahme von ausländischen Kämpfern in den Reihen der Dschihadisten. Das Phänomen beeinflusst jedes Land auf diesem Planeten. Es gibt drei Ansätze, wie man damit umgehen kann. Erstens: militärisch. Zweitens: potenzielle ausländische Kämpfer daran hindern, an Orte zu reisen, wo sie ein Training absolvieren können. Drittens: verhindern, dass die Ideologie überhaupt attraktiv ist. Dieser dritte Ansatz gibt eine Antwort auf Ihre Frage. Die Schweiz beteiligte sich letzten Februar an der Anti-Extremismus-Konferenz in Washington, zu der das Weisse Haus geladen hatte. Aussenminister Burkhalter hielt eine bewundernswerte Rede über die Rolle des Schweizer Lehrlingsystems. Indem man Jugendlichen ein Ziel und eine Bedeutung gibt, erhalten sie Anerkennung und Selbstwertgefühl. Wie lernen wir von dem, was in den Schulen passiert? Wie verhindert man Dschihadistenrekrutierungen in Gefängnissen? Dies sind Gebiete, welche die Schweizer untersuchen. Und wir lernen von ihnen, und daraus entstehen Möglichkeiten zur Kooperation. Ich bewundere den Schweizer Ansatz, denn er beinhaltet eine langfristige Sicht, die viel Geduld erfordert.

Es gibt Aspekte in der amerikanischen Terrorabwehr, die weltweit Wut ausgelöst haben. Namentlich die Abhöraktivitäten der Nationalen Sicherheitsbehörde (NSA). Whistleblower haben enthüllt, wie zum Beispiel die Uno in Genf ausgehorcht

wurde. Sind Sie als Botschafterin im Bild über das, was die NSA aktuell in unserem Land tut?

Stopp, Sie äussern hier einige Vermutungen, die auf Spekulation basieren.

Welche denn?

Die USA spionieren nicht normale Bürger aus, die keine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen. Wir respektieren die Privatsphäre von Individuen.

Was Edward Snowden aufdeckte und mit Dokumenten belegte, ist falsch?

Ich ermuntere Sie, diesbezüglich die Rede des Präsidenten über Reformen der Funkaufklärung zu lesen, die er im Januar 2014 gehalten hat.* Die USA haben nicht Privatpersonen ausspioniert, die keine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen. Und die USA anerkennen die individuelle Privatsphäre. Ausserdem gibt es eine grosse Debatte innerhalb der USA über Sicherheit und Privatsphäre. Man kann nicht hundert Prozent Sicherheit und hundert Prozent Privatsphäre haben. Die Ansichten darüber, was hier Gleichgewicht bedeutet, mögen sich über die Zeit hinweg ändern. So ist es in den USA geschehen. Und es ist an jeder Nation, dieses Gleichgewicht zu definieren.

Dokumente wurden veröffentlicht, laut denen US-Geheimdienste die Uno in Genf ausgehorcht haben. Unsere Frage lautet: Sind Sie darüber informiert, ob in der Schweiz weiterhin solche Lauschangriffe stattfinden?

Ich gebe keinen Kommentar ab zu Fragen, welche sich auf den Geheimdienst beziehen. Aber ich sage Ihnen, dass wir das Schweizer Recht respektieren.

Zurück zum Geschäft. Die Schweiz investiert in hohem Ausmass in die USA. Wie gross sind die Kapazität und der Wille der USA, in die Schweiz zu investieren?

Gemäss neusten Zahlen ist die Schweiz der achtgrösste Investor in die USA, und ich glaube, sie ist immer noch Nummer eins in Wissenschaft und Entwicklung. Was ich besonders liebe: Die Schweiz gehört auch zu den am schnellsten wachsenden Investoren. Es gibt eine unglaubliche Kurve in dieser Hinsicht. Die USA sind auch eine der Top-drei-Investoren in die Schweiz. Es gibt US-Investitionen in der ganzen Schweiz. US-Firmen schaffen neue Jobs in diesem Land. Sie sehen die Schweiz als rentablen Markt, in dem ihre Geschäfte prosperieren und von dem aus ihre Handelsbeziehungen weltweit gedeihen können.

Die USA verhandeln derzeit mit der EU über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Manche Schweizer Unternehmen fürchten, vom entstehenden Riesenmarkt ausgeschlossen zu werden. Wirtschaftsminister Schneider-Ammann

war vor kurzem in den USA, um zu bewirken, dass die Schweiz miteinbezogen wird. Wie sieht Ihre Regierung diese Bemühungen?

Ich schätze es sehr, dass Sie dieses Thema ansprechen. Ich war bei dem besagten Treffen dabei. Die TTIP-Verhandlungen zwi-

«Es besteht ein verstärkter Fokus auf der Schweiz als einem sehr wichtigen Wirtschaftspartner.»

schen den USA und der EU werden fortgesetzt. Wir geben unseren Schweizer Ansprechpartnern regelmässig Updates, um sie auf dem Laufenden zu halten. Obwohl noch nichts beschlossen ist, könnte es für aussenstehende Länder die Möglichkeit geben, dem Abkommen nachträglich beizutreten. Die Wichtigkeit der Schweiz ist



uns durchaus bewusst. Der allererste bilaterale CEO-Gipfel, den das Weisse Haus durchführte, war mit der Schweiz. Acht Firmen waren präsent und verkündeten, dass sie drei Milliarden Dollar in die USA investieren werden. Vier von ihnen führen Berufslehren durch. Es besteht also ein verstärkter Fokus auf der Schweiz als einem sehr wichtigen Wirtschaftspartner der USA.

(Die offizielle Interviewzeit ist zu Ende. Die Botschafterin ergreift von sich aus nochmals das Wort.)

Ich hoffe, ich konnte Ihnen eine Idee vermitteln, was US-Leadership ist und was wir tun in der Welt. Lassen Sie mich noch einen besonders positiven Punkt hervorheben, in dem wir sehr gut mit der Schweiz zusammengearbeitet haben. Vor einem Jahr war die Furcht verbreitet, dass wir eine globale

Pandemie haben werden. Dass Ebola die heftigste Krise unserer Zeit werden würde.

Mit Verlaub, die Weltwoche wurde nicht erfasst von dieser Furchtpandemie.

Rund um den Globus herrschte grosse Furcht. Vor einem Jahr gab es 3600 Fälle von Ebola allein in Westafrika. 1600 Menschen starben nur schon im Monat Oktober 2014. Wissen Sie, wie hoch die Zahlen sind in diesem Oktober? 24 Ansteckungsfälle und 3 Tote. Die USA haben die globale Koalition zur Bekämpfung von Ebola angeführt, mit einer sehr starken Beteiligung der Schweiz.

Tatsächlich? Wir erinnern uns, dass ein Team von speziell trainierten Schweizer Helfern trotz langer Verhandlungen mit den USA nie den Weg in das afrikanische Krisengebiet gefunden hat.

Die Schweiz war sehr hilfreich von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus, sie sandte Personal für die Hilfe vor Ort und nahm einige der Schwerkranken in der Schweiz auf. Und bei der Entwicklung von Impfstoffen spielte die Schweiz auch eine wichtige Rolle. Die Ebola-Krise ist ein Beispiel für die Herausforderungen von heute, die so gross sind, dass ein Land allein sie nicht lösen kann. Eines meiner Lieblingswörter ist «zusammen». Das ist ein Kernpunkt unserer Aussenpolitik: Wir wollen Herausforderungen zusammen meistern.

Eine der verheerendsten aussenpolitischen Aktionen Ihres Präsidenten war das militärische Eingreifen in Libyen. Es war kein «Zusammen»-mit-der-Welt. In einer Mini-Koalition mit Franzosen und Briten bombten die USA den Boden weich für den Sturz Gaddafis. Das Resultat ist ein schwarzes Loch. In Libyen herrscht Bürgerkrieg, der IS marschiert auf, und Flüchtlingsströme aus Afrika gelangen ungehindert nach Europa. Wie bitte passt das in das Bild, das Sie eben gezeichnet haben?

Das ist eine umfassende Diskussion, die wir uns gerne für ein nächstes Treffen aufsparen.

Dürfen wir um eine kurze Antwort bitten, da die Frage im Raum steht?

In diesem Fall [Libyen] arbeiteten die USA zusammen mit vielen Nationen der Welt. Wir versuchten, auf eine Situation zu reagieren, in der ein brutaler Diktator herrschte. Wir versuchten, für die Individuen, die persönlich von dieser Diktatur betroffen waren, zu sorgen. Es gibt noch viel Arbeit. Und viele Länder sind involviert und versuchen hier Lösungen zu finden, die USA inklusive. Das ist der Punkt, an dem wir heute stehen.

* Im Internet: Die Obama-Rede finden Sie unter www.weltwoche.ch/Obama-Rede



Selbstbewusst, kalt, fordernd: Charlotte Rampling, fotografiert von Helmut Newton.



Hart und stark

Von Beatrice Schlag

Erkennen Sie die Dame im Pelz mit dem harten Blick? Wenn nicht: Es liegt nicht daran, dass das Foto fast vierzig Jahre alt ist und die Frau inzwischen in Vergessenheit geriet. Im Gegenteil. Bei der diesjährigen Berlinale erhielt sie für ihre Hauptrolle in dem britischen Film «45 Years» den Preis als beste Darstellerin. Kein kleines Kompliment für Charlotte Rampling nach fast fünfzig Jahren Karriere. Der Grund, warum man sie auf dem Foto schwer erkennt, ist ein anderer: Der Fotograf hiess Helmut Newton. Und er wollte die Britin mit den markanten Schlupflidern über den hellen Augen nicht als Charlotte Rampling zeigen. Das hatte er schon einmal getan, Jahre zuvor, als er die Frau mit den langen, schmalen Beinen und den herausstehenden Rippen nackt in einem dekadenten Luxus-Salon fotografiert hatte. Das Bild machte Furore. Nicht weil man darauf besonders viel von ihrem Körper sah. Sondern weil sie rittlings auf einem Tisch sass und über die Schulter mit einem Blick in die Kamera sah, von dem man nicht sagen konnte, ob er vorwurfsvoll oder spöttisch war. Und weil es unverschämt frech ist, mit nacktem Hintern auf einem Tisch zu sitzen.

1977, als Newton dieses Bild machte, war er bereits weltberühmt als der Mann, der die Modefotografie sexualisiert hatte. Er war stolz darauf: «Ja, ich denke, dass ich die Modefotografie verdorben habe. Was daraufhin passiert ist? Dass viele Damen nun wie Huren aussehen und viele Huren wie Damen.» Inzwischen konnte er es sich leisten, seinen eigenen sexuellen Fantasien nachzugehen. Zwei Jahre später stellte er die ersten seiner «Big Nudes» aus, jener überlebensgrossen Glamour-Frauen in High Heels, deren Blick selbstbewusst, kalt und fordernd war. Er sagte, es seien Bilder weiblicher Stärke. Es waren die Domina-Fantasien eines Sechzigjährigen. Charlotte Rampling im Pelz war eine Vorläuferin der «Big Nudes»: bis zur Unkenntlichkeit zuge schminkt und mit Attributen von Reichtum ausgestattet – eine Projektionsfläche für Liebhaber strenger Frauen. Wer sich den Fotografen als Wilderer im Paradies nackter Frauen vorstellt, irrt: Newton fasste kein Model an. Freunde sagen, er habe mit seiner Ehefrau Alice Springs bis zu seinem Tod eine ungewöhnlich anregende Ehe geführt.

Newton. Horvat. Brodziak.
Museum für Fotografie Berlin, bis 15. November

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Jojo Moyes**: Ein ganz neues Leben (*Wunderlich*)
- 2 (–) **Michael Hjorth, Hans Rosenfeldt**: Die Menschen, die es nicht verdienen (*Wunderlich*)
- 3 (–) **Hansjörg Schneider**: Hunkelers Geheimnis (*Diogenes*)
- 4 (–) **Sebastian Fitzek**: Das Joshua-Profil (*Bastei Lübbe*)
- 5 (3) **David Lagercrantz**: Verschwörung (*Heyne*)
- 6 (2) **Jo Nesbø**: Blood on Snow. Der Auftrag (*Ullstein*)
- 7 (4) **Eveline Hasler**: Stürmische Jahre (*Nagel & Kimche*)
- 8 (7) **Franz Hohler**: Ein Feuer im Garten (*Luchterhand*)
- 9 (8) **Paula Hawkins**: Girl on the Train (*Blanvalet*)
- 10 (9) **Jussi Adler-Olsen**: Takeover. Und sie dankte den Göttern (*DTV*)

Sachbücher

- 1 (1) **Arno Renggli**: Der Hund starb – was er nicht überlebte (*Wörterseh*)
- 2 (3) **Giulia Enders**: Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 3 (4) **Guinness World Records 2016** (*Hoffmann und Campe*)
- 4 (2) **Henning Mankell**: Treibsand (*Zsolnay*)
- 5 (7) **Jamie Oliver**: Jamies Superfood für jeden Tag (*Dorling Kindersley*)
- 6 (–) **Ursula Hauser**: Die Rebellin (*Wörterseh*)
- 7 (–) **Chris von Rohr**: Götterfunken (*Giger*)
- 8 (6) **Per J. Andersson**: Vom Inder, der ... (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 9 (–) **Max Frisch**: Ignoranz als Staatsschutz? (*Suhrkamp*)
- 10 (–) **Wilfried Meichtry**: Die Welt ist verkehrt, nicht wir! (*Nagel & Kimche*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Autorenverband

Der Verband Autorinnen und Autoren der Schweiz (AdS), der Berufsverband der Schriftsteller, setzt sich gemäss Statuten für «kulturelle Verschiedenartigkeit» und «Freiheit der Meinungsäusserung» ein. Das sind hehre Anliegen, gegen die niemand etwas einzuwenden haben kann – ausser AdS-Präsident Raphael Urweider. Nach den Wahlen forderte der Lyriker auf Facebook «Rechtswähler» dazu auf, sich zu melden, er wolle sich gerne von ihnen «entfreunden». Auf demselben Kanal rief er zur Denunzierung des Filmteams auf, das am Wahlkampfvideo «Welcome to SVP» beteiligt gewesen war. «Mit all diesen «Kulturschaffenden» sollte ab sofort nicht mehr zusammengearbeitet werden», schrieb er. Vielleicht beantragt Urweider an der nächsten AdS-Versammlung ja folgende Statutenänderung: «Die Freiheit der Meinungsäusserung gilt nur für Leute mit derselben Meinung wie ich.» (rb)

Literatur

Die Republik der Mutigen

Die Wiederentdeckung der vergessenen Texte des grossen britischen Aufklärers und Historikers Edward Gibbon (1737–1794) über die Schweiz. Von **Hanspeter Born**

Es ist heute die gängige Meinung, dass die Eidgenossenschaft vor der Französischen Revolution und dem Einmarsch der Truppen Napoleons in unser Land ein morsches, korruptes Gebilde war, dessen Ende nicht früh genug kommen konnte, um der «modernen Schweiz» Platz zu machen. Edward Gibbon (1737–1794), der Verfasser des einst weltberühmten und immer noch lesenswerten Monumentalwerks «The History of the Decline and Fall of the Roman Empire», sah das anders.

Edward Gibbon wurde als Fünfzehnjähriger von seinem Vater, einem ewig in finanziellen Schwierigkeiten steckenden englischen Landedelmann, 1752 zu einem reformierten Pfarrer nach Lausanne in die Verbannung geschickt, weil der kleine Rebell in Oxford zum Katholizismus übergetreten war. Er konnte

Gibbon gefiel die Vielfalt der Schweiz, das föderalistische Leben-und-leben-Lassen.

kein Wort Französisch, aber in den nächsten sechs Jahren eignete er sich eine umfassende Bildung an. Der hochbegabte Junge kannte die römischen Autoren so gut, dass er mit Professor Johann Jakob Breitinger nicht nur auf Latein korrespondierte, sondern dem eminenten Zürcher Philologen gar Vorschläge zu textuellen Verbesserungen machte.

Realist, kein Weltverbesserer

Im Herbst 1755 unternahm der Achtzehnjährige eine fünfwöchige Reise durch die deutsche Schweiz und notierte dabei seine Beobachtungen und Überlegungen in einem auf Französisch geschriebenen Journal. Die unterschiedlichen Regierungsformen und Mentalitäten in den von ihm besuchten Kantonen Solothurn, Zürich, Schwyz, Basel und Bern faszinierten ihn ungemein. Als Wahlwaadtlander hielt er dabei mit seiner Kritik an den Herren zu Bern nicht zurück. Die sozial undurchlässige Herrschaft durch achtzig Familien und die Vermischung von Legislative, Exekutive und Judikative in der Hand der Oligarchie liessen für die Zukunft des Staates Bern nichts Gutes erahnen. Andererseits imponierten ihm die



Der heilige Name der Freiheit: Alpherthenfest in

echte Demokratie im Landsgemeindestaat Schwyz und das ausgeklügelte, auf Kontrolle der Exekutive durch die Bürgerschaft beruhende Zunftsystern in Zürich. Er bewunderte in der Limmatstadt auch den Fleiss, die Tüchtigkeit und den Erfindergeist ihrer vom Handel lebenden Einwohnerschaft.

Schon als Jugendlicher war Gibbon ein überzeugter Liberaler und Demokrat gewesen. Deshalb sagte ihm die Schweiz zu. Er konnte sogar der bernischen Herrschaft über die Waadt, die er in einem nie veröffentlichten Pamphlet hart kritisierte, gute Seiten abgewinnen. Florierte in Lausanne nicht das geistige Leben, konnte dort nicht Voltaire, den er selber getroffen hatte, seine Stücke ohne Zensur aufführen? Gibbon



Unspinnen, 1808.

gefleht die Vielfalt der Schweiz, das föderalistische Leben-und-leben-Lassen, die Schiedsgerichtsbarkeit bei Konflikten zwischen den Kantonen und vor allem der unbändige Freiheits- und Unabhängigkeitswille. Er misstrauete Demagogen, verabscheute die Tyrannei, aber gleichzeitig war er auf der Hut vor Revolutionen. Während er zwar die Revolution der Waldstätte gegen die Habsburger als Sieg der Freiheit feierte, lehrte ihn die Historie, dass Anarchie und eine Herrschaft des Pöbels ebenso sehr zu fürchten waren wie die Diktatur.

Am Ende seines Leben, als er, erneut in seinem geliebten Lausanne, die Geschichte des Untergangs von Rom zu Ende schrieb, war in Frankreich die Revolution in vollem Gange. Die

Wolken des Chaos in Frankreich störten seine Ruhe. Ein Schwarm von französischen Emigranten war «dem öffentlichen Ruin entronnen und von der Nachbarschaft, den Manieren und der Sprache Lausses» angezogen worden. Mit der Folge, dass, so schreibt Gibbon, «anstatt als ruhige und müssige Zuschauer das Theater Europas anzuschauen, unsere Harmonie durch die Einflössung des Parteiengests verbittert wird». Die Auswirkungen der Revolution für die Waadt sind, gemäss Gibbon, alles andere als unerfreulich: «Die fanatischen Missionare der Volksverhetzung haben in unseren Städten und Dörfern, die während zweihundertfünfzig Jahren floriert haben, ohne die Annäherung des Kriegs

oder die Last der Regierung fürchten zu müssen, die Samen der Unzufriedenheit gesät. Viele Individuen und einige Gemeinden scheinen vom gallischen Rausch erfasst, den wilden Theorien von gleicher und unbegrenzter Freiheit; aber ich vertraue darauf, dass der waadtländische Volkskörper seinem Souverän und sich selber treu bleiben wird; und ich bin überzeugt, dass sowohl Scheitern wie Erfolg eines Aufstands gleicherweise mit dem Ruin des Landes enden würden. Solange die Aristokratie von Bern das Wohlergehen sichert, ist es überflüssig, danach zu fragen, ob sie auf den Menschenrechten gegründet sei: Die Wirtschaft des Staates wird freigiebig ohne die Hilfe von Steuern gefördert; und die Behörden müssen mit Vor-

sicht und Gerechtigkeit regieren, weil sie inmitten einer bewaffneten Nation unbewaffnet sind.» Dies die Auffassung eines im bernischen Untertanengebiet lebenden freien, aufklärerischen, kritischen Geists, der die letzten Jahre seines Daseins freiwillig unter dem heute derart verschrienen Ancien Régime verlebte.

Zum Zeitpunkt, als er als 28-jähriger, mittlerweile auch in Paris bekannter englischer Literat beschloss, die Geschichte der alten Eidgenossenschaft zum Thema seines ersten historischen Werks zu machen, war er kein naiver Teenager mehr. Er hatte sich durch seine Lektüre der römischen und griechischen Geschichtsschreibung und Literatur wie auch der zeitgenössischen Philosophen und Schriftsteller ein solides Wissen erworben. Während der zweijährigen Dienstzeit als Hauptmann in der Hampshire-Miliz eignete er sich praktische militärische Kenntnisse an und verfestigte sein jungliches Interesse an historischen Schlachten. Nach einem mehrmonatigen Besuch in der Stadt Rom hatte er sich vorgenommen, dereinst die Geschichte Roms zu schreiben. Die in Angriff genommene Schweizer Geschichte sollte sein Gesellenstück sein, das ihn auf sein geplantes Lebenswerk vorbereiten würde.

Akribisch und mit scharfem Blick studierte er die ihm zur Verfügung stehenden alten Chroniken. Als er nach zweijähriger Vorbereitung seine Schweizer Geschichte zu schreiben begann, tat er dies in guter Kenntnis des damals vorhandenen Quellenmaterials und als kluger Kenner des menschlichen Charakters und der Eigenschaften von sozialen Gebilden. Gibbon war ein weiser Aufklärer, ein Verspotter des Aberglaubens, ein nachsichtiger Beobachter menschlicher Schwächen. Er wusste, dass der Mensch von seinen Leidenschaften, nicht von der Vernunft getrieben wird. Er war Realist, kein Weltverbesserer und Schwärmer.

Schweiz böse, Europa gut

Erstaunlich deshalb, wie positiv Gibbon die Schweiz sieht – diejenige des 14. Jahrhunderts wie diejenige zu seinen Lebzeiten, im 18. Jahrhundert. In seiner unvollendeten und zu seinen Lebzeiten nie veröffentlichten Geschichte der freien Schweizer, «L'Histoire de la Liberté des Suisses», schreibt er: «Alle Männer von Uri, Schwyz und Unterwalden versprechen sich eine Freundschaft, die der Prüfung durch die Zeit und das Unglück standhält. Zum allgemeinen Wohl vereinen sie auf ewig ihre Kräfte und ihre Räte. Man kann hier eine erste Skizze der Zivilgesellschaft entdecken und jenen Gesellschaftsvertrag, den so viele Schriftsteller, die mit den Menschenrechten besser



Kenner des menschlichen Charakters: Historiker Gibbon.

vertraut sind als mit der Geschichte der Menschen, in den grossen Staaten vergeblich gesucht haben.» Ist dies nicht eine auch heute noch gültige Absage an die theoretischen staatspolitischen Denker, die kartesianisch eine ideale Welt auf dem Reissbrett entwerfen und diese nachher mit Gewalt oder Druck durchsetzen wollen?

In der jüngeren Schweizer Geschichtsschreibung, die in den sechziger Jahren ihren Anfang nahm und dann die Universitäten und den öffentlichen Diskurs eroberte, ist es Mode, die Blutrünstigkeit, Käuflichkeit, soziale Ungleichheit der alten Eidgenossen zu beklagen oder zu belächeln. Die moderne Schweiz, denken viele Intellektuelle, ist eine glückliche Folgeerscheinung der bewundernten Französischen Revolution: Napoleon ist ihr Erfinder, die Philosophen der Aufklärung sind unsere wahren Gründungsväter. Rütli-schwur, Morgarten und der ganze alte Krimskrams sind so irrelevant wie Schillers Tell, der ja auch nie existiert hat. Schämen wir uns über die schweizerischen Kriegerhorden, statt auf sie stolz zu sein wie unsere umnachteten, hurrapatriotischen Vorfahren. Schweiz böse, Europa gut. So die Lesart, die mit dem Applaus der *bien-pensants* rechnen kann.

Geschichte einer obskuren Revolution

Gibbon, wiewohl immer skeptisch und vor ätzender Kritik keineswegs zurückschreckend, sah es anders. «Ich habe hier mit einer schwa-

chen, aber unparteiischen Feder die Geschichte einer obskuren Revolution gezeichnet, die das Los einiger Bauern in den Alpen verändert hat. Sie verdient gleichwohl die Aufmerksamkeit des Philosophen, der den Menschen eher in der Hütte sucht als im Palast. Er weiss, dass der heilige Name der Freiheit fast immer nur die ungerechten Privilegien einer kleinen Anzahl von Bürgern bezeichnet hat und dass die von ihren Führern verführten oder mitgerissenen Nationen tausend Mal ingrimmig für Interessen gekämpft haben, die ihnen fernlagen. Der Philosoph überfliegt mit wachem Auge das Bild Europas in den barbarischen Jahrhunderten. Wie traurig ist doch dieses Bild für einen Freund der Menschen! Barone und Bischöfe, die ihrem König die blutige Hülle der Gemeinden streitig machen; diese unglückseligen Gemeinden, die sich manchmal mit ihren Ketten bewaffnen, aber deren ungewisse und blinde Wut durch ihre Auswüchse eine Freiheit entehrt, die zu geniessen sie unfähig sind; es sind dies einige Volksrepubliken im tiefen Italien, die durch immer neu auflebende Zwietracht auseinandergerissen werden und die

sich mit der gleichen Begeisterung ihren Tribunen und ihren Tyrannen unterwerfen. Möge der Philosoph hier ein selteneres und der menschlichen Natur würdigeres Schauspiel erkennen: ein anständiges Volk, das seine heiligsten Rechte mit den legitimsten Mitteln verteidigt hat; das in der Gefahr Festigkeit und nach dem Sieg Mässigung gezeigt hat.» Dies das Verdikt des Aufklärers, den der Dichter Byron «the lord of irony» nannte.

Was würde Gibbon über die heutige Schweiz denken? Sind wir immer noch ein anständiges Volk, das seine Rechte mit den legitimsten Mitteln verteidigt und das in der Gefahr Festigkeit und im Erfolg Mässigung zeigt? Ist die moderne Schweiz des frühen 21. Jahrhunderts, die sich als Musterschüler der Völkergemeinschaft gebärdet und vor den Mächtigen in Washington, Berlin oder Brüssel in die Knie geht, wirklich besser als das kuriose Staatsgebilde der alten Eidgenossenschaft, das seine Unabhängigkeit störrisch verteidigte und auch den stolzesten Fürsten die Stirne bot? Ist Freiheit uns immer noch so teuer, wie sie es unseren Vorfahren war?



Hanspeter Born

Der Autor, langjähriger *Weltwoche*-Redaktor, hat die unvollendete Schweizer Geschichte Gibbons aus dem Französischen übersetzt und sie unter dessen ursprünglichem Titel «Die Freiheit der Schweizer» herausgegeben. Offizin, 112 S., Fr. 26.–

Tränen der Freude

Edward Gibbon über den Sieg der Schweizer über die Habsburger in der Schlacht am Morgarten.



Hagel von Steinen und Pfeilen: Schlacht am Morgarten, 1315.

Der Untergang der Schweizer schien unvermeidlich. Der Herzog von Österreich hatte Vorkehrungen getroffen, um sie gleichzeitig von allen begehren Seiten anzugreifen. Graf Strassberg war beauftragt, die Truppen von Hasli, Frutigen und Siebenthal – 4000 Mann an der Zahl – zu versammeln, um in der Morgendämmerung in den Kanton Unterwalden einzudringen. Tausend Luzerner, die den See in Schiffen überquerten, sollten im Herzen des Landes zu ihnen stossen. Leopold selber marschierte von Zug aus, um direkt den Kanton Schwyz anzugreifen. Mit recht geschickten Manövern versuchte er, die Schweizer zur Aufgabe des Dorfes Morgarten zu bewegen. Dort lag der Engpass, von dem er glaubte, dass er ihn, als den am wenigsten schwierigen in den Ländern der Republik, knacken konnte.

Hoffnung in die eigene Tapferkeit

Sicher ist, dass die Bürger von Schwyz, die den Ort und Zeitpunkt ihrer Gefahr erfahren hatten, 600 Männern befahlen, sich auf der Stelle zu den 700 zu gesellen, die bereits den wichtigen Posten von Morgarten besetzt hielten. Gleichzeitig liessen sie die Verbündeten benachrichtigen, dass sie ihre Hilfe benötigten. Die von Uri schickten ungefähr 400 Männer, die bei Einbruch der Nacht eintrafen. Die in ihren eigenen Heimstätten angegriffenen Einwohner von Un-

terwalden konnten ihnen nur 300 Mann schicken, die gegen Mitternacht im Lager von Morgarten eintrafen. Diese kleine Truppe verbrachte die Nacht mit Fasten und Beten, besetzte alle Höhen und legte ihre Hoffnung einzig in ihre eigene Tapferkeit und den Schutz des höheren Wesens, das die Gerechtigkeit liebt und den Hochmut bestraft. Leopold war um Mitternacht aus Zug aufgebrochen. Er schmeichelte sich, dass er widerstandslos den Engpass von Morgarten, der sich zwischen dem Aegerisee und dem Fuss eines steilen Bergs gebildet hatte, werde besetzen können. Der Herzog marschierte an der Spitze seiner Elitetruppe. Eine tiefe Kolonne von Infanterie folgte ihm nahe aufgeschlossen. Die einen wie die andern versprachen sich einen leichten Sieg, falls die Bauern es wagen würden, sich ihnen entgegenzustellen.

Kaum hatten sie einen steilen und engen Weg betreten, der nur dreien oder viere gestattete, nebeneinander zu marschieren, als sie von einem Hagel von Steinen und Pfeilen bombardiert wurden. Rudolf von Reding, Landammann von Schwyz und General der Eidgenossen, hatte keinen der Vorteile vergessen, die ihm die Lage des Ortes bot. Er hatte enorme Felsblöcke herauschneiden lassen, die sich, sobald man die schwachen Stützen, die sie noch zurückhielten, wegzog, vom Gipfel des Berges lösten, bevor sie mit schrecklichem Donner auf die dichtgedrängten Bataillone der Österreicher herunterprasselten. Schon scheuten die Rosse, gerieten die Reihen

durcheinander, und als die Schweizer unter grossem Geschrei den Berg hinunterstürmten, verjagte Verwirrung den Mut der Österreicher und machte ihn wertlos. Gewohnt, auf den glitschigen Abhängen der Abgründe der Gämse nachzustellen, rannten die Schweizer mit sicheren Schritten durch den Schnee. Sie waren mit grossen und schweren Hellebarden bewaffnet, denen selbst das gehärtetste Eisen nicht widerstehen konnte.

Wonne der Rache

Leopolds wankende und entmutigte Soldaten wichen bald dem verzweifelten Einsatz einer Truppe, die für alles kämpfte, was den Menschen am liebsten ist. Der Abt von Einsiedeln, erster Verursacher dieses unglückseligen Kriegs, und der Graf Henri de Montfort gaben als Erste das Beispiel zur Flucht. Das Chaos wurde allgemein, die Metzerei war grässlich, und die Schweizer gaben sich der Wonne der Rache hin. Um neun Uhr morgens war die Schlacht gewonnen. Eine grosse Zahl von Österreichern fielen gegenseitig übereinander her und versuchten vergeblich, sich vor der Wut ihrer Feinde in den See zu retten. Fast alle kamen um.

Fünfhundert Mann blieben tot auf dem Schlachtfeld liegen. Beinahe alle gehörten zur Elitetruppe und wurden von ihrer unglücklichen Tapferkeit und ihrer schweren Rüstung zurückgehalten, wo ihnen beides nichts nützte. Lange nachher noch stellte man in allen benachbarten Provinzen fest, dass an jenem fatalen Tag die Elite des Adels umgekommen war. Die Infanterie, die im Engpass bedeutend weniger eingesetzt war, sah mit Zittern die Niederlage der Ritter, die als unbesiegbar galten und deren erschreckte Schwadronen kehrtemacht hatten. Sie hielt an, wollte sich geordnet zurückziehen, und im Nu wurde der Rückzug zur schmachlichen Flucht. Ihre Verluste waren nicht besonders gross, aber die Geschichtsschreiber der Nation haben die Erinnerung an fünfzig brave Zürcher wachgehalten, deren tot am Boden liegende Reihen man vor Ort fand.

Leopold selber wurde von der Menge weggeschleppt, die ihn in Richtung Zug trug. Man sah ihn in die Stadt Winterthur zurückkehren. Auf seiner Stirn waren noch der Schrecken, die Schande und die Entrüstung zu lesen. Sobald der Sieg der Schweizer feststand, versammelten sie sich auf dem Schlachtfeld, umarmten sich, vergossen Tränen der Freude und dankten Gott für die Gnade, dank der die Schlacht bloss vierzehn ihrer Gefährten das Leben kostete.

Ausschnitt aus «Die Freiheit der Schweizer» von Edward Gibbon, übersetzt aus der 1815 veröffentlichten «Introduction à l'histoire générale de la République des Suisse».

Top 10

Knorr's Liste

1	Dheepan	★★★★★
	Regie: Jacques Audiard	
2	Sicario	★★★★★
	Regie: Denis Villeneuve	
3	Truman	★★★★☆
	Regie: Cesc Gay	
4	Black Mass	★★★★☆
	Regie: Scott Cooper	
5	Crimson Peak	★★★★☆
	Regie: Guillermo del Toro	
6	Amateur Teens	★★★★☆
	Regie: Niklaus Hilber	
7	Schellen-Ursli	★★★★☆
	Regie: Xavier Koller	
8	Inside Out	★★★★☆
	Regie: Pete Docter, Ronnie Del Carmen	
9	The Martian	★★★★☆
	Regie: Ridley Scott	
10	Maze Runner: The Scorch Trials	★★★★☆
	Regie: Wes Ball	

Kinozuschauer

1 (1)	Schellen-Ursli	28 094
	Regie: Xavier Koller	
2 (2)	The Martian	12 358
	Regie: Ridley Scott	
3 (3)	The Last Witch Hunter	9321
	Regie: Breck Eisner	
4 (4)	Paranormal Activity: The Ghost ...	7192
	Regie: Gregory Plotkin	
5 (6)	Hotel Transylvania 2 (3-D)	6006
	Regie: Genndy Tartakovsky	
6 (5)	Inside Out (3-D)	5731
	Regie: Pete Docter, Ronnie Del Carmen	
7 (7)	Fack ju Göhste 2	4483
	Regie: Bora Dagtekin	
8 (-)	Truman	3653
	Regie: Cesc Gay	
9 (9)	The Intern	3507
	Regie: Nancy Meyers	
10 (10)	Sicario	3083
	Regie: Denis Villeneuve	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Jurassic World (Universal)
2 (1)	San Andreas (Warner)
3 (4)	Last Knights (Impuls)
4 (7)	Spy – Susan Cooper Undercover (Fox)
5 (6)	Honig im Kopf (Warner)
6 (3)	Avengers – Age of Ultron (Disney)
7 (5)	A World Beyond (Disney)
8 (9)	Mad Max: Fury Road (Warner)
9 (10)	Miss Bodyguard (Warner)
10 (-)	Zurück in die Zukunft (Universal)

Quelle: Media Control



Ins Hirn geböhrt: Madeleine Swann (Léa Seydoux) und James Bond (Daniel Craig) in «Spectre».

Kino

Trotzig-bockig gegen die Moderne

Kein Bond-Film wurde so gehypt wie «Spectre». Er ist der teuerste und längste und vermutlich letzte mit Daniel Craig. Hält er auch, was der Rummel verspricht? *Von Wolfram Knorr*

Seit Monaten wetterleuchtete es gewaltig in den Medien. Der konjunkturresistente James Bond sei diesmal besonders heiss, und sein Widersacher – ein Wiedersehen mit dem Superbösewicht Ernst Stavro Blofeld – nicht weniger. Neben dem Bond-Girl gebe es zum ersten Mal eine gestandene Bond-Lady! Mit zweieinhalb Stunden Dauer und Produktionskosten zwischen 250 und 300 Millionen Euro ist der 24. Bond auch noch der längste und teuerste. Nach dem Iren Pierce Brosnan ist Bond mit Daniel Craig endlich wieder ein Brite, und die Hardcore-Fans jubeln, dass nach Gert Fröbe, Curd Jürgens und Klaus Maria Brandauer mit Christoph Waltz wieder ein Deutscher der Oberschicht ist. Die Produktionsfirma Eon ist mächtig stolz auf die neuen und fulminanten Spektakelnummern wie die Eröffnungssequenz mit Tausenden von Statisten, die in Mexico City den Día de los Muertos, den Tag der Toten, nachstellen, während über ihren Köpfen ein Helikopter mit wilden Loopings rumkarriolt; auf die Auto-Stunts in Rom, bei denen sieben Aston Martins verschrottet wurden; auf die Verfolgungsjagd mit einem Flugzeug in den österreichischen Alpen, das zum Schlitten mutiert, und natürlich aufs Schlussbouquet, eine gewaltige Explosion in der Wüste von Marokko – ohne Computertricks.

Kein Zweifel: Das ist klassischer Bond-Highlife-Kosmos. Doch «Spectre», wieder inszeniert von Sam Mendes («Skyfall»), versucht zugleich einen Salto vom knalligen Reisser zur Psycho-Pastorale: Der Ironie-Vibrator ist auf mässig geschaltet, Bond in seine (auch seelische) Vergangenheit getunkt. Funktioniert ein solcher Spagat? Na ja, seit «Casino Royale» (2006), in dem der Barman fragte, ob er den Martini schütteln oder rühren solle, und Daniel Craig in seiner ersten Bond-Rolle schlechtgelaunt zur Antwort gab: «Seh' ich so aus, als ob mich das interessiert?», hat er sein Blasiertheitsimage schon etwas abgestreift. In «Spectre» sieht seine Zukunft zappenduster aus. Sein Chef M (Ralph Fiennes) vom MI6 konfrontiert ihn mit der Hiobsbotschaft, dass Leute wie er, Kanalarbeiter von altem Schrot und Korn, nicht mehr gebraucht würden. Max Denbigh (Andrew Scott) und seinem neuen Center for National Security (CNS) gehört die Zukunft: Überwachung global und total, digitale Vernetzung statt analogen Herumgehopses. Bond gehört noch zu jenen, die die Technik nutzen, um sie kaputtzumachen. In «Spectre» darf er es zur Freude des Publikums noch einmal ausgiebig tun – so trotzig-bockig wie ein Kind, dem man das Spielzeug wegnehmen will. Dazu hat er allen Grund, denn Q (Ben Whishaw) hat ihm Nanopartikel ins Blut gejagt, damit London immer weiss, wo

er sich aufhält. Bond – eine Marionette, von digitalen Fäden bewegt? Aber nicht doch! Ram-bomässig trickst er sie aus und macht noch mal die altmodischen Reisen, um die dubiose Organisation Spectre zu zermalmen – und wird dabei mit allerlei Vergangenen konfrontiert.

Der neue und längste und teuerste Bond beginnt furios in Mexico City und verliert dann leider an Spannung und Witz. Die Autoren John Logan, Neal Purvis und Robert Wade heben ins Ober- beziehungsweise Seelenstübchen ab und entschärfen Sprengstoff zum Knallfrosch. Nicht zufällig wird Bond ins Hirn gebohrt und nicht wie früher zwischen die Beine gesägt. Alte Filme werden mit Familiärem zusammengestrickt – und darüber wird der Bösewicht vernachlässigt. Franz Oberhauser (Christoph Waltz), der Blofeld-Verschnitt mit Mao-Jacke und weisser Angorakatze, tritt viel zu spät in Erscheinung



Bildlegende Titel: Bildlegende Text

und erinnert eher an einen superfortschrittlichen Zahnarzt, der an einer Steuerkonsole rumfummelt und seinem Probanden Bond aus Versehen den Bohrer in die Stirn statt in den Mund dirigiert. Dramaturgisch wird der Suspense-Hochdruck (leider) von dem Vergangenheitsgetue abgewürgt. Nur Schläger auftreten zu lassen, die Bond durch die Gegend schmeissen, bietet keinen Ersatz, und hinterhältige Bond-Girls fehlen völlig. Von Monica Bellucci als Gangsterwitwe über Léa Seydoux als

gestresste Bond-Begleiterin bis zu M wirken alle wie vom Mehltau der Melancholie überzogen. Aber dank wuchtiger Walkürenreiterei-Musik



Brandaktuell: «Mediterranea».

hat «Spectre» immerhin was von einer Oper. Die Dialoge sind erstklassig und sitzen – und das Product-Placement von Tom Ford über Omega bis Aston Martin tutn es auch. ★★☆☆☆

Weitere Premieren

El Último Tango — María Nieves Rego und Juan Carlos Copes waren jahrzehntelang ein Tango-Traumpaar, bis er sie wegen einer Jüngerin verliess. Jetzt, in hohem Alter, sind sie bereit, ihre Liebesgeschichte zu erzählen. Der gebürtige Argentinier German Kral lebt seit 1991 in Deutschland und hat für seine Dok-filme zahlreiche Preise erhalten. Seine besondere Liebe gilt dem Tango, dem er schon in «Der letzte Applaus» (2009) seine Reverenz erwies. Tango-Fans werden das wieder prima finden; wem der Zugang zum pathoschwangeren Schmettergedudel fehlt, dem wird das auf den Zeiger gehen. ★★☆☆☆

Mediterranea — Zwei Freunde aus Burkina Faso auf beschwerlicher Odyssee nach Europa. In Italien geraten sie in eine Rassismusrevolte. Der Spielfilm greift die Unruhen von 2010 in Rosarno auf. Brandaktuell. ★★☆☆☆

Fragen Sie Knorr

Man konnte lesen, dass «The Walk», ein Film über den Seiltänzer, der zwischen den Zwillingstürmen balancierte, eine Hymne auf die Twin Towers sei. Sehen Sie das auch so? M. N., Basel



Der Artist, der in den Siebziger (illegal natürlich) mehrere Male auf einem Seil zwischen den Türmen hin und her spazierte, erzählt seine Geschichte (und blickt dabei direkt in die

Kamera) in luftiger Höhe, auf der Freiheitsstatue. Zufall ist das nicht. Robert Zemeckis, der auch «Back to the Future» drehte, leistet

sich hier so etwas wie Denkmalpflege, lässt das World Trade Center wiederauferstehen. Ein Akt der Wehmut, des Patriotismus. Aber das ist natürlich Ansichtssache. Es gibt Kritiker, die sehen in «The Walk» einen exzellenten Horrorfilm. Auch das liesse sich begründen. Vielleicht aber ist «The Walk» auch «nur» eine wunderbare Hommage auf das Kino, aufs Schwindelerregende.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Jazz ohne Anführungszeichen

Von Peter Rüedi

Diese CD ist das Schaufenster des Schlagzeugers. Vor einer Woche war an dieser Stelle das jüngste Opus von Gitarrist John Scofield zu feiern, eine Quartettaufnahme mit Joe Lovano, Bill Stewart und Larry Grenadier – «Jazz ohne Anführungszeichen», in unserer Zeit der zahllosen Fusionen keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Wo es doch zuweilen scheint, ohne volks- oder popmusikalischen respektive E-Anlass oder -Vorwand getraue sich kaum mehr einer, am Hauptstrom der Jazzentwicklung, bei Qualitäten wie *swing* (im weitesten Sinn) anzuknüpfen. Da ist es eine Wohltat, mal wieder den unverschämten Einsatz der linken Geraden zu beobachten, der, versteht sich, Raffinement und Sensibilität keineswegs ausschliesst. Für solchen Klartext ist bei Scofield nicht zuletzt sein langjähriger Partner Bill Stewart an den Drums verantwortlich. Er zeichnet nicht weniger die Produktion aus, die soeben unter Stewarts eigenem Namen erschienen ist. Ebenfalls mit einem beachtlichen Quartett, in welchem sich der Schlagzeuger keineswegs dominant oder gar präpotent in den Vordergrund spielt. Er beansprucht als Chef weniger solistischen Raum, als er seinen Partnern einräumt. Anders gesagt: Er ist in deren Rücken als Begleiter, als Animator, Einheizer und Antriebssaggregat eben immer auch solistisch präsent. Einmal abgesehen von der Tatsache, dass zehn der elf Titel seine Kompositionen sind; darunter ein so erstaunlicher wie «If Anyone Asks You», der, käme nur jemand, der die Lyrics dazu schriebe, das Zeug zu einem veritablen Standard hätte. Und das von einem Drummer! Überhaupt gehören die balladesken Momente zum Stärksten in dieser Musik, weil sie selbst einen überschäumenden Charakter wie den Pianisten Bill Carrothers, der eher zum virtuosen Overkill tendiert, zu Sparsamkeit verpflichten. Zu einer Ökonomie, welche Stewarts Bläser, dem wunderbaren Saxofonisten Seamus Blake, bei aller Schnellfingerkunst in den Genen angelegt scheint. Er ist ein grosser Techniker und ein verführerischer Melodiker. Vitaler, inspirierter Jazz im Gleichgewicht zwischen Punch und Poesie.



Bill Stewart (mit Seamus Blake, Bill Carrothers, Ben Street): Space Squid. Pirouet PIT 3089

Ein guter Plan

Mäzenin Francesca von Habsburg will in Zürich ein Kunstmuseum eröffnen; Feier für das Schauspielhaus. *Von Hildegard Schwaninger*



Leben für die Kunst: Francesca von Habsburg.

An einem Abendessen bei einer Kunstjournalistin (Pipilotti Rist war auch da) legte Francesca von Habsburg ihre Zukunftspläne offen: Sie möchte nach Zürich ziehen und hier ein Museum errichten. Noch ist sie auf der Suche nach einem geeigneten Ort. Wie sie in der *Sonntagszeitung* bekanntgibt, hat sie bereits mit Stadtpräsidentin Corine Mauch gesprochen. Ihre Sammlung TBA 21 (steht für: Thyssen-Bornemisza Art Contemporary 21. Jahrhundert) lagert seit drei Jahren in Wien im Palais Augarten. Der Vertrag mit dem für seine Porzellanmanufaktur berühmten Museum läuft jetzt aus. Die Sammlung würde gut nach Zürich passen; die Stadt ist – neben London, Berlin et cetera – ein europäisches Epizentrum moderner Kunst. Iwan Wirth (Hauser & Wirth) vollzog von hier seine weltweite Expansion.



First Lady: Sunnyi Melles.

Francesca von Habsburg ist die Tochter von Hans Heinrich von Thyssen-Bornemisza, der für eine gewisse Zeit die zweitgrösste Kunstsammlung der Welt besass (die grösste gehört der Königin von England, Queen Elizabeth II). Ein Teil der Sammlung historischer und moderner Kunst war in der Villa Favorita in Castagnola bei Lugano ausgestellt; 1993 wurde dieser Touristenmagnet unter dem Druck seiner fünften Frau, der Spanierin Carmen Cervera, nach Madrid verlegt. Francesca von Habsburg, geboren in Lausanne, erzogen im Schweizer Internat Le Rosey, hatte sich eine Zeitlang um die Villa Favorita gekümmert, in der auch Simon de Pury, ein Big Player auf dem internationalen Kunstmarkt (legendärer Auktionator bei Sotheby's, heute de Pury de Pury in London), seine Karriere startete. Francesca von Habsburg stammt aus Thyssens dritter Ehe mit Fiona Campbell, einer aus Neuseeland stammenden Britin, die eine *ravishing beauty* gewesen sein soll. Der deutsch-ungarische Baron Hans Heinrich von Thyssen war seit 1950 Schweizer Staatsbürger.

Francesca von Thyssen war eine Rebellin und ein Londoner Partygirl auf Sinnsuche, bevor sie 1993 den österreichischen Erzherzog Karl von Habsburg, erstgeborenen Sohn des damaligen Paneuropa-Unions-Präsidenten Otto von Habsburg, heiratete. Sie übersiedelte nach Salzburg, wo sie – mit ihrer roten Mähne und

dem britischen Akzent – schnell zur First Lady der Salzburger Festspiele aufstieg. Diese Rolle hatte vor ihr Eliette von Karajan, die südfranzösische Dirigentengattin, inne, später Schauspielerin Sunnyi Melles, die in Basel aufgewachsene Tochter ungarischer Eltern, die durch ihre Heirat mit Peter zu Sayn-Wittgenstein zur Prinzessin avancierte. Heute wird die First-Lady-Rolle von der «Eingeborenen» Helga Rabl-Stadler besetzt, Festspiele-Präsidentin seit einer gefühlten Ewigkeit.

Francesca von Habsburg stellte in Salzburg drei Kinder auf die Welt, wechselte ihre Versace-Kleider gegen Dirndl aus, doch bald wurde ihr das Korsett Salzburg/kaiserliche Familie zu eng, und 2003 kam es zur Scheidung. Schon vor ihrer Heirat hatte sie sich, im Jahr 1991 erschüttert durch eine Reise ins kriegsversehrte Dubrovnik, mit ihrer Stiftung Arch für zerstörte Kulturgüter eingesetzt. Später begann sie – als Förderin und Sammlerin – Kunstwerke in Auftrag zu geben. Die könnten, so die Pläne Wirklichkeit werden, bald permanent in Zürich sein. Zurzeit ist Francesca von Habsburg mit einem österreichischen Schauspieler liiert.

Im Schiffbau wurde das 75-jährige Bestehen der Gesellschaft der Freunde des Schauspielhauses (GFS) (Präsidentin ist seit einem Jahr Nicole Müller) gefeiert. 1940 wurde der Verein ins Leben gerufen – von (unter anderen) *Weltwoche*-Gründer Karl von Schumacher, Martin



«Goldene Maske»: Isabelle Menke.

Bodmer, Carl Julius Abegg, Otto Coninx. Das 1938 durch Sozialdemokraten gegründete Theater wurde schon damals von liberal-bürgerlichen Kreisen unterstützt. Damals hatte die GFS 84 Mitglieder, heute sind es 200. Ein Mitglied der ersten Stunde war Thomi Preiss – als siebzehnjähriger Schüler. Zum Festakt kam der Ex-GC-Chirurg mit Ehefrau Silva (Malerin) und Tochter Joy Neri-Preiss (die Kunstberaterin arbeitet im Haus Konstruktiv). Die «Goldene Maske», 1996 initiiert vom damaligen GFS-Präsidenten Max Wiener, wurde Schauspielerin Isabelle Menke und Tonmeister Christoph Finé Renfer verliehen; das Catering für den Lunch besorgte Nina Früh (Bontempo).

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Ganz im Vertrauen

Die Arztsekretärin Jessica Bader, 24, und der kaufmännische Angestellte Reto Meier, 31, haben im Sommer geheiratet. Von blindem Vertrauen halten sie nichts.



«Altmodische Dinge»: Ehepaar Bader-Meier.

Jessica: Die Ehe ist ein Bund, den man eingeht, wenn man die ganze Zeit miteinander verbringen möchte und die Verpflichtung eingehen will, immer füreinander da zu sein. Dazu gehören auch Ehrlichkeit, Vertrauen und vor allem: Treue. In früheren Beziehungen hat es an der Treue gemangelt.

Reto: Wenn es mit der Treue hapert – und das ist unserer Meinung nach heutzutage ein riesenproblem –, lassen sich die Leute wieder scheiden. Schade, dass der Einzelne alles wegwirft, nur weil er schnell fremdgehen muss. Natürlich meinen alle, sie seien so schlau, dass der Seitensprung geheim bleibt. Das trifft vielleicht beim ersten oder zweiten Mal zu, man hört ja nicht auf, wenn alles problemlos verläuft, aber eines Tages fliegt alles auf. Immer. Das ist fast ein Naturgesetz.

Jessica: Dass wir beide aus Beziehungen kommen, in denen der jeweils andere Partner fremdging, hat uns geprägt. Für die Betroffenen ändert sich in der Liebe schon einiges. Ich hatte lange mit dem Gefühl zu kämpfen, dass alle Männer gleich – also untreu – sind.

Reto: Man ist allein und wünscht sich eine neue Liebe, und gleichzeitig hat man den Glauben an die Liebe – vorübergehend, aber das weiss man

noch nicht – ein wenig verloren. Bei der Suche nach einer neuen Partnerin ist Torschlusspanik ebenso falsch wie der soziale Rückzug. Man soll sich auch nicht verbiegen, weil es die Marktchancen vergrössern würde. Solange man aktiv sucht, ist die Chance klein, jemanden zu finden, der wirklich zu einem passt. Irgendwann lernt man, die Dinge auf sich zukommen zu lassen.

Jessica: Uns gefiel am anderen die Herzlichkeit, vor allem aber auch die Ernsthaftigkeit. Wir konnten miteinander reden und lachen und fanden bald heraus, dass uns beim Thema Treue ähnliche Erfahrungen verbinden und auch eine klare Meinung: Jenen, die fremdgehen, unterstellen wir eine Charakterschwäche und, wenn man so will, auch mangelnde Disziplin. Das Misstrauen, das in untreuen Beziehungen zwangsläufig entsteht, tut den Menschen und der Liebe sicher nicht gut.

Reto: Wir telefonierten sehr oft, gingen häufig zusammen essen und anschliessend tanzen oder ins Kino. Auch gingen wir spazieren, zum Picknick. Wir unternahmen schöne und altmodische Dinge miteinander, liessen uns Zeit, und nach einem romantischen Essen wurde uns klar, dass wir ein Paar sind.

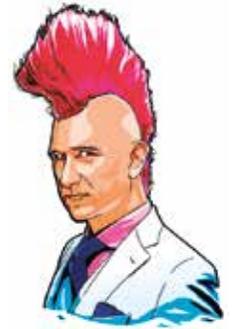
Jessica: Wir waren glücklich und verliebt. Aufgrund unserer Geschichten mussten wir zuerst gegenseitiges Vertrauen aufbauen und andere negative Gefühle abbauen. Das Vertrauen gab es nicht mehr einfach gratis und zum Voraus. So gesehen, war es ein Glücksfall, dass wir Ähnliches erlebt hatten, ähnlich empfanden und verstanden, was den anderen bewegte. Zeit und viel Geduld waren notwendig, jeder musste einen Einsatz leisten.

Reto: Wir wussten, dass wir es zusammen schaffen würden. So ging es Schritt für Schritt vorwärts. Heute vertrauen wir uns blind, aufgrund handfester Beweise, die wir einander geliefert haben. Dass Treue nicht nur eine schöne Vorstellung ist, sondern sich dieser ewige und tiefe Wunsch auch bewahrheiten kann, finden wir das Schönste an der Liebe, denn das gibt jene Sicherheit, nach der sich die meisten Menschen sehnen. Nur vor diesem Hintergrund war für uns eine Ehe möglich, und so betrachtet, war diese Entscheidung ein persönlicher Erfolg für uns beide.

Protokoll: Franziska K. Müller

Finma

Von Andreas Thiel — Wir haben wieder mal den Kapitalismus überwunden.



Banker: Mit den staatlichen Regulierungen lohnt sich das Banking bald nicht mehr. Der administrative Aufwand ist zu gross und der Spielraum zu klein. Zudem besteht keine Rechtssicherheit mehr. Die Kunden laufen davon.

Finanzmarktaufseher: Du denkst eben viel zu kommerziell. Banking soll sich nicht lohnen, es soll der Allgemeinheit dienen.

Banker: Ohne Rendite?

Finanzmarktaufseher: Genau das ist das Problem von euch Bankern. Ihr denkt immer nur an die Rendite. Das ist unmoralisch.

Banker: Wovon sollen wir denn leben, wenn wir keine Renditen erzielen? Vom Verlust?

Finanzmarktaufseher: Genau. Nur darf man den Verlust nicht als Verlust verbuchen. Man verkauft ihn weiter als Investition.

Banker: Aber wer investiert schon in Verlustgeschäfte?

Finanzmarktaufseher: Der Staat natürlich. Um die Anleger vor Verlusten zu schützen, zieht der Staat deren Geld ein und legt es für sie an.

Banker: In Verlustgeschäfte?

Finanzmarktaufseher: Ja, aber der Staat nennt es Investition.

Banker: Das rentiert doch nicht.

Finanzmarktaufseher: Oh doch. Denn der Staat garantiert fünf Prozent Gewinn.

Banker: Mit Verlusten erzielt man keinen Gewinn.

Finanzmarktaufseher: Der Staat schon. Hierzu wertet er das Geld um zwanzig Prozent ab – und schon hat er zwanzig Prozent Gewinn. Davon zahlt er den Anlegern aber nur einen Viertel aus.

Banker: Und der Rest?

Finanzmarktaufseher: Davon lebt der Staat. **Banker:** Aber dann ist das investierte Geld mitsamt ausbezahltem Gewinn fünfzehn Prozent weniger wert als vorher. Es fehlt ja der Teil, den der Staat für sich behält.

Finanzmarktaufseher: Das nennt man Teuerung.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Aus dem Oberhaus

Von Peter Rüedi



René Gabriel, Bordeaux-Spezialist und Wein-Entertainer in vielfachem Sinn, habe ich mal nach seiner Vorstellung von Glück gefragt. Ich erwartete so etwas wie: nochmals einen Château d'Yquem 1937 verkosten. Stattdessen meinte er, in einem Boot vor Sardinien herumgondeln und ausgiebig kühlem Vermentino zusprechen käme der Sache am nächsten. Ich kann's ihm nachfühlen, mit oder ohne Boot. Vermentino, an der tyrrhenischen Küste ebenso beheimatet wie in der Provence (als «Rolle»), auf Sardinien, Korsika («Malvoisie de Corse») wie in Ligurien, ist mit seinen blühenden Aromen und je nachdem feiner Bitterkeit eine Delikatesse der besonderen Art. Wenn der sizilianische Superstar Salvatore Geraci (Azienda Palari) sagt, im mittleren Segment der Rotweine hätten die Italiener den Franzosen den Rang abgelaufen, nur bei den Weissen seien sie im Rückstand, vergisst er den Fiano di Avellino. Und den Vermentino. Der ist ein Weltmeister in Vielseitigkeit. Auch in einfachsten Varianten für eine Handvoll Euro macht er *bella figura*. Im Körper vielleicht etwas limitiert, ist er selbst in der Version *terre à terre* meist ein duftiges Vergnügen. Nicht zu vergleichen mit dem Vermentino aus dem Oberhaus, will sagen: Capichera aus der nordöstlichen Region Gallura auf Sardinien. Dort tüfteln die Brüder Fabrizio und Mario Ragnedda seit Jahren auf ihren fünfzig Hektaren an der Transzendierung des Vermentino, der Verwandlung des schlanken Trinkvergnügens in einen tiefgründigen, dreidimensionalen Wein, dem man den klug dosierten Einsatz von Holz anmerkt: ein Kunstwerk mit einem Bouquet voll Orangen- und Zitronenblüten, Blumen, Kräutern, das dank seiner komplexen Aromatik den happigen Alkohol trotz seines langen Abgangs wegsteckt. Zweifellos die Nobelvariante eines Vermentino. Die Spur Restsüsse prädestiniert ihn zum Liebling aller, denen meine säurebetonten Präferenzen so auf den Magen schlagen wie meiner Restlebensgefährtin. (Ein bisschen was müssen sie sich diesen Highclass-Vermentino allerdings kosten lassen.)

Vermentino Capichera VT 2013. Isola dei Nuraghi IGT. 14,5%. Boucherville, Zürich. Fr. 55.–. www.boucherville.ch

Kulinarische Herbstferien (2)

Ein Mann, drei Sterne: Harald Wohlfahrt und seine «Schwarzwaldstube» sind das kulinarische Gewissen Deutschlands. Von David Schnapp



Schöne, herbe Natur: Harald Wohlfahrt, «Schwarzwaldstube» in Baiersbronn.

Wahrscheinlich kann er es nicht mehr hören, aber man muss es der Vollständigkeit halber vorausschicken: Harald Wohlfahrt ist eine Legende. Der bescheiden bis scheu auftretende Küchenchef wird mit seiner «Schwarzwaldstube» im «Guide Michelin» seit 1993 ununterbrochen mit der Höchstnote von drei Sternen aufgeführt, die Mehrheit der anderen Dreisterneköche in Deutschland sind ehemalige Schüler oder Mitarbeiter von Wohlfahrt, der diese Woche seinen 60. Geburtstag feiert.

Wenn er nach dem Mittagessen von Tisch zu Tisch geht, um seine Gäste zu begrüßen, scheint ihm das Lob, das da auf ihn niederprasselt, unangenehm. Wohlfahrt ist ein fester Bestandteil des aussergewöhnlichen Ferien- und Genusshotels «Traube Tonbach», wo wir die Herbstferien verbringen, denen im Wesentlichen eine Zielsetzung zugrunde lag: gut bis sehr gut zu essen. Wäre es nicht so schwer, in der «Schwarzwaldstube» einen Tisch zu bekommen – das Lokal ist meist Wochen im Voraus ausgebucht –, ich wäre der Versuchung mehrmals erlegen.

Schätze des Meeres

So blieb es bei dem einen Mittagessen. Es war nicht mein erstes und hoffentlich nicht mein letztes Mahl hier. Denn das Schöne an diesen Essen ist: Von jedem bleibt etwas in Erinnerung. Was wirklich grosse Köche auszeichnet, ist, dass man sie nicht so schnell vergisst.



Zum Beispiel die Steinbuttfilets, die sich als Teil eines höchst luxuriösen Gerichts herausstellen. Der feste, saftige Fisch ist bedeckt vom feinfaserigen Fleisch einer Meerspinne, einer seltenen, aber lohnenswerten Krabbendelikatesse, deren Zubereitung einige Mühe macht. Dann gibt es auch noch Seeigelzungen und eine Seeigelsauce, welche diesen Schätzen des Meeres einen intensiven, jodartigen und natürlichen Geschmacksrahmen geben. Für eine gewisse Frische sorgen Minifrühlingszwiebeln, Artischocken wiederum verstärken den Eindruck von schöner, herber Natur.

Schwer zu vergessende Momente gibt es ausserdem bei einem Rehrücken mit intensivem Wacholderaroma und beim Kalbskopfraviolo, der von einer unglaublich dichten, tiefen Kalbsessenz umgeben ist, wie man sie nur mit viel Zeit und Geduld konzentrieren kann. Für einen, der wie Harald Wohlfahrt schon so lange und – von aussen gesehen – so selbstverständlich auf diesem Niveau kocht, sind Zeit und Geduld möglicherweise keine Begriffe, über die man lange nachdenken muss. Man hat sie einfach.

Restaurant «Schwarzwaldstube» im Hotel «Traube Tonbach»

Tonbachstrasse 237, D-Baiersbronn
Tel. +497442 492 622. Montags und dienstags geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Schwarzwald retour

Eine kompakte Limousine, die schnell ist wie die Feuerwehr, aber Platz hat für Familie und Gepäck? Bitte: der BMW M3. Von David Schnapp

Zu den schönen, naheliegenden Routen, die man als Fahrer eines grosszügig motorisierten Autos wählen kann, gehört jene von Zürich in den Schwarzwald. Es war unser Ziel für einige – mal sonnige, mal nebelverhangene – Herbstferientage (s. «Zu Tisch», S. 72). Von Zürich aus fährt man über die A1 und die A4 nach Schaffhausen an die Grenze und von dort auf die A81 in Richtung Stuttgart, wo schon bald das nach oben aufgehobene Tempolimit angezeigt wird. Nun ist der Motor schön warm, es ist Zeit, aus-

zuprobieren, was der BMW M3, in dem ich mit Frau, Sohn, einem grossen Schalenkoffer, einer stabilen Reisetasche sowie einigen anderen kleineren Gepäckstücken sitze, auf der nur spärlich befahrenen Autobahn kann. Mit den kühlen, spitz zulaufenden Schaltwippen schalte ich zurück. Selbst wenn man schnell zwei, drei Gänge zurückschaltet, reagiert das Doppelkupplungsgetriebe blitzschnell und ohne Ruckeln. Und von 100 auf 200 km/h vergehen dann auch bloss ein paar Wimpernschläge, vertont vom kernigen Röhren des Doppelturbo-Sechszylinder-Motors.

«Der geht wie die Feuerwehr», sage ich zu meiner Frau. Die allerdings nicht sehr empfänglich ist für solche Sätze, ihre Begeisterung für Geschwindigkeit ist übersichtlich ausgestaltet. Ein Tastendruck am Lenkrad, und die einstellbaren Parameter werden auf «Comfort» gestellt. Nun nimmt sich der Motor akustisch zurück, die Federung tut ihr Möglichstes, um einen schlagfrei über den Asphalt zu tragen, und die Lenkung wird leichter und eine Spur indirekter.

Die M-Modelle sind mit einer vorbildlichen Cockpit-Ergonomie gestaltet, die kleinen Tasten, mit denen man Lenkung, Fahrwerk, Ansprechverhalten des Motors und Schaltzeitpunkt nach Wunsch einstellen kann, liegen gut erreichbar neben dem kleinen Schaltknäuf. Auf Tasten am Lenkrad lassen sich zwei Set-ups abspeichern, so wird aus einem sportlichen Alltagsauto auf Knopfdruck ein feiner Sportwagen.

Kleine Kompromisse

Der M3 ist insofern kompromisslos, als es ihn nur mit Hinterradantrieb gibt. Ein Kompromiss – oder die Genialität der Vernunft – ist die Tatsache, dass dieses Auto problemlos Platz für vier plus Gepäck bietet und erstaunlich komfortabel ist. Ein aktives Differenzial und eine mehrstufige Stabilitätskontrolle sorgen für Bodenhaftung und Sicherheit am Kurvenausgang. Der Biturbo-Reihensechszylinder, der den 1,6 Tonnen schweren M3 antreibt, ist eine schöne Maschine. Wahlweise kultiviert oder rau, aber immer kraftvoll – selbst bei tieferen Drehzahlen. Auch bei flotter Fahrweise wurde bei der Fahrt in den Süden der Bundesrepublik ein Verbrauch von 10,4 Litern angegeben, was angemessen erscheint. Immerhin dauert es nur 4,1 Sekunden, bis aus dem Stand Tempo 100 erreicht ist. Nach diesen paar Sekunden möchte man, dass es stundenlang weitergeht über kurvige Schwarzwälder Landstrassen.

BMW M3

Leistung: 431 PS/317 kW,
Hubraum: 2979 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
Preis: Fr. 90 100.–; Testwagen:
Fr. 121 090.–





«Meitschi, warum ausgerechnet du?»: Popmusikerin Jaël.

MvH trifft

Jaël Malli

Von Mark van Huisseling — Chancen, Risiken und Nebenwirkungen einer Schweizer Popmusiker-Laufbahn. Erzählt von der ehemaligen Sängerin der Erfolgsband Lunik.

Wenn ich deine Musik als «internationalen Pop» bezeichne, trifft's das?» – «Ja, super, weil sich heute eigentlich alles, was nicht Pop im Stil von DJ Antoine, Francine Jordi oder Helene Fischer ist, «Indie Pop» nennt [Independent, eigentlich unabhängig von Grossplattenfirmen]. Ich hab kein Problem mit Populärmusik, und wenn du noch «international» sagst, dann bin ich im siebten Himmel.» – «Der Schweizer Musikproduzent Roman Camenzind sagt, Schweizer Künstler sollten keine internationale Musik machen, sondern nationale – internationale gebe es schon genug, dafür brauche es keine Schweizer...» – «Wenn ich in der Schweiz bin, denk ich: «Meitschi, warum hast ausgerechnet du das Gefühl, dass du auch noch internationale Musik machen musst?» Aber wenn ich in London bin, hab ich das Gefühl: «Warum eigentlich nicht du?» Englisch ist meine poetische Sprache. Und es ist für mich nicht unbedingt ein Pro-

blem, wenn man sagt: «Du hast Ambitionen, auch im Ausland stattzufinden.» Ja, stimmt, ich hab Ambitionen. Und wenn man mir böse möchte, kann man sagen: «Die gute Frau hört jetzt seit achtzehn Jahren, sie habe internationales Potenzial, und hat den Durchbruch immer noch nicht geschafft – international.»»

Jaël Malli ist eine Schweizer Musikerin und Songschreiberin. Von 1998 bis 2013 war sie Leadsängerin der Band Lunik, sechs der sieben Alben der Gruppe kamen unter die ersten zehn der Schweizer Charts, drei erreichten Platz eins; die Bandmitglieder lösten Lunik vor zwei Jahren auf. In der Zwischenzeit hat Jaël, die eigentlich Rahel heisst, Film- und Theaterrollen gespielt sowie ein Theaterstück geschrieben. Dieser Tage erscheint ihr erstes Soloalbum mit Titel «Shuffle the Cards». Sie hat die Produktionskosten – vielleicht 100 000 Franken – mit eigenen Mitteln bezahlt sowie mit Geld, das sie

mittels Crowdfunding (Schwarmfinanzierung im World Wide Web) gesammelt hat; sie hat keine Plattenfirma und kein Management, weil sie die Kontrolle haben wolle, sagt sie. In den kommenden Wochen stellt sie ihre neuen Songs in verschiedenen Schweizer Städten vor. Sie ist verheiratet und lebt in Bern sowie in London.

«Für Aussenstehende hat sich Lunik ohne Notwendigkeit aufgelöst, ihr hattet noch Erfolg. Aber ich nehme an, du hast einen Langfristplan?» – «Ich habe nicht bestimmt, dass sich die Band auflöst... Aber als ich mich dann entschieden hab, solo zu gehen, war der Weg klar – ich hab nicht gedacht: «Jetzt mach ich mal ein *Albumli*.» Ich ging zwar einen Schritt zurück, spiele wieder in kleineren Klubs, aber ich baue den Brand Jaël längerfristig auf. Für mich das Wichtigste ist, dass ich möglichst viele der langjährigen treuen Lunik-Begleiter mitnehmen kann, mir ein Publikum erspielen kann.» – «Du hast einen Teil der Produktionskosten deines Albums gesammelt – wer spendet einer ehemaligen Hitparadenkünstlerin Geld?» – «Ich habe den Aufruf auf meiner Website veröffentlicht, ich hab wahnsinnig treue Supporter. Ich verstehe, dass das schräg rüberkommen kann – man meint, ein Schweizer Popsternchen, sag ich mal, schwimme im Geld... Aber ich hab erklärt, dass ich keine Plattenfirma habe, der Markt klein ist und man am Schluss vielleicht 4000 Franken verdient [mit einem Album].» – «Ein bescheidener Lohn.» – «Ja, aber wenn die Leute finden: «Ouh, die Jaël, die ist überall, die müssen wir an unserem Jahresabschlussfest haben», dann verdiene ich Geld.» – «Dafür bist du zu haben?» – «Ja, Corporate Events [Auftritte vor Geschäftskunden] sind halt teurer. Ich hab auch noch eine Schauspielausbildung, schreibe Werbesongs, mach Hörspielaufnahmen – es tönt ein bisschen traurig, aber zwischendurch hab ich das Gefühl, meine Musik ist ein Promo-Tool [Reklamehilfsmittel] für mich als Brand, finanziell betrachtet.» – «Du bist offen, um deinen Lebensentwurf als Musikerin weiterverfolgen zu können, nicht wahr?» – «Solange es kein Müll ist, bei dem ich nicht dahinterstehen kann, ist mir das gleich, da sehe ich mich als Businesswoman.»

«Dein Sängerkollege Ritschi, jetzt auch solo unterwegs, sagt, er wisse, was er für Musik machen müsste, um wieder ähnlich viele CDs zu verkaufen wie seinerzeit mit Plüsch. Hast du auch eine Erfolgsformel?» – «Ich hätt' sagen können, ich mache ein Mundartalbum, zusammen mit einem Produzenten wie Roman Camenzind, kaufe noch ein paar Songs ein – das hätte unter Umständen meinen Erfolg in der Schweiz vergrössert. Ein Mal, vielleicht. Aber ich hab's nicht gemacht, weil das nicht ich bin.»

Ihr liebstes Restaurant: «Zurzeit ess ich morgens und mittags vegan und abends Trennkost.»
«Tibits», Gurtengasse 3, Bern, Telefon 031 313 02 22

Wirtschaft to go!

Egal wo, egal wann.

Ihr Digital-Abo der HANDELSZEITUNG unter
shop.wirtschaftsmedien.ch/hz

Handelszeitung
Die Schweizer Wochenzeitung für Wirtschaft

Blättern wie im gedruckten Heft.

Mit dem E-Paper lesen Sie die Weltwoche am Bildschirm wie im gedruckten Heft. Und Sie können aus jeder Ausgabe fünf Artikel verschicken oder ablegen. Beachten Sie den Link auf unserer Webseite.

Artikel als PDF verschicken



1		2		3		4	5			6	7	8		9
						10		11						
12	13		14							15				16
17						18								
	19													
						20		21	22					
23		24		25				26						
27						28				29	30			
31			32		33			34						
		35				36				37				
38										39				
		40						41						

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Erzeugt wahrhaft teuflische Hitze

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Von beträchtlicher Heftigkeit ist nicht weit von Gesuchtem. 6 Die mefa läuft parallel zu ihr, und zwar ziemlich bald in Basel. 10 Der Walter, war ein ebenso witziger wie unternehmerischer Volksschauspieler. 12 Sie findet es anscheinend lustig, immer wieder übers Wasser zu fliegen. 15 Die weibliche Seite: Jungs typischer Archetypus. 17 Das Dorf liegt über dem Doubs, der Fluss fliesst in die Loire. 18 Spricht man von Gustave Eiffel, spricht man auch von ihm. 19 Er war der richtige, doch leider ist er bereits wieder vorbei. 20 Schicksal oder nicht: Sie entscheidet unumstösslich. 23 Ist er gross, ist bestimmt einiges los (Schnäppchen inbegriffen). 26 Ob Blätter, Knospen, Blüten oder Stängel – alles gut für ein solches Getränk. 27 Die ersten Bände sollen in Kürze erscheinen. 28 Sie benötigt ein Musikinstrument – oder Karten. 31 Ansatzweise Konfuzius, doch vor allem: verworren. 34 Göttlicher Eros, und erst noch vervielfacht. 35 Einen derartigen Hut trägt man auch im Zillertal. 37 Bekannt, der Brand von Madrid. 38 Eine wie Hildegard von Bingen und Hilda von Whitby. 39 Nimmt man sie als lockere Sprüche, geht die Ehre in die Brüche. 40 Die Notizen kommen einem spanisch vor. 41 So ein Blödsinn - typisch Mr. Bean!

Senkrecht — 1 Einen straffen Bauch schafft man sich mit solchem Hoop. 2 Er und seine Brüder, und Visconti war auch dabei. 3 National mit patriotischem Klang, war einst heroischer Gesang. 4 An jedem Freitag – da kann man sicher sein. 5 Eine Stadt, zum Beispiel eine wie London oder Washington. 6 Namentlich der Staat, seitdem das mit dem Schah geschah. 7 Gaben wie sie haben nur ganz wenige. 8 Ergibt sich, wenn betrunkenere Ire über sein Land redet. 9 Der Musiker Pene und Pedrinis gemeinsamer Nenner. 11 Olfaktorische Tätigkeit in der Runde. 13 Hermann, in Italien ein alter Bekannter. 14 Für Flaubert war er der, der alles wusste, doch wer ist der griechische Dichter? 16 Einst keltische Siedlung, heute Regionalzentrum im Aaretal. 21 Die Rede, der Kopf, und deren unerfreuliche gemeinsame Eigenschaft. 22 Die Hausfrau schwärmt, denn er wärmt meist vollautomatisch. 23 Sie bedeutet Wendepunkt – politisch hin zu Neuem. 24 Harte Sache, hilft dauerhaft beim Beissen. 25 Himmelblaues Mineral, präsentiert sich als Kristall. 29 Hüllen zum Füllen, und zwar mit allem möglichen. 30 Eine Art Parkplatz der nassen Art. 32 In Sachen Teig ein hauchdünner, mit Gruss aus Griechenland. 33 Längst ausgestorbener japanischer Clan. 36 Genau die Humphries Singers.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 440

J	R	M	U	E	L	L	T	U	T	O	R		
U	R	O	M	A	L	E	E	R	M	O	R	O	
D	E	M	I	S	S	I	O	N	K	L	U	F	T
D	I	A	E	T	A	N	K	E	A	L	E	A	
S	N	E	S	S	I	L	G	O					
W	I	S	E	N	T	K	B	U	E	B	L		
A	G	O	N	A	R	O	M	E	N	A	W	U	
G	U	S	U	O	M	I	I	H	N	E	N		
G	E	R	T	S	T	A	N	S	A	A	R	E	
O	R	I	O	N	S	N	O	T	R	U	F		
N	O	R	W	E	G	E	R	I	N	U	S	E	R
S	E	N	F	E	E	I	N	E	N				

Waagrecht — 3 MUELL(-abfuhr) 7 TUTOR 12 UR-OMA 15 LEER 16 MORO (war it. Politiker, der ermordet wurde) 17 DEMISSION 18 KLUFT 19 DIAET 20 ANKE (fries. f. Anna) 22 ALEA (lat. f. [Spiel-]Würfel) 23 NESS 25 ILG (gli. it. f. die) 27 WISENT 30 BUEB 33 AGON 34 AROMEN 37 AWU (wau) 39 SUOMI 40 IHNEN 42 GERT (Goldfinger: Bond-Film) 45 STANS (berühmtes Spukhaus, 2010 abgerissen) 47 AARE 48 ORION 50 NOTRUF 51 NORWEGERIN 52 USER 53 SENF 54 EINEN

Senkrecht — 1 (Ashley) JUDD (Regisseurin genannten Films) 2 ROMA 3 MASTEN 4 ELIAS 5 LEON (griech. Mythologie: einer der Giganten) 6 LENK 8 UMLAGE 9 TOUL 10 ORFEO (it. f. Orpheus) 11 ROTA 13 REISIG 14 MIENEN 21 EIBE 24 STAUS 26 LUNI 27 WAGGON 28 SOURIRE (franz. f. lächeln) 29 KOMA (griech. f. tiefer Schlaf) 31 BANAUSE 32 LUNE (franz. f. Mond) 35 ROTSEE 36 MINNI 38 WERFEN 41 HARUN (Bruder von Moses) 43 EROS 44 TOWN 46 SONE 49 NEF

Lösungswort — **TRENDSSETTER**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

OYSTER PERPETUAL MILGAUSS



ROLEX



BUCHERER

1888

bucherer.com